

Ausführlicher sind die Schilderungen von Bojinski, der als politischer Gefangener eine mehrjährige Zuchthausstrafe verbüßt und jetzt in der Monatsrevue „Ruskoje Bogatstvo“ seine Eindrücke und Erlebnisse erzählt. Grauenhafte Szenen ziehen an uns vorüber, Szenen, die das Blut in den Adern erstarren lassen. Hunger, Kälte, Krankheiten und über alles herrschend die Faust und die Peitsche des Aufsehers. Ein blutiger Taumel hat die Nachtabenden erfüllt, die den letzten Funken ihres Menschentums in sadistischen Ausschreitungen gegen die Gefangenen zu erlöschenden suchen. Niemand wird verschont: schwindsüchtige Kranke werden im Spital vom Lager gezerrt, auf den Fußboden geschleudert, von tierischen Aufsehern mit Füßen getreten, mit Stöcken bearbeitet und in den dunklen, kalten Keller geschleppt.

Man glaube nicht, daß diese Schilderungen etwa übertrieben sind. Die Richtigkeit dieser Angaben wird auch von der entgegengesetzten Seite zugegeben. Das kürzlich in Rußland allgemein erörterte Buch des langjährigen Militärärzters General A. Schirkewitsch: „Die Stiefsöhne des Militärdienstes, Materialien zur Geschichte der Militärgefängnisse in Rußland“, entrollt über die Zustände in den Gefängnissen ein ähnliches Bild wie die obengenannten Erinnerungen von Bojinski.

Der Hauptwert dieses Buches liegt aber nicht auf diesem Gebiet. General Schirkewitsch war viele Jahre hindurch Militärarzt. Er machte die allmähliche Entwicklung dieses Instituts zu einem Werkzeug der blutigsten Reaktion mit. Er verhängte in den Revolutionsjahren als Mitglied der Kriegs- und Feldgerichte Todesurteile gegen die politischen Gegner des Zarismus. Und von Grauen geschüttelt, von Gewissensbissen gepeinigt, erzählt er nun, nachdem er sein Amt fortgeworfen, wie die zahlreichen Todesurteile zustande kamen und wo er die Urteile fällte, die die Galgen bevölkerten und die Zuchthäuser mit Opfern füllten.

Schon der Personalbestand der Militärgerichte vor der Revolution wird vom General Schirkewitsch mit den düstersten Farben geschildert. Faul, stumpfe Subjekte, Leute, die keine Ahnung von der Rechtsprechung hatten, Trunkenbolde, die aus der Sitzung des Gerichts noch Hause geschleppt werden mußten, grausame Bestien, die ihre Karriere auf hartberäugten, ungerechten Urteilsprüchen aufbauten, bildeten nach seiner Schilderung das Gros der Militärrichter. Als die Revolution ausbrach, wurden diese Richter zur Geißel des Landes erkoren. Der Oberstaatsanwalt Rawlow, eine blutdürstige Bestie, Schwanz von Petersburg aus seine Peitsche über die Militärrichter im Reich, er trieb sie an zu immer strengeren und härteren Urteilen und alle, die Faulen und die Unwissenden, die Trunkenbolde und die Karrieristen, stützten sich vereint auf die ihnen vorgeführten Opfer der politischen Rachsucht der Regierung, um die Revolution in dem Blute ihrer Anhänger zu erstickten. Es gab natürlich Militärrichter, die, nur der Not gehorchend, schweren Herzens ihr Amt ausübten. Aber — erklärt General Schirkewitsch — die Mehrzahl übte ihr Senkeramt mit einer Wollust aus, als rächten sie sich für die Angst, die sie auszuhalten hatten.

Der Zentralregierung war diese Tatsache nicht nur bekannt, sie wurde von ihr mit allen Mitteln gefördert. „Es war dies eine furchtbare Zeit, wo die Militärrichter fürchteten, mit einem Besuch um Strafindung bei dem Kommandierenden der Truppen zu erscheinen, um nicht roh angefahren zu werden und das Attest eines schwachen, unfähigen Richters zu erhalten.“ Hierbei wimmelte es in der Praxis der Militärgerichte von offenkundigen Justizmorden, von eskalanten Verwüsten gegen die Gerichtsordnung, gegen die es keine Verurteilung mehr gab. General Schirkewitsch erzählt aus seiner eigenen Praxis, daß er bei der Prüfung der Urteile eines Kollegen, der sich mit besonderer Eifer auf die Fälle, die ein Todesurteil verbrachten, stützte, zahlreiche Fehler, Widersprüche und Verstöße, eine wahre Anarchie der Rechtsprechung entdeckte. Das alles hinderte die Regierung nicht, durch ihre Vertreter den Mitgliedern der Militärgerichte die Anerkennung auszusprechen zu lassen, daß „dieses Ressort allein bei der allgemeinen Panik der Regierungsvertreter nicht den Kopf verloren, sondern gehandelt hatte“.

Der Autor dieser furchtbaren Anklagen ist noch heute ein angehohenes Mitglied der herrschenden Kaste. Er lobt die Revolution und die Revolutionäre mit ganzer Seele. Er schmeißt aber dem herrschenden System sein „Accuse“ ins Gesicht, weil, wie er sagt, die Zahl der bleichen, kalten, vorwurfsvollen Schatten der Hinrichteten zu groß geworden ist. Aus der Vergangenheit steigen sie vor ihm auf, die Schatten der Hingemordenen, die Opfer der Erotomanen und Sadisten, die über sie „Recht“ gesprochen. In den Kerker aber schmeißt noch heute Tausende solcher Opfer, die, zum langsamen Sterben verurteilt, der Wutgier und der Brutalität der Kerkermeister fortwährend ausgesetzt sind. Ihre Schatten beunruhigen vorläufig noch niemand von den Herrschenden. Ihre Zahl und ihre Qual wächst, aber die Kerkermeister klagen mißvergnügt über die übertriebene „Humanität“, mit der die Unglücklichen in den russischen Gefängnissen behandelt werden.

Politische Uebersicht.

Der Begriff des Streikpostenstehens.

Nach den Angaben der arachindustriellen Schorfmacher und ihrer agrarischen Gewinnmaximierender fordern sie nur deshalb ein Verbot des Streikpostenstehens, um die Arbeitswilligen, d. h. die Streikbrecher, vor den Drohungen und Anarkien der Streikenden zu schützen. In Wirklichkeit sind ihnen die Arbeitswilligen und deren irdisches wie himmlisches Heil höchst gleichgültig; die Streikbrecher haben für sie nur insofern Wert, als sie ihnen ermöglichen, den Betrieb aufrecht zu erhalten und gegen die Streikenden einen Trumpf auszuspielen. Das eigentliche Motiv ihres heiklen Bemühens, ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens durchzuführen, ist vielmehr, künftighin Streiks unmöglich zu machen, indem man die Verhandlungsaussichten der Streikenden mit den von auswärts herangezogenen Arbeitskräften wie auch unter den Streikenden selbst unmöglich macht und zugleich für das Verhalten jedes einzelnen Streikenden die gewerkschaftliche Organisation zur Verantwortung zieht. Recht deutlich zeigt das ein soeben in Nr. 447 der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichter Artikel, überschrieben „Ein Beitrag zum Begriff des Streikpostenstehens“, in welchem ein Jurist die Frage untersucht, was unter „Streikpostenstehen“ zu verstehen sei und wie dieser Begriff definiert werden müsse um recht wirksam den Unternehmer — nicht etwa die Arbeitswilligen — gegen Streiks zu schützen. Der ehrenwerte Herr Verfasser kommt zu folgendem Resultat:

„Der Zweck des Streikpostenstehens besteht darin, arbeitswillige Leute zur Teilnahme an dem ausgebrochenen Streik zu bewegen bzw. ihnen von der Tatsache des Streiks Mitteilung zu machen. Dies letztere wird besonders in den Fällen nötig sein, in denen die Arbeitgeber zum Ersatz der streikenden Arbeiter neue Arbeitskräfte von auswärts heranziehen. Die Tätigkeit des Streikpostenstehers kann auch darin bestehen, daß sie Arbeiter, die eine Zeitlang gestreikt haben, plötzlich aber „umfallen“, d. h. die Arbeit wieder aufnehmen wollen, zum Ausbarken und zur Standhaftigkeit ermutigen.“

Kein notwendiges Begriffsmerkmal des Streikpostenstehens ist, daß es an einem öffentlichen Platze ausgeübt wird. Streikpostenstehen liegt vielmehr z. B. auch dann vor, wenn die betreffende Person sich an das Fenster eines der Arbeitsstellen gegenüberliegenden Hauses setzt und von dort aus auf die Arbeitswilligen einzuwirken sucht. Regelrecht werden die Streikposten auf dem Wege zur Arbeitsstätte tätig, meistens sogar in unmittelbarer Nähe ihres Zuges. Dies erklärt sich aus dem praktischen Gesichtspunkte, daß sie dort die Arbeitswilligen am leichtesten erkennen und kaum verfehlen können. Es ist dies jedoch meines Erachtens zum Begriff des Streikpostenstehens nicht unerlässlich nötig. Die Streikposten können — wenn sie einzelne Arbeitswillige persönlich kennen — auch durch Auffuchen in oder vor ihrer Wohnung Streikpostensteherdienste verrichten.

Die Tätigkeit des Streikpostenstehers besteht, allgemein gesprochen, in einer Beeinflussung, in einer Einwirkung auf die Arbeitswilligen im Sinne einer Arbeitseinstellung. Das ist das Grundelement des Streikpostenstehens. Erforderlich ist eine unmittelbare oder mittelbare Einwirkung auf den Arbeitswilligen seitens des Streikpostenstehers, sei es durch bloße Beobachtung, sei es durch mündliche oder tätliche Handlung. Auch das Ueberreichen einer Druckschrift, in der den Arbeitswilligen für weitere „Streikbrecherarbeit“ schwere Nachteile, beispielsweise Wohllosterklärung beim Kaufmann, angedroht werden, muß für genügend erachtet werden. Schwere Fälle des Streikpostenstehens sind bereits in § 153 der Gewerbeordnung enthalten.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Streikpostenstehen liegt vor, wenn jemand als Mitglied oder doch im Interesse einer Organisation zum Zweck der Aufrechterhaltung oder Durchführung eines Streiks Arbeitswillige eines bestimmten Gewerbes durch unmittelbare oder mittelbare Beeinflussung im Sinne einer Arbeitseinstellung zum Streik heranzuziehen will.

Hiermit ist meines Erachtens ein brauchbarer Begriff des Streikpostenstehens gegeben. Vom Standpunkte des Juristen war es logisch, diejenigen Personen nicht mehr als Streikpostenstehers im technischen Sinne zu kennzeichnen, die ohne Zusammenhang mit der in der obigen Darstellung für erforderlich erachteten Organisation tätig geworden sind. Folgerichtig war dies, da der Begriff des Streiks dieses Tatbestandsmerkmal notwendig macht.

Danach ist unter den Begriff des Streikpostenstehens nicht nur das Aufstellen von Posten in der Nähe der Arbeitsstätte zu verstehen, sondern jede Beobachtung der Streikbrecher, auch auf ihrem Wege zur Arbeit, vor ihrem Wohnhause, auf der Straße, die sie zum Gange nach der Arbeitsstätte passieren müssen usw. Na selbst bloße Beobachtungen vorübergehender Streikbrecher durch die Fenster der eigenen oder einer fremden Wohnung gehört zum Begriff des Streikpostenstehens. Ferner auch noch das Auffuchen der Streikbrecher in ihrer eigenen Wohnung zu dem Zweck, sie zur Niederlegung ihrer Arbeit zu bewegen. Und zwar ist es nach der weiteren juristischen Definition des Kritikerschreibers durchaus nicht immer nötig, daß der Streikbrecher irgendwie bedroht oder angezogen wird; auch die bloße Beobachtung oder die stillschweigende Ueberreichung eines gedrucktenzettels, durch den zum Anschluß an den Streik oder zur Arbeitseinstellung aufgefordert wird, muß unter den Begriff des Streikpostenstehens fallen — wenn dieser wirklich „brauchbar“ sein soll. Mit anderen Worten: jede „unmittelbare oder mittelbare Beeinflussung im Sinne einer Arbeitseinstellung“ fällt, wenn sie „im Interesse einer Organisation“ geschieht (einer Gewerkschaft, eines Berufs- oder Werkstättenverbandes usw.) unter den Begriff des Streikpostenstehens und ist demnach zu verbieten.

Doch da fällt dem ehrsamem Spezialjuristen der „Deutschen Tageszeitung“ ein, daß dieser Begriff noch immer nicht umfassend genug ist, um jede Aufforderung zur Einstellung der Arbeit auszuschließen. Da könnte z. B. ein Freund oder ein Verwandter, der gar keiner Organisation angehört, gelegentlich eines Besuches oder einer Zusammenkunft zu einem Streikbrecher sagen: „Du, ich bin es recht unanständig, daß Du Deinen Arbeitskollegen in den Rücken fällst.“ Auch solche die Interessen der Unternehmer schädigenden Sanktionen müssen natürlich verhindert und bestraft werden — und so führt zum Schluß der Jurist der „Deutschen Tageszeitung“ seiner eigenen Begriffsdefinition noch die Worte hinzu:

„Eine andere Frage ist es, ob man sich bei Einführung eines gesetzlichen Verbots des Streikpostenstehens mit dem oben kurz formulierten engen Begriffe begnügen soll und kann.“

Diese Frage ist zu verneinen! Will man ein in der Praxis wirksames Verbot der Beeinflussung Arbeitswilliger einführen, so muß man auch die Streikpostenstehers im weiteren Sinne einbeziehen, also auch die Posten, die ohne Zusammenhang mit der Organisation tätig geworden sind. Dies ist schon ein Gebot der Vernunft, da anderenfalls eine Ueberführung der Streikposten häufig unmöglich sein würde. Sie würden sich stets mit der schwer zu widerlegenden Behauptung verteidigen, sie handelten völlig auf eigene Faust ohne Rücksicht auf eine Organisation.“

Besser als durch diese juristischen Begriffsverrentungen kann kaum erwiesen werden, worauf der geforderte angebliche „Arbeitswilligenschutz“ der industriellen und agrarischen Schorfmacher hinausläuft, nämlich auf gesetzliche Verbinderuna jealicher Arbeitseinstellung. Alle ihre schönen Redensarten über die Notwendigkeit einer Behütung der sogenannten Arbeitswilligen vor körperlichen Schädigungen und Drohungen sind nur zur Täuschung jener bestimmt, die nicht alle werden.

Sozialdemokratie und katholische Krankenpflege.

Unter dieser Ueberschrift wendet sich die „Kölnische Volkszeitung“ gegen einige Neuerungen, die auf der sozialdemokratischen Bundeskonferenz in Mainz gefallen sind. Im besonderen fühlt sie sich durch die Neuerung gekränkt, die katholischen Krankenschwestern seien oft geneigt, Belehrungsversuche vorzunehmen, wodurch dem Kranken

die letzten Augenblicke verbittert würden; denn nach der Lehre ihrer Kirche dürften die katholischen Schwestern einem Sterbenden nur den katholischen Parrer als Beistand holen, auch wenn der Kranke der katholischen Religion nicht angehöre. Die „Köln. Volksztg.“ erklärt mit der ihr eigenen schau-spielerischen sittlichen Entrüstung: „Dieser unerhörte Vorwurf besagt nichts mehr und nichts weniger, als daß katholische Krankenschwestern sich eintretenden Falles weigerten, bzw. weigern müßten, nichtkatholischen Kranken die gewünschten Tröstungen ihrer Religion durch Inkenntnissetzung der Verwandten bzw. des betreffenden Religionsdieners zu vermitteln.“ Solche Neuerungen seien nichts als „aus Dummheit und Bosheit zusammengefechtete Verleumdungen“.

Das Badensche Blatt täte besser, sich nicht in dieser Weise unnützlich aufzuregen und über Dummheit, Bosheit und Verleumdung zu reden, denn die Dummheit oder Bosheit liegt ganz auf seiner Seite. Entweder kennt das Kölner ultramontane Blatt die Entscheidungen des heiligen römischen Offiziums und die darauf aufgebauten Lehren hervorragender katholischer Moraltheologen nicht — dann beweist es damit nur ein für seine Stellung als Hauptorgan des rheinischen Merkmalismus ganz außergewöhnliche Dummheit, oder aber die „Köln. Volksztg.“ kennt diese Lehren recht wohl, zeihet also wider eigenes besseres Wissen die betreffenden Redner der Mainzer Konferenz der Verleumdung, dann ist ihr Verhalten der Ausdruck einer verlogenen Bosheit, der jedes Mittel den Zweck heiligt.

Vorläufig vermögen wir freilich kaum zu glauben, daß die „Köln. Volksztg.“ jene Morallehren selbst nicht kennen sollte, ist doch der Posmoralist des Zentrums und der „Köln. Volksztg.“ der bekannte Jesuit Lehmkühl — und diese Leute des Merkmalismus erbringt in ihrer Moraltheologie — in derselben Moraltheologie, welche der verstorbene Zentrumsführer Lieber einmal mit feierlicher Geste auf den Tisch des Hauses im Reichstage niederlegte — selbst die Beweise für die Richtigkeit dessen, was in Mainz besagt wurde. In seinem Lehrbuch der Moraltheologie, das in so vielen Priesterseminarien das offizielle Lehrbuch bildet, nach dem die Kaplanen geschult werden, heißt es:

„Es ist erlaubt, einen legerischen Geistlichen herbeizurufen, damit er einem Sterbenden Religionsgenossen die Tröstungen seiner Sekte spendet? Wir haben darüber einen Entscheid des heiligen Offiziums vom 15. März 1848, das auf die Frage, ob dies Krankenschwestern in Krankenhäusern erlaubt sei, geantwortet hat: Nein, sie sollten sich dabei passiv verhalten. An dieser Antwort ist durchaus festzuhalten; denn einen legerischen Geistlichen herbeizurufen, damit er seine Statushandlungen vornehme, heißt nichts anderes, als etwas von ihm verlangen, was er ohne Sünde (wenigstens objektiv) nicht tun darf. Die bloße Benachrichtigung aber, es liege dort ein sterbender Nichtkatholik, der seine Gegenwart wünsche, auch wenn man voraussetzt, daß der Geistliche seinen legerischen Ritus vorzunehmen werde, ist nur eine materielle Mitwirkung. Diese Mitwirkung ist an sich eine ziemlich entfernte, aber unter diesen Umständen doch eine notwendige, damit die Vornahme des Ritus überhaupt erfolgen kann, zudem handelt es sich um eine für den Sterbenden sehr wichtige Sache. Deshalb halte ich dafür, daß nur beim Vorhandensein eines durchaus gewichtigen Grundes ein solches Herbeizurufen erlaubt ist. Die Wichtigkeit des Grundes ist aber nicht bloß aus einem etwa entstehenden Privatnachteil zu entnehmen, sondern hauptsächlich mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl, das großen Schaden litte, wenn durch die Weigerung der Schwestern, einen legerischen Geistlichen herbeizurufen, der öffentliche Haß gegen die katholische Religion erregt und den Krankenschwestern die Gelegenheit genommen würde, viel Gutes zu tun. Dennoch ist nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß dem Sterbenden, den ich als gutgläubig voraussetze, auf andere Weise beigestanden wird, nämlich durch Erweckung vollkommener Reue. Das Dekret vom Jahre 1848 ist am 14. Dezember 1868 erneuert worden.“ (Lehmkühl, Theol. mor. I. n. 810, Freiburg 1910.)

Hier ist mit klaren Worten ausgesprochen, daß katholische Krankenschwestern für gewöhnlich einen nichtkatholischen Geistlichen nicht rufen dürfen, vielmehr versuchen sollen, „dem Sterbenden auf andere Weise“ beizustehen. Und diese andere Weise wird näher erläutert: „durch Erweckung der vollkommenen Reue“. Was heißt das, „auf andere Weise“ dem Sterbenden helfen? Von den katholischen Schwestern wird diese Forderung nur zu oft dahin verstanden, sie sollten einen katholischen Geistlichen rufen, der in der „Erweckung der vollkommenen Reue“ gelübt sei als sie selbst.

Die in Mainz vorgebrachten Bedenken waren aber für die dortigen Verhältnisse notwendig, da der Mainzer Kreis vielfach den Lehren der Jesuiten folgt und darum die jesuitische Moraltheologie des Jesuiten Lehmkühl in besonders hoher Achtung steht.

Der Reichskanzler und die Schlachtvieheinfuhr.

Da die Fleischpreise in letzter Zeit wiederum gestiegen sind, hat jüngst der Stadtrat von Karlsruhe an das badische Ministerium das Ersuchen gerichtet, es möchte beim Reichskanzler die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Einfuhr von Schlachtvieh aus Holland erwirken. Als Antwort auf die Eingabe der Stadtgemeinde hat jetzt das Ministerium den Bescheid des Reichskanzlers mitgeteilt, in dem unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des preussischen Landwirtschaftsministers die Bestätigung der Wiedereinfuhr von Rindern aus Holland verfügt wird. In dem betreffenden Erlaß des preussischen Landwirtschaftlichen Ministeriums wird ausgeführt, daß das Ministerium nach den Erfahrungen, die es im letzten Winter mit der holländischen Rindvieheinfuhr gemacht habe, nicht in der Lage sei, dem Antrag auf Wiedergulassung der Einfuhr die Genehmigung zu erteilen, weil erstens die Einschleppung von Seuchen zu befürchten sei, und zweitens, weil die Einfuhr aus Holland zu einer Verabiebung der Preise im Inlande voraussichtlich nicht oder doch nur unvollkommen führen werde. Ueberdies sei die Frage der weiteren Entwicklung der Fleischpreise nicht so ungünstig zu beurteilen, wie das von Seiten der Karlsruher Stadtgemeinde gefordert wurde.

Da der Karlsruher Stadtrat eine dem Landwirtschaftsministerium gegenentlegende Ansicht vertritt, hat er in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Vorstand des Deutschen Städtebundes um weitere Schritte zur Wiedermöglichkeit der holländischen Vieheinfuhr zu ersuchen.

Der Schutz im Offizierskasino.

Vor einigen Tagen fiel bekanntlich im Landwehr-Offizierskasino zu Berlin ein Revolverstich. Der Professor und Kammerherr

Noch hatte sich auf diese Weise für Ohrfeigen, die ihm ein Kammerherrlicher Kollege, ein Herr v. Westernhagen, appliziert hatte, Genugtuung verschafft. Man wird nicht leugnen können, daß das Verfahren ebenso einfach wie „handesgemäß“ gewesen ist. Es heißt, Professor Koch sei in der Rotwehre gewesen, habe im Affekt geglaubt, sich nicht anders gegen den auf ihn eindringenden hünenhaften Kammerherrn von Westernhagen wehren zu können. Das mag sein; immerhin macht der so geschäftige Eifer, womit in bürgerlichen Zeitungen das abgeklärte Verfahren der Revolver-schießerei verteidigt wird, die Sache verdächtig.

Aber etwas anderes haben wir bereits vernommen. Nämlich eine eindruckliche Rahmung: Der Revolverstich mahnt alle die, die sich so oder anders, auf legalem oder trummem Wege, mit dem Verschleiß von Orden und Ehrenzeichen, Titeln und Würden befassen, zur Vorsicht; denn was leicht und freudig begann, kann — wie Figuren zeigt — tragisch enden.

Daß Titel und Würden für Geld und gute Worte zu haben sind, wußte man längst, aber es war bisher nicht bekannt, daß derartige Geschäfte auch auf Abzahlung abgeschlossen würden. Jetzt hört man jedoch, daß die Zwischenhändler des fürstlich lippschen Hofes in dieser Beziehung mit sich reden lassen. Sie vermittelten auch Titel auf P u m p, und das ist den beiden fürstlich lippschen Kammerherren zum Verständnis geworden. Denn wäre hier Zug erfolgt, wäre mit der Verleihung des Titels auch das Geld dafür eingestrichen worden: Kammerherr v. Westernhagen lebte noch.

Die Hofverwaltung des Monarchen in Detmold, des regierenden Herrn über zweiundzwanzig Quadratmeilen, hat keine glückliche Hand. Schon vor Jahren, kurz nachdem dieser Fürst mit Hilfe des Reichsgerichts sein Thronchen erklommen hatte, machte ein in Berlin betriebener Handel mit fürstlich lippschen Titeln von sich reden. Der Handel war eingeleitet, damit der Theaterbaufonds in Detmold besser besetzt werde. Als die Sache publik wurde, hieß es: Stop! Aber das fürstlich lippsche Hoftheater brannte ab, und nun scheint gewissen Stellen die Erleuchtung gekommen zu sein, daß sich bei vorsichtiger Handhabung des Apparats wohl doch noch etwas aus der Vergabung von Titeln und Würden für den Theaterneubau herausbringen läßt. Warum auch nicht! Kritiker unseres Schlages sind ja in diesem Punkte beinahe abgebrüht — das Titel- und Ordenswesen kann schließlich nicht mehr im Kurse sinken; es ist genügend diskreditiert.

Aber die Weise, wie der Schacher geübt worden ist, scheint doch manchen bürgerlichen Ästheten Unbehagen zu bereiten. Titel und Würden im haren Handel mit dem Hintergrunde angelegter Förderung des „allgemeinen Wohls“ durch Zuwendungen an Krüppelheime, Krankenhäuser und zur Not auch an einen gemeinnützigen Theaterbaufonds — ja, das läßt man sich gefallen. Aber Titel und Würden gegen Schuldschein, faule Hypotheken und bloße „Ehrenwörter“ — puui Teufel auch, das übersteigt sogar die Fassungsvermögen. Da bleibt also nur der dringende Rat an alle Hofverwaltungen, speziell an die fürstlich lippsche übrig, es sich zu einem heiligen Grundfeste zu machen: Nur sobald das Geld im Kasten klingelt, die Würde an den Liebhaber springt!

Vielleicht empfiehlt sich auch die Ausgabe besonderer Kreditkarten mit festen, nicht handelbaren Sägen und dem Vordruck: Nur gegen Barzahlung! Kredit — gleichviel in welcher Form — wird nicht gewährt! So weicht man allen verhängnisvollen Endspielen soweit wie möglich am besten aus.

Teuerung und kein Ende.

Auf eine Anfrage wegen der Fleischteuerung in der Stadtverordnetenversammlung zu Detmold erklärte der Direktor des Schlachthofs, daß die unerschwinglich hohen Fleischpreise nicht fallen, sondern steigen würden. Der Mangel an Schweinen werde immer fühlbarer; Kinder seien schon jetzt schwer zu bekommen und nach Kälbern hielten die Fleischermeister schon längere Zeit vergeblich Umschau. Dieser Zustand werde sich im Winter noch verschärfen.

Unter diesen Umständen beschloß die Stadtverordnetenversammlung, die Teuerungskommission wieder zusammentreten zu lassen und zu versuchen, ob sich durch die Gemeinde eine Milderung des Kostensandes erreichen lasse. Der Oberbürgermeister erklärte, daß sich Vieh aus Holland nicht beschaffen lasse; der Transport von Vieh aus Dänemark sei aber zu kostspielig.

Von der „Offizierschre“.

Die Flensburger Strafkammer beschäftigte sich in vierstündiger Verhandlung mit einer Offizierschre. Mehrere Offiziere, darunter der Oberleutnant Lauenstein, hatten einen Kaufmann angerepelt und verweigerten auf die Vermittlungsversuche von dessen Bruder jede Entschuldigung. Der Oberleutnant erhielt deshalb eine Ohrfeige und der Käter, ein Student, wurde zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Die Balkanfragen.

Zusammenstöße zwischen Serben und Albanern.

Wien, 20. September. Infolge des gewalttätigen Vorgehens der Serben gegen die Albaner in der Dringend und in Djuma ist es in der letzten Zeit wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen serbischen Truppen und Albanern gekommen. Die Serben haben eine Anzahl Albaner getötet, die nach Djakova auf den Markt gehen wollten. Hierauf sind eine Anzahl serbischer Soldaten von den Albanern getötet worden. Serbische Truppen haben das Dorf Batof überfallen, viele Häuser verbrannt und eine Anzahl Einwohner des Dorfes gefangen genommen.

Die Regierung hat den Uebertritt aus Albanien in serbisches Gebiet für jedermann verboten.

Griechische Proteste.

Zanina, 20. September. Wie der „Agence d'Athènes“ gemeldet wird, verursacht die Ernennung des früheren österreichischen Generalkonsuls in Zanina, Ritter von Bilinski, zum Mitglied der Abgrenzungskommission unter der epiratischen Bevölkerung große Erregung, da Bilinski wegen seiner antibalkanischen Gesinnung bekannt sei. Die Bevölkerung ohne Unterscheid der Rasse und der Religion sei gereizt und erwartet mit Ungeduld die Ankunft der Kommission, um energisch zu protestieren. Ein hier erscheinendes Blatt veröffentlicht in dieser Sache einen Artikel, in dem erklärt wird, daß etwa 150.000 Christen, die eben erst von der türkischen Tyrannei befreit worden sind infolge der albanischen Politik Österreich-Ungarns und Italiens Gefahr laufen, wieder in die Sklaverei zurückgeworfen zu werden. Die Bevölkerung von Epirus fordere eine unparteiische Kommission. Die griechische Regierung werde die epiratische Bevölkerung nicht dazu zwingen können, einen Beschluß anzunehmen, der gegen die politischen Anschauungen der Bewohner des Landes verstoße. Sie sei entschlossen, bis zum äußersten zu kämpfen, wenn

ihnen zugemutet werden sollte, sich den türkisch-albanischen Banden zu unterwerfen.

Amerika.

Brhan.

New York, 20. September. Staatsminister Brhan ist über alle die Blätter sehr aufgebracht, welche eine Kampagne gegen ihn bezüglich seiner Vortragstouren unternommen haben. Doch haben die Kritiken, welche seine Vorträge in den Vereinigten Staaten wie auch in der Presse anderer Länder gefunden haben, ihn nicht veranlassen können, diese Vorträge einzustellen, jedoch will er in Zukunft allen Journalisten und sonstigen Vertretern der Presse keine Berichte über seine Vorträge mehr zukommen lassen. Am Donnerstagsabend hatte er eine Einnahme von 350 Dollar.

Achte internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre.

Zürich, den 18. September 1913.

Huggler-Bern eröffnet und leitet auch die heutige Schlußsitzung der Konferenz. Zunächst wird die gestern abgebrochene Diskussion über die Frage: „Was können die nationalen Landessekretäre tun, um den Anschluß der Gewerkschaften an die internationalen Berufssekretariate zu bewirken?“

Johade-Berlin (internationaler Sekretär der Transportarbeiter) setzt den Teilnehmern der Konferenz die Schwierigkeiten auseinander, die in manchen Ländern dem Anschluß einzelner Gewerkschaften an die internationalen Berufssekretariate entgegenstehen, so zum Beispiel, wenn die ausländischen Verbände, wie in Skandinavien, sich aus vielen Verufen zusammensetzen oder wenn die Landeszentrale nicht genügend Autorität hat, die einzelnen Organisationen heranzuziehen, wie in Frankreich. Es entstehen auch häufig Mißverständnisse wegen der sprachlichen Verschiedenheiten in der Korrespondenz. Die Aufforderung zum Anschluß an die internationalen Berufssekretariate werde manchmal infolge unrichtiger Uebersetzung so aufgefaßt, als werde das Aufgeben der eigenen Selbstständigkeit in der Organisation verlangt.

Shaw-Manchester (internationaler Sekretär der Textilarbeiter) hält auch eine bessere Verbindung mit dem internationalen Sekretariat für notwendig, vor allem müsse für bessere sprachliche Verständigung durch gute Uebersetzung gesorgt werden.

Deichmann-Bremen (internationaler Sekretär der Tabakarbeiter) bedauert, daß wiederholte Versuche, die amerikanischen Tabakarbeiter zum Anschluß an die internationale Organisation zu bewegen, bisher immer noch gescheitert sind.

Legien bemerkt, daß sich Deichmann im Irrium befinde, die amerikanischen Tabakarbeiter vollziehen gegenwärtig den Anschluß an die Internationale.

Veipart-Berlin (internationaler Sekretär der Holzarbeiter) ist der Meinung, daß die Landessekretäre genügend Autorität besitzen, auch in Frankreich, daß sie sie aber zu wenig anwenden, um für den internationalen Anschluß Propaganda zu machen. Namentlich in der Presse müßte mehr für den Anschluß agitiert werden. Es müßte in allen Gewerkschaftsblättern von Zeit zu Zeit ein Artikel verbreitet werden, der die Notwendigkeit des Anschlusses an die internationalen Berufsverbände darlegt. Besonderer Wert ist auf gute Uebersetzung zu legen, und zwar sollte möglichst ein Berufsgenosse für die einzelnen Verbände die Uebersetzungen liefern, damit die sachlichen und technischen Ausdrücke richtig wiedergegeben werden. Wünschenswert würde es sein, wenn ausländische Gewerkschafter, ein Engländer und ein Franzose, die die ausländischen Verhältnisse kennen, vom internationalen Sekretariat beschäftigt werden und die Uebersetzungen kontrollieren könnten.

Baumeyer (Schriftführer des internationalen Sekretariats) hält den Wunsch Veiparts, Uebersetzer aus den Berufsverbänden zu gewinnen, für unerfüllbar, da solche Kräfte nicht vorhanden sind. Das internationale Bureau beschäftigt gegenwärtig ausländische Uebersetzer und ist bereit, die Uebersetzung immer vollkommener zu gestalten. Er selbst habe ganz tüchtige Sprachkenntnis, aber Uebersetzungen in fremder Sprache, die ihren Zweck im Ausland erfüllen sollen, getraue er sich nicht zu machen. Der gewissenhaft sei, müsse das ablehnen. Wie schwer sei es, für Arbeiter in der Muttersprache druckfertig zu schreiben? Wie viele Gewerkschaftsfunktionäre könnten das? Die meisten haben Glück, weil die Buchdrucker gut Deutsch können. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Finnen-Amsterdam (internationaler Sekretär der Handlungsgehilfen) hält für das beste Mittel, den Anschluß an die internationale Organisation zu fördern, persönliche Besuche und Agitation.

Appleton-London vertritt die Ansicht, daß die internationalen Berufssekretäre mehr Einfluß haben als die Landeszentralen, wenigstens in England. Die Diskussion habe wertvolle Anregungen ergeben, die man sich in England zunutze machen werde.

Shaw-England sieht ebenfalls die Hauptschwierigkeit in der Vielsprachigkeit und dem Mangel an guten Uebersetzungen. Er empfiehlt in einer Resolution die Errichtung eines Uebersetzungsbüros beim internationalen Bureau.

Perkins-Amerika bespricht noch einmal die Frage der Aufnahmebeschränkung von fremden Arbeitern in amerikanischen Organisationen. Der Widerstand gegen die Aufnahmen komme meistens von den frisch eingewanderten Arbeitern, die eben erst aufgenommen worden sind. (Heiterkeit.) Viele Organisationen üben jetzt schon Gegenseitigkeit, andere freilich noch nicht. Die amerikanischen Verhältnisse seien sehr eigenartig und könnten nicht so leicht auswärts verstanden werden. (Westen habe noch von 10.000 Buchbindern in Chicago gesprochen. In Chicago würden im gesamten Buchgewerbe nicht 10.000 Arbeiter beschäftigt. Solche Mißverständnisse seien vom Uebel und man sollte wirklich die Gelegenheit ergreifen, einmal nach Amerika zu kommen und die nächste Konferenz 1915 in San Franzisko abhalten. Das würde die Mißverständnisse verringern.)

Legien ist von der Aussprache sehr befriedigt. Freilich habe es sich auch gezeigt, daß die Berufssekretäre nicht immer völlig einwandfrei über die Verhältnisse des eigenen Berufes in den verschiedenen Ländern unterrichtet seien. Deichmann zum Beispiel habe nicht gewußt, daß sich jetzt der Anschluß der amerikanischen Tabakarbeiter an die Internationale vollzieht. (Deichmann ruft: Es geht eben sehr langsam!) Ja, das ist eben das Falsche, wenn deutsche Maßstäbe angelegt werden. Bei den riesenhafte Entfernungen in Amerika ist die Verständigung zwischen den einzelnen Ortsgruppen und der Zentrale viel zeitraubender als bei uns. Die Uebersetzungen werden besser werden. Das Bureau schwebte bisher in der Luft. Jetzt, nachdem die Beitrags-erhöhung beschlossen ist, können wir die Sache ausfeilen und ein Uebersetzungsbureau als dauernde Einrichtung schaffen.

Die Konferenz erhebt die Resolution Shaw auf Errichtung eines ständigen Uebersetzungsbüros zum Beschluß.

Perkins-Amerika fordert nunmehr die Konferenz auf, die nächste Tagung 1915 in San Franzisko

abzuhalten. Die international organisierten Gewerkschaften sollten die Gelegenheit ergreifen, Amerika, dieses große und interessante Land, kennen zu lernen, dessen eigenartige Verhältnisse nur zu verstehen sind, wenn man sie persönlich studiert hat. Die Kosten sind nicht unerheblich, sie werden für die Reise von sechs Wochen etwa 1600 M. betragen. Redner überreicht außerdem noch ein Einladungsschreiben der Ausstellungsleitung der Weltausstellung von San Franzisko.

Legien erklärt sich unter der Voraussetzung, daß die Konferenz keine Rumpfsitzung, sondern international gestaltet wird, daß also jedes angehörende Land einen Delegierten entsendet und die Kosten durch Umlageverfahren gemeinsam aufgebracht werden, für die Annahme der Einladung nach San Franzisko. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wie die American Federation haben sich bereits mit der gemeinschaftlichen Aufbringung der Kosten einverstanden erklärt. Der Redner weist auf die Fertigstellung des großen Kulturmerkes des Panamakanals hin und betont, daß auch die organisierte internationale Arbeiterschaft dabei nicht fehlen darf.

Nach längerer Diskussion, in der sich unter anderen Hueber-Wien, Oudegeest-Holland und Raertens-Belgien gegen die Reise nach Amerika ausgesprochen, wird in Abstimmung nach Nationen mit 10 gegen 6 Stimmen und einer Enthaltung beschlossen, die nächste Konferenz im Jahre 1915 in San Franzisko abzuhalten.

Hueber erklärt, daß er diesen Beschluß nur mit Zustimmung der österreichischen Generalkommission durchführen könne.

Legien erklärt, ohne Widerspruch zu finden, daß damit auch das Umlageverfahren über die Aufbringung der Kosten beschlossen worden ist.

Die Konferenz spricht den Hinterbliebenen des englischen Führers Harry C u e l s h das Beileid aus.

Die Arbeiten der Konferenz sind damit beendet und die Verhandlungen werden vom Vorsitzenden Huggler geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Konjunkturgewinne. Die Harpener Bergbau-Miengesellschaft erzielte im vergangenen Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 33,55 Millionen Mark gegen 25,68 Millionen Mark im Jahre 1911 bis 1912. Die Gewinnsteigerung innerhalb eines Jahres beträgt also fast 8 Millionen Mark. Fast 9 Millionen werden zu Abschreibungen verwendet. Die Aktionäre erhalten aus dem Reingewinn 11 Proz. Dividende gegen 9 Proz. im Vorjahre.

Kartellterrorismus. Wie ein Telegramm aus Wien meldet, wurde in einer Plenarsitzung des österreichischen Eisenkartells das Kartellwegen wegen Kartellwideriger Vorgänge auf einstimmigen Beschluß aus dem Kartell ausgeschlossen und die Herstellung von Kampfpfeifen gegen Kohnan beschlossen. Danach wurden die Stabeisenpreise in dem Bezirk Kohnan auf 8 Kronen 5 Heller per Meter-Zentner herabgesetzt. Für den Bezirk Wien betrug die Herabsetzung 1 Krone 20 Heller. Ferner wurden entsprechend der Abschwächung auf dem internationalen Eisenmarkt die Grobblechpreise um 1 Krone 50 Heller und die Träger um 60 Heller erniedrigt.

Ein ganzes Land an eine Firma. Wie der Standard in London meldet, hat Lord Murray für die englische Firma Pearson u. Son nach einem scharfen Konkurrenzkampf mit amerikanischen und europäischen Firmen einen Kontrakt von 40jähriger Dauer zum Zwecke der wirtschaftlichen Erschließung der Republik Columbia abgeschlossen. Der Kontrakt enthält Korrekturen zum Bau von Eisenbahnen, Gasanlagen, Kanälen, Telegraphen- und Telefonleitungen und zur Erforschung und Ausbeutung von Petroleumquellen.

Soziales.

Die Schulzahnpflege in Deutschland.

Das deutsche Zentralkomitee für Zahnpflege in den Schulen nimmt seit einigen Jahren regelmäßige Statistiken über die Verbreitung der Schulzahnpflege auf. Nach der Erhebung im Jahre 1909 wurden in 42 Orten praktische Schulzahnpflege ausgesetzt. Im Jahre 1911 war die Zahl dieser Orte schon auf 78 angewachsen. Die dritte, vor einigen Monaten aufgenommene Statistik führt insgesamt schon 200 Orte auf. Unter diesen befinden sich 79, meist große Städte, in denen Schul-Zahnkliniken bestehen. Am besten ist wohl die Fürsorge in Bernburg, Darmstadt, Erfurt, Charlottenburg, Nürnberg, Stuttgart, Stralburg durchgeführt, wo allen Volksschulkindern unentgeltliche Zahnbehandlung gewährt wird. In den anderen Orten fehlt es angeblich an Mitteln hierzu. Man hat hier eine Verteilung der Kosten vorgenommen, insofern als die Gemeinde einen Teil, die Eltern den anderen Teil zu übernehmen haben. Meist werden pro Kind und Jahr Beiträge von 50 Pf. bis 8 M. erhoben. In manchen Orten, wie in Berlin, Chemnitz, Dortmund, Essen, Hamburg usw. ist die Behandlung nur für die Kinder der „Armen“ frei; die von den anderen Kindern zu leistende Bezahlung wird verschiedenlich gehandhabt. In Berlin sind pro Fall 50 Pf. zu zahlen, in Altona, Bonn, Leipzig, Stettin, Ulm usw. können die Kinder Abonnements in den Kliniken entnehmen, die meist 1 M. pro Jahr kosten. Die Zahl der behandelten Kinder betrug beispielsweise in Essen 18.802, Berlin 15.000, Düsseldorf 13.682, Nürnberg 12.327, Stuttgart 10.522, Duisburg 7233, Darmen 6660, Frankfurt a. M. 5835, Hannover 6000 usw.

In den übrigen 120 Orten bestehen Schulzahnpflegestellen. Die Behandlung erfolgt hier nebenamtlich durch ortsanhörige Zahnärzte. Die Gemeinden geben meist einen Zuschuß zu der Behandlung. Im übrigen ist sie in der Regel zu bezahlen. Vielfach geschieht diese Bezahlung durch „ermäßigte Preise“, meist durch Entnahme von Abonnements. Der Preis für letztere schwankt von 1 bis 3 M. In einigen Orten ist die Behandlung auch Dentisten anvertraut. Neben der Behandlung der Schulkinder wird allerdings eingehende Belehrung über die Bedeutung eines gesunden Gebisses und die Wichtigkeit der Zahnpflege erteilt. In dieser Propaganda beteiligen sich nach den Darlegungen des Berichtes des Zentralkomitees nicht nur Behörden, Zahnärzte und Ärzte, sondern vor allen Dingen auch die Lehrer, und in dem Zusammenarbeiten aller dieser Kräfte liegt der große Erfolg im Kampfe gegen die weitverbreitete Karies der Zähne unter den Schulkindern. Deutschland könne für sich den Ruhm beanspruchen, sagt der Bericht, unter allen Ländern an erster Stelle in dieser sozialen Fürsorge zu stehen.

Letzte Nachrichten.

Heftige Streikbewegung in England.

Manchester, 20. September. (W. T. B.) Die Arbeit ruht vollständig. Auf den Docks von Manchester feiern 5000 Mann und etwa 50 Schiffe sind an der Abfahrt verhindert. Die Direktoren der Kanalgesellschaft lehnen jedes Zugeständnis und den Empfang einer Arbeiterdelegation ab. Die Arbeiter bereiten sich auf einen lange währenden Streik vor.

Nottingham, 20. September. Etwa hundert auf dem Güterbahnhof der Midland-Eisenbahn beschäftigte Arbeiter sind heute nachmittags in den Ausstand getreten.

Neue Cholerafälle in Kroatien.

Agram, 20. September. (W. T. B.) Gestern wurden bei der Landesregierung neuerlich 20 Cholerafälle zur Anzeige gebracht. Bis zum heutigen Tage sind in Kroatien 200 Cholerafälle amtlich festgestellt.

Folgeschwere Explosion.

Bilbao, 20. September. (W. T. B.) Wie aus Galdakano gemeldet wird, wurden bei einer Explosion in einer Fabrik von Explosivstoffen fünf Arbeiterinnen getötet.

Absturz eines Fliegers.

Sebastopol, 20. September. (W. T. B.) Der Militärflieger Artillerieleutnant Fischer ist aus 300 Meter Höhe abgestürzt. Er war sofort tot.



A. Wertheim

Leipziger Strasse König-Str. am Bahnhof Alexander-Platz Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse



Bis Ende dieser Woche

Grosser Verkauf

Extra-Preise

Porzellan

Weisses Porzellan

Feston Form

- Speiseteller tief od. flach 18 Pf.
- Dessertteller 12 Pf.
- Kompotteller 9 Pf.
- Terrinen 1.10, 1.35
- Kartoffelnäpfe . . 75, 95 Pf.
- Saucieren 38 Pf.
- Kompottschüsseln 20 b. 48 Pf.
- Bratenschüsseln 25 bis 95, rechte 45 Pf.
- Kaffeekannen . . 28, 45 Pf.
- Teekannen 45 Pf.
- Milchtöpfe 8 bis 15 Pf.
- Zuckerdosens 12 Pf.
- Tassen 8, 12 Pf.

Meissner Porzellan

blaues Zwiebelmuster

- Speiseteller tief 57, flach 55 Pf.
- Dessertteller . . . 38, 40 Pf.
- Kompotteller 35 Pf.
- Terrinen 3.85 bis 8.25
- Kartoffelnäpfe 1.75 bis 2.30
- Saucieren 1.75 bis 2.20
- Kompottschüsseln . 45 Pf. bis 3.00
- Bratenschüsseln . . 80 Pf. bis 3.00
- Kaffeekannen 1.15 bis 2.70
- Teekannen 1.10 bis 2.75
- Milchtöpfe 40 Pf. bis 1.65
- Tassen 60, 63 Pf.
- Zuckerdosens . . . 70 Pf., 1.30

Ein Posten
bunt dekoriertes Porzellan
zu besonders billigen Preisen

- Kaffee- od. Teetassen 25 Pf.
- Kuchenteller . . . 33, 48 Pf.
- Dessertteller 8, 15, 18 Pf.
- Fruchtschalen auf Fuss 75 Pf.
- Vasen 30 Pf. bis 2.45

- Tassen mit Goldrand 18 Pf.
- Tassen mit breitem Goldrand . 22 Pf.
- Tassen mit Blumendekoration . 15 Pf.

Steingut

Neu eingeführtes Kaffee- u. Teegeschirr

- | | |
|-------------------------------------|--|
| „Lothringen“ aussen rot innen weiss | „Tirol“ voll dekoriertes blaues Muster |
| Kaffeekannen . 48 bis 95 Pf. | Kaffeekannen . 1.20, 1.35, 1.65 |
| Teekannen . . . 55 Pf. b. 1.05 | Teekannen 1.10, 1.35, 1.65 |
| Milchtöpfe . . . 33, 48, 60 Pf. | Milchtöpfe . . . 50 Pf. b. 1.90 |
| Teetassen 22, 25 Pf. | Teetassen 32, 48 Pf. |
| Butterdosens . . . 45, 55 Pf. | Butterdosens 1.50 |
| Dessertteller . . . 12, 13 Pf. | Kuchenteller 1.35 |
| Eierbecher 9 Pf. | Eierbecher 18 Pf. |
| Schokoladenkannen . 1.10 | Zuckerdosens 95 Pf. |
| Kuchenteller 40 Pf. | Kannenuntersetzter . 38 Pf. |

Waschgarnituren 6 teilig, dekoriert

- Hansa . 2.90
- Rose . 2.90
- Hamburg . 2.90

Pressglasgarnitur „Cumberland“

- Butterdosens 28, Käseglockens 55 Pf.
- Kompottschüsseln rund 8 bis 48 Pf.
- Kompottschüsseln geschweift 22 bis 55 Pf.
- Kompotteller 6, 8, Konfekteller 4 Pf.
- Kuchenteller 25, 33, 48 Pf.
- Zuckerschalen . . . 15 Pf.
- Blumenschalen „Saturn“ 68 Pf.
- Blumenvasen „Flora“ . 24, 68 Pf.
- Cakesdosens „Gloria“ . 45 Pf.

Ein Restposten Pressglas „Sonne“

- zu besonders herabgesetzten Preisen
- Kompottschüsseln früh. 18 bis 90 Pf. rund jetzt 13 bis 65 Pf.
 - Kompottschüsseln früh. 18 bis 95 Pf. geschweift jetzt 13 bis 68 Pf.
 - Kompotteller früher 15 Pf. jetzt 12 Pf.

Ein Restposten geschliff. Kompottschalen „Wally“ . . . 45 Pf. bis 3.00

Glas

Ein grosser Posten
schwer geschliffenes Kristall mit Hochglanz-Politur
besonders preiswert, als Salatschalen, Kuchenteller, Dessertteller, Jardinières

- Likörfaschen geschliffen, farbig überfangen . 1.90, 2.15, 2.75

- Bierbecher geschliff. 23, 25 Pf.
- Wasserbecher geschliff. 18, 27 Pf.
- Likörschalen geschliffen 15 Pf.
- Salatschüsseln geschl. 27 bis 95 Pf.
- Kompotteller geschliffen 20, 25 Pf.
- Käseglockens geschliffen 55 Pf. 1.05, 1.20
- Butterglockens geschliff. 75 Pf. 1.10
- Sturzflaschen fein geschliffen 1.00, 1.10, 1.55
- Bowlen geschliffen 5.10

Trinkglasgarnitur

	Elsa gekaut	Bartholdi Kristall geschliff.
Rot- od. Rheinweingläser . . .	22 Pf.	85 Pf.
Süssweingläser	18 Pf.	75 Pf.
Likörgläser . . .	15 Pf.	70 Pf.
Bowlengläser . .	25 Pf.	1.00
Champ.-Kelche	25 Pf.	90 Pf.
Biertulpen . . .	28 Pf.	95 Pf.
Bierbecher . . .	17 Pf.	85 Pf.
Teebecher . . .	17 Pf.	85 Pf.

Der Riesen-Glogau

am Kottbuser Tor

Julius Glogau Garderobe Julius Glogau
KREDITHAUS Julius Glogau KREDITHAUS

bietet seinen Kunden und allen Interessenten
nie dagewesene Vorteile!

Wir liefern an Jedermann
Vollständige
Wohnungs-Einrichtungen!

Anz. v. 10 M. an	{ 1 Zimmer 1 Küche	Anz. v. 20 M. an	{ 1 Wohnzimmer 1 Schlafzimm. 1 Küche
-------------------------	-----------------------	-------------------------	--

Ferner grosse Läger einzelner

Möbel auf Kredit

Anzahlung v. **3** M. an

Besichtigen Sie bitte unsere Riesen-Läger. Das Ansehen kostet nichts.

Abzahlung v. **1** M. an

Achten Sie auf die alte Firma
Julius Glogau
G. m. b. H.
Kottbuser Str. 28, Ecke Reichenberger Str.
direkt am
Kottbuser Tor

Achtung!
Es ist bekannt, dass bei uns seit vielen Jahren sämtliche Gegenstände mit **2 Preisen** deutlich ausgezeichnet sind, und zwar **1 Cassapreis** und **1 Teilzahlungspreis**, wodurch jede Ueberschätzung ausgeschlossen!

Gegründet 1880

Mit ähnlich lautenden Firmen nicht zu verwechseln

PROBLEM Cigaretten

Der beste Treffer.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Sechster Verhandlungstag.

Jena, 20. September.

Den Platz des Genossen Eugen Ernst, der heute seinen 50. Geburtstag feiert, schmückt ein großer Blumenstrauß, den ihm seine Berliner Freunde überreicht haben.

Der Parteitag beginnt die Sitzung um 8 Uhr mit der Mitteilung, daß W. inig-Hamburg und Julius Koch-Magdeburg zu Protokoll erklären, sie seien gestern durch die Abhaltung einer Versammlung bzw. durch die Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung abgehalten worden, sich an der Abstimmung über die Resolution W. u. z. zu beteiligen, sie hätten sonst dafür gestimmt.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung Punkt 6

Maifeier.

Hierzu liegen die Anträge 58 bis 74 vor.*)

Berichterstatter Ebert:

Auf dem vorigen Parteitag haben wir uns bei diesem Punkt fast ausschließlich mit der Frage der Abführung des Tagelohnes beschäftigt. Erhebend waren die Debatten nicht. Die peinlichen Zwischenfälle bei der Abstimmung haben sogar recht niederdrückend gewirkt. Die Angelegenheit ist infolgedessen nicht endgültig erledigt worden. Wohl ist der Nürnberger Beschluß aufgehoben worden, aber der Antrag Robert Schmidt und Genossen, der die Abführung des Tagelohnes auf die in der Partei und den Gewerkschaften angestellten Genossen beschränken wollte, kam nicht mehr zur Abstimmung, obwohl nur unter dieser Voraussetzung der größte Teil der Anhänger des Antrags Schmidt vorher für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses gestimmt hatten. Parteivorstand und Ausschuß haben sich im Laufe des Jahres wiederholt mit der Frage beschäftigt, wie haben uns dabei von der Abfuhr leiten lassen, die Maifeier möglichst zu befrieden von den depressierenden Streitigkeiten über die Lohnabfuhr. Das Resultat unserer Beratungen ist der Antrag 58,**) auf dessen Boden auch die General-Kommission steht und der den Kreis derjenigen, die zur Abführung des Tagelohnes verpflichtet sind, möglichst einschränken will. Es ist im vorigen Jahre eingehend dargelegt worden, zu welchen Anzuträglichkeiten der Nürnberger Beschluß geführt hat, und tatsächlich hat unsere Umfrage bei den Organisationsleitungen ergeben, daß fast überall, wo versucht wurde, den Beschluß ernsthaft durchzuführen, die allergrößten Schwierigkeiten entstanden sind, die teilweise das ganze Parteiwesen erschüttert haben. (Erdell hört!) Die Organisationen der großen Orte sind gar nicht in der Lage festzustellen, welche Arbeiter keinen Lohnausfall haben, denn der Beschluß bezieht sich ja auch auf die Arbeiter in Genossenschaften und in Privatbetrieben. Daran hat auch die vor zwei Jahren erfolgte Verschärfung des Nürnberger Beschlusses nichts geändert. Im Gegenteil, mit dieser Dr. Eisenhorts-Aur sind die Zustände nur noch verschlimmert worden. (Sehr richtig!) Die Ausschlußanträge haben sich geradezu gehäuft. Vielfach ist die Durchführung auch an den wirtschaftlichen Verhältnissen der in Frage kommenden Arbeiter gescheitert. Sehr große Schwierigkeiten macht uns auch die Bestimmung des Buchdruckertarifs, wonach für gefällige Feiertage der für solche, die vom Arbeitgeber angeordnet werden, der Lohn bezahlt werden muß. Hätten wir etwas weiteres gegen das Personal unternommen, dann wären wir in tarifliche Differenzen geraten.

Auch bei den Angestellten der Genossenschaften und Krankenkassen sind große Schwierigkeiten entstanden; es ist sogar vorgekommen, daß diese Körperschaften, wenn die Organisationen streng darauf hielten, daß dem Beschluß Rechnung getragen wird, in Zukunft einfach von der Arbeit abgehen haben. Das ist höchst bedauerlich und aufs schärfste zu verurteilen, aber mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. (Sehr richtig!) Wir haben uns deshalb auf die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften zu beschränken. Partei und Gewerkschaften, das sind die Organisationen, die die Maifeier beschließen und durchführen, das sind die Kampforganisationen des Proletariats, von deren Führern man verlangen kann, daß sie auch hier mit gutem Beispiel vorangehen. (Sehr richtig!) Für diese Angestellten ist die Abführung des Tagelohnes ein verhältnismäßig geringes Opfer, und man kann wohl erwarten, daß sie alle gern und freudig dies Opfer auf sich nehmen. (Sehr richtig!) Wenn bisher bedauerlicherweise einige Gewerkschaften der Durchführung des Beschlusses Schwierigkeiten bereitet haben, so konnten sie sich darauf berufen, daß der Beschluß einseitig von der Partei gefaßt, also für sie nicht bindend ist. Das ist in Zukunft nicht mehr möglich, denn unser Antrag hat auch die Zustimmung der Generalkommission gefunden, die erklärt hat, sie werde alles aufbieten, damit er glatt zur Durchführung gelangt. Wir zweifeln nicht daran, daß das der Fall sein wird. Wenn sich aber trotzdem Widerstände geltend machen sollten, dann haben die Organisationen das Erforderliche zu veranlassen, und ich kann nachdrücklich erklären, daß wir in der Parteileitung einmütig der Meinung sind, daß Parteigenossen, die so wenig Pflichtgefühl haben und so wenig Opferwilligkeit besitzen, daß sie diesem Beschluß Widerstand leisten, tatsächlich das Vertrauen der Parteigenossen für sich nicht mehr in Anspruch nehmen können. (Lebhafter Beifall.)

Der Wortlaut unseres Antrages ist klar und unzweideutig. Selbstverständlich bezieht er sich nicht allein auf Parteigenossen, sondern auf Parteigenossinnen und unter dem Begriff „Bureaus“ sollen auch Zeitungsredaktionen, Buchhandlungen und ähnliche Institutionen verstanden werden. Auch die im Außendienst tätigen Genossen, z. B. Kaufleute und Beitragskassierer, sollen unter den Antrag, während wirtschaftlich schlecht gestellte Personen, wie Kaufleute, Kleinrentnerinnen, Zeitungsaussträgerinnen, von der Abführung des Beitrags befreit sind. Wir vertreten nicht, daß auch unser Vorschlag nicht völlig einwandfrei ist, aber er bildet den besten Ausweg, um aus der Situation herauszukommen. (Sehr richtig!) Der Vorschlag wird zunächst angegriffen von den Gegnern des Nürnberger Beschlusses überhaupt, z. B. von Heilmann. Ich möchte aber dringend bitten, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. (Bravo!) Auch die Anhänger des Nürnberger Beschlusses greifen unseren Vorschlag an. Das Entscheidende der Differenz zwischen uns und dieser Gruppe ist nur ein gewisser Ausfall von Einnahmen für den Maifeierfonds, aber dieser Ausfall ist nicht so bedeutend, daß wir deswegen die großen Schwierigkeiten, die wir in der Organisation haben, weitererschleppen sollten. Ich bitte Sie deshalb recht dringend, unserem Antrag zuzustimmen und alle

übrigen Anträge, die sich mit der Abführung des Tagelohnes beschäftigen, abzulehnen. (Beifall.)

Ueber den Umfang der vorjährigen Arbeitsruhe kann ich nichts berichten, weil damals der 1. Mai auf einen gesetzlichen Feiertag fiel. Es wäre lediglich zu erörtern, ob auf dem nächsten internationalen Kongresse im nächsten Jahre die deutsche Delegation zur Arbeitsruhe eine andere Stellung einnehmen soll als bisher. Darüber hat sich im vergangenen Jahre Rollenbuhr geäußert. Er hat erklärt, der Parteivorstand sehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß

die Arbeitsruhe am 1. Mai beibehalten

werden solle. Das ist auch heute noch die einmütige Auffassung des Parteivorstandes. Die Maidemonstration ist eine Aktion, die ihrem ganzen Wesen nach am besten geeignet sein muß, bei den Massen Begeisterung und Entschlossenheit auszulösen. Sie gilt den Forderungen des proletarischen Klassenkampfes. Neben der Forderung des wirksamen Schutzes der menschlichen Arbeitskraft gegen kapitalistische Ausbeutung und Verwüstung gilt es einzutreten für die politische Gleichberechtigung, zu protestieren gegen den kulturfeindlichen Militarismus und den männermordenden Krieg. (Bravo!) Die Durchführung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, der Stillstand der Sozialpolitik, die Verweigerung des gleichen Wahlrechts in Preußen und der immer deutlicher auftretende Imperialismus geben der Maidemonstration des deutschen Proletariats neuen Inhalt und neue Kraft. (Sehr richtig!) Eine Abschwächung der Maifeier gerade in dieser Situation wäre ein Zurückweichen, das von unseren Parteigenossen nicht befreit werden würde. (Sehr richtig!) Den Treibern der Scharfmacher und Nützlichkeitsfanatiker muß mit steigender Wucht die Solidarität der Arbeiter aller Länder gegenübergestellt werden, dazu gibt die Maidemonstration die beste Gelegenheit. Wenn der internationale Kongress im nächsten Jahre zusammentritt, sind 25 Jahre verflossen, seitdem die neue Internationale entstand, die als mächtiger Bund des Sozialismus der Länder des Erdballs umspannt. Auf jener imposanten Tagung vor 25 Jahren wurde die Maifeier geschaffen, die seitdem mächtig für die Begeisterung der Massen gefordert hat. Ich glaube, niemand auf diesem Jubiläumskongress wird Reizung haben, den Charakter der Maidemonstration abzuschwächen. Ich bitte Sie daher dringend, alle Anträge, die dahingehen, abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

Fries-Köln:

Der Magdeburger Antrag verlangt, daß am 1. Mai die Referenten keine Entschädigung, sondern nur die Erhaltung ihrer direkten Löhne erhalten. So sehr ich diesen Antrag begrüße, so zweifle ich doch an seiner Durchführbarkeit. Wir haben einen Wahlkreis, der dasselbe schon beschlossen hatte, aber die Folge war, daß die Gewerkschaftsangehörigen, die wir als Referenten brauchen, einfach streikten. (Zuruf: „Schöne Sozialdemokraten!“ Pfuihufel!) Ich kann Ihnen den Beweis erbringen. Der Antrag des Vorstandes ist mir zwar sympathisch, aber ich kann ihm nicht zustimmen, weil er nichts Besseres bringt. Es heißt nur, „es wird erwartet“, daß sie den Verdienst abführen. Das ist schon früher ausgesprochen worden, aber es ist nicht geschehen. Ich fürchte auch der neue Antrag wird nur zu Neidereien führen. Die Erklärung von Ebert könnte den Antrag ja schmaler machen, aber ich würde wünschen, daß auch die Generalkommission der Gewerkschaften eine Erklärung im gleichen Sinne für die Gewerkschaftsangehörigen abgeben würde. Wir haben Tausende von Parteigenossen mit geringem Arbeitslohn, die im ganzen Jahre so viele Opfer für die Partei bringen, daß das, was die Angestellten am 1. Mai abführen sollen, dadurch hundertfach aufgewogen wird. Wollen Sie die Mißstimmung zwischen Arbeitern und Gewerkschaftsbeamten beseitigen, dann beschließen Sie einstimmig die Abführung des Tagesverdienstes der Angestellten von Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften am 1. Mai. Beweisen Sie, daß Sie das sind, was Sie sein wollen, die Kulturpioniere der sozialistischen Bewegung. (Beifall.)

Klinger-Berlin:

Der Parteitag würde am besten tun, wenn er den Nürnberger Beschluß wieder herstellt. (Sehr richtig!) Als ich im vorigen Jahre von der Aufhebung dieses Beschlusses las, hatte ich das Gefühl, als wenn ich einen Faustschlag ins Gesicht bekäme. Der Nürnberger Beschluß ist keine Ausnahmebestimmung, im Gegenteil, er befreit eine Ausnahme, denn die Angestellten befinden sich doch bei der Maifeier in einer bevorzugten Stellung, und es ist nur gerecht, wenn sie einen kleinen Beitrag abführen zugunsten derer, die wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai gemahregelt sind. Wer sich weigert, dem Nürnberger Beschluß nachzukommen, zeigt, daß ihm alles abgeht, was man von einem Sozialdemokraten verlangen kann. (Sehr richtig!) Die Partei verliert gar nichts, wenn solche Leute einfach getrieben werden. (Lebhafter Zustimmung.) Wenn wir den Nürnberger Beschluß nicht wieder herstellen, dann wird man uns vorwerfen, wir haben dokumentiert, daß bei uns keine Ideale mehr vorhanden sind. (Bravo!)

Hilker-Hannover:

hat sich leider nicht verwirklicht. Das beweisen die zahlreichen Die Hoffnung, daß durch den Beschluß des Chemnitzer Parteitages die leidige Angelegenheit der Maifeier definitiv erledigt sei, Anträge. Die Anträge, die von allen am 1. Mai feiernden Genossen, soweit sie keine Einbuße an Lohn erleiden, die Abführung des Obolus verlangen, lassen sich schon wegen der Schwierigkeit der Kontrolle nicht verwirklichen. Die Anträge auf Wiederherstellung des Nürnberger Beschlusses sind deshalb nicht praktisch, weil wir dann auf jedem Parteitag die gleichen Klagen hören würden. Wir sollten definitiv Schluß machen. Am konsequentesten wäre es, man würde alle Anträge, auch den des Parteivorstandes ablehnen. Die Entscheidung, die die Maifeier genommen hat, findet die Sympathie auch nicht eines einzigen Genossen. Die Arbeitsruhe am 1. Mai bietet ein eigenartliches Bild, man sieht nur wenige, die wirklich gewonnen sind, am 1. Mai zu arbeiten und trotzdem feiern. Wir haben auf diesem Gebiet gar keinen Erfolg zu verzeichnen. (Zuruf: Ihr habt ja die Maifeier toleriert!) Entweder man sehe alle Kraft dafür ein, daß der 1. Mai wirklich ein Ruhetag wird, oder man mache der Maifeier in der heutigen Form ein Ende. Wir sollten uns auf Demonstrationenbesammlungen am Abend beschränken. (Beifall und Widerspruch.)

Große-Hamburg:

Darin stimme ich Ebert bei, daß die Schwierigkeiten besonders in den letzten Jahren seit Weichen des Nürnberger Beschlusses sich bedeutend vergrößert haben. Ich kann aber nicht einsehen, daß wir durch den Antrag des Parteivorstandes aus diesen Schwierigkeiten herauskommen. Wenn es in das Verzeichnis jedes Einzelnen gestellt wird, ob er den Lohn vom 1. Mai abführen will, dann werden wir nicht die Beiträge bekommen, die nötig sind, um die Opfer der Maifeier zu entschädigen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob die Abführung der Beiträge von dem Willen der einzelnen Genossen abhängt. Wir in Hamburg haben bei der Einziehung der Beiträge keine Schwierigkeiten gehabt. Das kann uns aber nicht bestimmen, einen Beschluß zu fassen,

der weder Fisch noch Fleisch ist. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn sich jemand, der jahrelang in der Arbeiterbewegung angestellt ist und seine Pflicht getan hat, wie es in Hamburg schon vor dem Nürnberger Parteitag der Fall war, sich in Versammlungen beschimpfen lassen muß. Durch den Nürnberger Beschluß und durch die Einführung der Maifeierunterstützung ist die Maifeier eigentlich nicht mehr das, was sie ursprünglich gewesen ist. Verzeihen Sie das harte Wort, aber wenn man diese Entwidlung sieht, dann kann es einem leid tun, auf die Dauer noch für die Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. (Zustimmung und Widerspruch.) Man muß die Arbeitsruhe erweitern, um dadurch die Arbeitgeber zur Freigabe des 1. Mai zu zwingen. Sonst hat die ganze Demonstration keinen Sinn. Das erfordert natürlich auch Opfer, wir müssen infolgedessen mit großen Ausparungen rechnen, und diese Opfer zu entschädigen, sind wir gar nicht in der Lage. Da aber ist es doch ganz natürlich, daß diejenigen, die keinen Schaden haben, ihren Obolus zugunsten der Geschädigten opfern. Wir müssen einen positiven Beschluß fassen, denn wir können die Beiträge nicht entbehren. Wir wissen, daß die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai eigentlich nur in Deutschland konsequent erfolgt ist. Deshalb glaube ich auch, daß der Vorstand es sich noch einmal überlegen wird, ob auf dem internationalen Kongress in der Form der Maifeier nicht eine Veränderung geschaffen werden kann. Ich bin auch überzeugt, daß alles, was uns bewegt am 1. Mai, auch ohne Arbeitsruhe öffentlich zum Ausdruck gebracht werden kann. (Sehr richtig!) Ich will mich nicht verbreiten darüber, ob es angebracht ist, einen Antrag zum internationalen Kongress vorzubereiten, aber ich möchte Sie bitten, daß wir mindestens diejenigen, die keinen Lohnausfall haben, verpflichten, den Tagelohn zu opfern für die Unterstützung der Geschädigten. (Beifall.)

Es läuft ein Antrag Weims-Magdeburg ein, in dem Antrag des Parteivorstandes (58) hinter „Parteigenossen“ einzufügen: „sobald sie mehr als 2000 M. Jahresgehalt beziehen“.

Kuer-München begründet einen Antrag auf Schluß der Debatte. Die prinzipielle Seite der Maifeier wird voraussichtlich nicht mehr besprochen werden, die Anträge beziehen sich alle auf die Abführung des Tagelohnes. Die Erörterung dieser Frage aber ist des Parteitages nicht würdig, und der Maifeier wird damit nicht gedient.

Weims-Magdeburg: Ich bitte, den Schlußantrag abzulehnen, damit der Antrag des Parteivorstandes so abgeändert oder interpretiert werden kann, daß sich später keine Schwierigkeiten daraus ergeben.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ebert (Schlußwort):

Es ist bemängelt worden, daß unser Antrag nicht in positiver Form gefaßt ist. Ich habe aber bereits erklärt, daß der Parteivorstand der Auffassung ist, daß die Parteiorganisationen auch bei dieser Form des Antrages Mittel und Wege genug haben, um das Erforderliche für die Durchführung des Antrages veranlassen zu können. Von einem Redner ist gesagt worden, daß er wohl glaube, daß nach der Deklaration, die wir dem Antrag gegeben haben, Parteiangehörige sich nicht weigern würden, den Tagesverdienst zu zahlen. Er hat nur eine ähnliche Erklärung von der General-Kommission vernimmt. Ich habe ja schon zu versichern gegeben, daß die Erklärung der Generalkommission bereits vorhanden ist und kann jetzt ausdrücklich noch einmal sagen, daß die Generalkommission immer der Auffassung war, daß die Beschlüsse des Parteitages von den in den Gewerkschaften tätigen Parteigenossen unter allen Umständen zu beachten sind. Ich kann weiter erklären, daß die Generalkommission auch in bezug auf unseren Antrag derselben Ansicht ist, so daß also auch von dieser Seite alles geschehen wird, um den Antrag zur Durchführung zu bringen. (Bravo!) Wenn dann weiter geltend gemacht worden ist, daß wir mit unserem Antrag aus den bestehenden Schwierigkeiten nicht herauskommen werden, so haben die Redner ganz außer acht gelassen, daß der Kreis der Beteiligten erheblich eingeschränkt wird. Alle, die gegen diese Einschränkung gesprochen haben, sind auf meine Darlegungen eigentlich gar nicht eingegangen. Niemand ist eingegangen auf die Schwierigkeiten, die uns beim technischen Personal entstehen, sowie darauf, daß ein großer Teil der Arbeiter in der Privatindustrie wirtschaftlich kaum in der Lage ist, dem Beschluß zu entsprechen, ebensowenig darauf, daß die Kontrollmöglichkeit für die Durchführung eines solchen Beschlusses fehlt. (Zuruf: Schlußantrag!) Die Genossen in Hamburg haben die Einrichtung schon sehr lange, und bei der an sich guten Organisation in Hamburg ist es begründlich, wenn dort weniger Schwierigkeiten entstehen. Aber in fast allen übrigen Bezirken des Landes sind diese Schwierigkeiten in der Tat entstanden. — Die Maifeierfonds werden bei Annahme unseres Antrages durchaus nicht gefährdet. Sie werden nicht, wie man es darzustellen versuchte, in der Hauptsache gespeist durch die Abführung des Tagelohnes, sondern fast überall ist man dazu übergegangen, eine gewisse Beitragsleistung der Mitglieder der Organisationen für den Maifeierfonds durchzuführen. Man führt ihm Ueberschüsse von Festlichkeiten usw. zu. Abzulehnen bitte ich den Antrag Weims. Der abzulehnende Beitrag wird ja bemessen nach der Höhe des Gehalts, so daß die Belastung sehr wohl auch für solche, die weniger als 2000 M. Gehalt haben, nicht allzu hart ist. — Ich bitte Sie also nochmals dringend, dem Vorschlag des Parteivorstandes zuzustimmen. (Bravo!)

Auf die Frage der Arbeitsruhe glaube ich nicht näher eingehen zu müssen. Es ist in der Debatte sowohl der Abschwächung wie der Erweiterung der Arbeitsruhe das Wort geredet worden. Beide Fragen sind auf Parteitag und internationalen Kongress eingehend erörtert worden, und nachdem im Jahre 1904 auf dem Amsterdamer Kongress unter allgemeiner Zustimmung eine Regelung gefunden worden ist, die unseres Erachtens die Zweckmäßigkeit ist, bitte ich, es dabei zu belassen. (Sehr richtig!)

Hierauf wird unter Ablehnung des Amendements Weims der Antrag 58 des Parteivorstandes mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch erledigen sich die übrigen zu diesem Punkt gestellten Anträge.

Es folgt der

Bericht der Beschwerdekommision.

Berichterstatter Paulig-Dessau:

Der Genosse Julius Brüdner in Göttingen ist durch Schiedsgerichtsurteil vom 8. März aus der Partei ausgeschlossen und hat hiergegen Berufung eingelegt. Eine Bezirkskonferenz in Göttingen hatte beschlossen, an Stelle des bisherigen Abgeordneten Lindemann den Genossen Ainkel als Kandidaten zum Landtage aufzustellen. Wegen dieses Beschlusses wollte Brüdner ein Inserat in der „Freien Volkszeitung“ in Göttingen veröffentlichen, indem er sagte, daß die Aufstellung Ainkels gleichbedeutend mit dem Verlust des Mandats sei. Er wollte eine Urabstimmung darüber, ob Ainkel oder Lindemann kandidieren solle und bot die Genossen, die für eine Urabstimmung seien, ihm ihre Adresse mitzuteilen. Die Expedition lehnte die Aufnahme des Inserats ab und verwies ihn mit seinem Antrag an die Parteiverammlung oder die Kreisgeneralversammlung. Brüdner ließ darauf den Text als Plakat drucken, und zwei

*) Die Anträge fordern eine Regelung der Abführung des Tagesverdienstes durch die Angestellten der Arbeiterbewegung. Der Antrag 73 verlangt die Verlegung der Maifeier auf Sonntag.

** 58. Parteivorstand: Dem Beschluß des Leipziger Parteitages vom Jahre 1900, der die Regelung der Maifeier und die Annullierung eines Maifeierfonds anordnet, fügt der Parteitag in Jena folgende Erklärung hinzu:

Der Parteitag erwartet von den in Bureaus und Redaktionen der Partei und der Gewerkschaften angestellten Parteigenossen, daß sie im Hinblick auf die Opfer, die die Arbeiter im Kampf um die Maifeier bringen, ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abliefern.

Stunden später hob die Plakat zur Freude unserer Gegner an den Säulen. (Hört! hört!) Am anderen Tage erklärte der Kreis-ausschuss in der „Volkzeitung“, wer sich dem Beschlusse nicht füge, stelle sich außerhalb der Partei; zu einem Antrag auf Umbestimmung sei der Kreis-ausschuss auf Grund des Statuts nicht berechtigt. Eine Parteiverammlung am 2. Mai bezeichnete das Vorgehen Brückners als Disziplinbruch und stellte einen Antrag auf Ausschluß. Brückner antwortete mit einem neuen Plakat, worin es hieß: „Wenn der Gedanke nirgends Recht finden kann, greift er nicht nach dem Schwert, sondern nach der Plakatsäule.“ (Seiterzeit.) Soll man sich vergewaltigen lassen, soll man sich alles gefallen lassen, ohne sich zu wehren und vor lauter Prinzip Dogma und Disziplin sich des Rechts der freien Meinungsäußerung begeben?“ (Hört! hört!) Die Gegner nahen diese Erklärung natürlich weidlich gegen uns aus, und die Folge war, daß der Saalkreis verloren ging, obwohl an Stelle Kinkels ein anderer Kandidat getreten war. Der württembergische Landesvorstand ist dem Ausschlußantrag nicht beigetreten, hat aber das Verhalten Brückners entschieden gemißbilligt. Auch in die Gemeinderats-sitzungen hat Brückner den Parteistreik hineingetragen, er hat u. a. dem Oberbürgermeister geschrieben, er komme nicht in die Sitzungen, weil er Kinkel nicht als Ehrenmann betrachte und deshalb jede gemeinsame Arbeit mit ihm ablehne. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte in einer Parteiverammlung, sie sei der Meinung, daß Kinkel sein Mandat nicht niederzulegen brauche, und mit Ausnahme von fünf Teilnehmern war die Versammlung damit einverstanden. Brückner aber fügte sich auch diesem Beschlusse nicht. Das Schiedsgericht, das auf Vorschlag der Göttinger Organisation eingesetzt wurde, kam zu der Auffassung, daß Brückner, wenn er mit der Kandidatenaufstellung nicht einverstanden war, sich doch nicht an die Öffentlichkeit hätte wenden dürfen. Da er nach dem ersten Anschlag durch den Kreis-ausschuss gemahnt war und trotzdem sein zweites Plakat aufhängen ließ, liege ein beharrliches Widerhandeln gegen Beschlüsse der Parteioberorganisation vor. Ebenso sei das Parteinteresse geschädigt worden, denn Brückner habe den Gegnern Waffen geliefert. Er habe mit einem zweiten Plakat und den darin enthaltenen Angriffen auf die Partei die Grenzen dessen überschritten, was eine Partei sich bieten lassen könne, es sei deshalb auf Ausschluß zu erkennen. Nach Ansicht der Beschwerdekommision ist die Schlussfolgerung des Schiedsgerichts richtig. Wir beantragen deshalb den Ausschluß zu bestätigen. (Bravo!)

Maier-Heidelberg:

Ich nehme Brückner wegen seiner Handlungsweise nicht in Schutz, aber man muß ihm Milderungsgründe zubilligen und nicht gleich die Todesstrafe, den Ausschluß aus der Partei, verhängen. Er hat sich gegen einen Mann gewendet, der als unfauler Patron gekennzeichnet worden ist und dessen Handlungsweise von allen anständigen Parteigenossen durchwegs verworfen wird. Das Mandat ging nicht infolge des Brücknerschen Plakats verloren, sondern weil man so leicht war, durch einen Kinkel Lindemann ersetzen zu wollen. (Sehr richtig!) Brückner hat aus lauterem Mitleid gehandelt und in gutem Glauben gegen die Parteidisziplin schwer verstoßen. Er wollte einen notorischen Parteischädling nicht als Kandidaten dulden. Ohne den traurigen württembergischen Parteistreik aufzuheben zu wollen, muß ich sagen, daß es damals Brückner in Göttingen kaum möglich war, als Angehöriger der Minderheit auf legalem Wege sein Recht zu suchen. Ich bitte, Brückner zwar die schärfste Rüge zu erteilen, ihn aber nicht auszuschließen. Sonst sagen die Massen des Volkes, der Kinkel, der die unfauleren Geschichten gemacht hat, bleibt in der Partei und der Brückner, der die Sache aufgeklärt hat, der wird hinausgeschmissen. Auf das Rechtsbewußtsein des Volkes müssen unsere Urteile Rücksicht nehmen. (Bravo!)

Sidenbrand:

Die Angelegenheit ist nur verhältnismäßig, wenn man die in Göttingen herrschende Verwirrung in Betracht zieht. Auch der Landesvorstand hat den Anschlag der Plakate als eine schwere Außerachtlassung aller unserer disziplinarischen Vorschriften angesehen, aber er konnte einen Mann nicht ausschließen, dem es darauf ankam, das Ansehen und die Würde der Partei vor Schädigung zu bewahren. Brückner ist in Göttingen seit 20 Jahren als Parteigenosse tätig. Seit langen Jahren Gemeinderat, lebt er allerdings lange schon mit Kinkel in Unfrieden. Die Wahlkreis-konferenz entschied über den Kandidatenwechsel, ohne daß vorher auf die Absicht eines Kandidatenwechsels hingewiesen worden war und ohne daß in einer Mitgliedschaft eine Minute darüber diskutiert worden wäre. Kinkel, der in einem anderen Bezirk selbst Kandidat war, wurde einfach an die Stelle Lindemanns gesetzt. Seinem Protest wurden die Spalten des Parteiblattes verschlossen. Den Plakatschlag wird niemand billigen, aber der Inhalt des Plakats war durch das Gerichts-Urteil u. a. m. den Gegnern bereits bekannt und konnte von ihnen im Wahlkampf ausgeschlocht werden. Daher hat der Landesvorstand eine Rüge ausgesprochen und vom Ausschluß abgesehen. Wie richtig die Meinung Brückners über Kinkel im Interesse der Partei war, geht daraus hervor, daß derselbe Kreisvorstand, der diesen Kandidatenwechsel gebilligt hat, einige Monate später den Kinkel zum Rücktritt veranlaßte, so daß der Landesvorstand vier Wochen vor der Wahl einen neuen Kandidaten ernennen mußte, nachdem Lindemann unter solchen Umständen es natürlich abgelehnt hatte, wieder zu kandidieren. Das Mandat wurde mit Glanz verloren. Stimmen Sie dem Antrag Maier zu! (Beifall.)

Müller (Parteivorstand):

Ich war Vorsitzender des urteilenden Schiedsgerichts in Göttingen und kenne die Einzelheiten. Der Ausschluß wurde ausgesprochen, weil die Voraussetzungen dazu in der prägnantesten Weise vorliegen. (Sehr richtig!) Nicht die Redaktion des Parteiblattes (Dr. Thalheimer) hat einer Erklärung Brückners die Aufnahme verweigert, sondern die Expedition lehnte ein Inserat Brückners ab. Am 21. Mai schlug Brückner sein Plakat an, am 22. verurteilte eine Mitgliederversammlung dieses Vorgehen und am 24. ließ Brückner einen neuen Anschlag anheften, worin er die allerhöchsten Angriffe auch gegen die Partei richtete. (Hört! hört!) Es heißt da, daß Leute, die mit dem Heiligen Crispin, der den Reichthum das Leder faß und den Armen daraus Schuhe machte, verglichen werden, durch jahrelange Arbeit es fertiggebracht haben, an Stelle eines Lindemann einen Kinkel zu setzen usw. Das ist Parteischädigung. (Sehr richtig!) Das Urteil ist Brückner gerecht geworden, es glaubt Brückner, daß ihn nicht unfaulere Motive beherrschen, sondern daß er Kinkel sachlich ungeeignet zum Landtagskandidaten hielt. Das Verfahren über den Fall Kinkel schwebte zu dieser Zeit noch, der Fall in der Ortskonferenz war noch nicht restlos geklärt. Selbst wenn Gerichts-Urteile bis zur letzten Instanz vorgelegten hätten und wenn auch das Disziplinarstrafverfahren abgeschlossen gewesen wäre, so hätte doch das Schiedsgericht nicht über Kinkel entscheiden dürfen, denn Kinkel war nicht angeklagt. Wenn Kinkels Verhalten in Württemberg so verurteilt wird, dann wundere ich mich, daß noch kein württembergischer Ortsverein einen Ausschlußantrag gegen Kinkel gestellt hat, damit die Angelegenheit geprüft werden könne. Gerade im Hinblick auf die jahrelangen schweren Differenzen in Württemberg bitte ich, dem Beschluß der Beschwerdekommision beizutreten. Wenn es Sanktion werden soll, daß, wenn einer nicht Recht bekommt, er an die Plakatsäulen geht, dann können wir noch schöne Dinge in Württemberg erleben! (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Maier wird abgelehnt, der Parteitag stimmt dem Antrag der Beschwerdekommision zu.

Ruffel-Leipzig:

Der sozialdemokratische Verein Nürnberg legt gegen das Urteil des Schiedsgerichts in Sachen Schmuider Verurteilung ein. Schmuider hat in seiner Eigenschaft als zweiter Vorsitzender der Nürnberger Hilfskassenkasse Frauenhilfe eine Beschwerde an die Kreisregierung von Mittelfranken gerichtet, um die Plakatsäule im Verein zu beseitigen, er hat die Verwaltung und den

Aufsichtsrat, die mit einer Ausnahme aus Parteigenossen bestehen, nicht angerufen und auch die Generalversammlung übergangen. Die Beschwerde warf bestimmten Personen ehrenrührige Handlungen vor. Die darauf folgende amtliche Revision hat Kasse und Bücher in Ordnung gefunden und seinen Grund zum Einschreiten gesehen. Der Gauvorstand für Nordbayern hat Schmuider aus der Partei ausgeschlossen wegen ehroser Handlung. Schmuider ist schon lange Jahre Mitglied der Partei, er war sich seiner Handlungsweise bewußt. Das Schiedsgericht, das auf seinen Antrag eingesetzt wurde, hat ihm mildeere Umstände zugebilligt, den Ausschluß aufgehoben, ihm eine ernste Rüge erteilt und ihm das Recht aberkannt, auf die Dauer von zwei Jahren Ehrenämter in der Partei zu bekleiden. Gegen dieses Urteil hat der sozialdemokratische Verein Verurteilung eingeleitet und u. a. darauf hingewiesen, daß durch das Handeln Schmuiders ein alter Kämpfer unserer Partei, der Genosse Biemer, der während des Sozialistengesetzes den 20. sächsischen Wahlkreis im Reichstag vertreten hatte, drohlos gemacht worden ist. Schmuider hatte nämlich in der Beschwerde an die Regierung eine Verurteilung von Biemer, die schon 12½ Jahre zurückliegt, erwähnt. (Hört! hört!) Die Beschwerdekommision beantragt einstimmig, das Urteil des Schiedsgerichts aufzuheben und Schmuider aus der Partei auszuschließen.

Schmid-Rünchen:

Selbstverständlich liegt in dem Vorgehen Schmuiders ein äußerst scharfer Verstoß gegen unsere Parteioberorganisation, und seine Handlung grenzt auch an Ehrolosigkeit. Aber das Schiedsgericht, dessen Vorsitzender ich war, ist zu der Auffassung gekommen, daß Schmuider in dem Moment, wo er das Schreiben an die Regierung richtete, sich nicht völlig bewußt war, was er tat. (Lachen.) Was sich nachher abgespielt hat, darüber bin ich nicht unterrichtet, aber auf Grund der vorliegenden Tatsache ist das Schiedsgericht einstimmig zu dem Beschluß gekommen, ihn nicht auszuschließen.

Treu-Nürnberg:

Schmuider hat alle Instanzen übergangen, er hat nicht, wie es sein Recht und seine Pflicht gewesen wäre, sich an die Generalversammlung des Vereins gewandt.

Der Parteitag stimmt dem Antrage der Beschwerdekommision zu.

Ruffel-Leipzig:

Eine Beschwerde ist während des Parteitages eingegangen von dem Genossen Julian Vordardt über den Beschluß der Kontrollkommission, den Vordardt im Anschluß an den Geschäftsbericht des Parteivorstandes gegeben hat. Vordardt hatte beim Parteivorstand verlangt, daß in den beiden gegen ihn gestellten Ausschlußanträgen des dritten und vierten Berliner Wahlkreises der vierte Wahlkreis, der zuletzt den Ausschlußantrag gestellt hatte, die Weisheit bestimmen sollte. Der Parteivorstand hat dem ersten Antrage des dritten Kreises den Vorzug gegeben und diesen beauftragt, die Weisheit zum Schiedsgericht zu ernennen. Da auch die Kontrollkommission einstimmig sich dem Vorgehen des Parteivorstandes angeschlossen hat, beschwert sich Vordardt bei der Beschwerdekommision.

Diese ist zu folgendem Beschluß gekommen: Die Beschwerdekommision ersucht den Parteitag, die Beschwerde des Genossen Julian Vordardt abzulehnen, da auch die Beschwerdekommision wie die Kontrollkommission der Ansicht ist, daß der Parteivorstand richtig gehandelt hat, indem er die Organisation, die zuerst den Ausschlußantrag gestellt hat, aufgefordert hat, die Weisheit für das Schiedsgericht zu ernennen. Diesem Beschluß stimmt der Parteitag debattelos zu.

Verichterstatter Ruffel-Leipzig:

Schweby, Konsumvereinsangehöriger in Eberfeld, weigerte sich beharrlich, den Tagesdienst für den von ihm durch Arbeitsruhe gestellten 1. Mai 1911 zum Nationalfest abzuführen. Er erklärte, daß er mit dem Nürnberger Parteitagbeschlusse nicht einverstanden sei. Die Bezirksleitung für den Niederrhein hat ihn aus der Partei ausgeschlossen. Vor dem Schiedsgericht erklärte er, sein bisheriges Verhalten in der Angelegenheit lehnt er zu bedauern. Daraufhin hob man den Ausschluß auf, erteilte ihm eine ernsthafte Rüge und entband ihn mit Rücksicht auf seine bedingte persönliche Lage von der Nachschulungspflicht. Hiergegen erhebt der sozialdemokratische Verein Eberfeld-Warmen Verurteilung. Schweby besitzt 200 M. in der Sparkasse, er habe also das Schiedsgericht belogen. Schweby erklärt, daß das Geld nicht ihm gehöre, er dürfe aber wegen Familienverhältnisse nicht sagen, wer es gehöre. Genosse Dröner, Eberfeld, Vorsitzender der Parteioberorganisation, erklärt die Behauptungen Schweby für unglaubwürdig, aber nicht widerlegbar. Wir haben nicht die Möglichkeit, weitere Beweise zu beschaffen und empfehlen, dem Antrag der Beschwerdekommision, es bei der Rüge zu belassen, stattzugeben. Der Parteitag beschließt so.

Weiter wird beschlossen, den rechtskräftig gewordenen Ausschluß des Genossen Hermann Schlattmann in Eberfeld wegen beharrlicher Zuwiderhandlung gegen den Nürnberger Beschluß gemäß dem Antrag der Beschwerdekommision zu bestätigen. Da jedoch möglicherweise ein Versehen der Post, sowie berückichtigungswürdige Familienverhältnisse in Betracht kommen können, wird Schlattmann empfohlen, auf Grund des Organisationsstatuts beim Bezirksvorstand seine Wiederaufnahme zu beantragen.

Julius Linde-Ludenswalde legt Verurteilung gegen eine Rüge ein, die ihm erteilt wurde, weil er in einem Beleidigungsprozeß vor dem Schöffengericht erklärt haben soll, wenn er verurteilt werde, würde die ganze Partei der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsfortells in Anwendung gebracht werden, um ihn aus der Verwaltung des Konsumvereins zu bringen. Linde erklärt, nicht gesagt zu haben, daß die Partei, sondern daß „man“ gegen ihn vorgehen würde. Er erhielt eine scharfe Rüge und auf drei Jahre wurde ihm die Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern abgesprochen. Gegen das vom Schiedsgericht bestätigte Urteil liegt Verurteilung vor. Nach der Entscheidung der Kommission ist dem Genossen Linde nicht widerlegt, daß er mit seiner Versicherung seine Prozeßgegner gemeint habe. Der dreijährige Ehrverlust erscheint hart, es soll Linde eine scharfe Rüge erteilt, er aber nicht für unfähig zur Bekleidung von Ehrenämtern erklärt werden. Der Berichterstatter bemerkt, daß die Organisationsverhältnisse in Ludenswalde nicht die besten seien, was für den Beschluß der Beschwerdekommision auch maßgebend gewesen sei.

Sailer-Ludenswalde und Grottel-Berlin weisen die Bemerkung über die Organisationsverhältnisse in Ludenswalde als vollständig unbegründet zurück. Grottel verlangt Beweise für diese Behauptung. Sailer bittet, den Kommissionsantrag abzulehnen, da Linde immerfort gekränkt habe. Der Relaisarbeiterverband hat ihn dauernd für nichtaufnahmefähig erklärt. Er hat auch eine schwebelohnte Beschwerde gegen die Selbstverwaltung der Ortskonferenz an die Aufsichtsbehörde gerichtet. Wird das Schiedsgerichtsurteil aufgehoben, dann fängt das schändliche Treiben Lindes sicher wieder an. Bewahren Sie uns davor.

Verichterstatter Ruffel erklärt, die Organisationsverhältnisse nicht herabsetzen wollen. Wir glauben, daß Linde nur auf eine solche Bahn gedrängt ist und seine Fähigkeiten nicht entfalten kann. Sollten wir ihm einen Weg dafür offen! Der Antrag der Beschwerdekommision wird mit 120 gegen 122 Stimmen abgelehnt, es bleibt beim Urteil des Schiedsgerichts.

Das Schiedsgerichtsurteil auf scharfe Rüge gegen den Genossen Thewes in Rheine und Aberkennung der Funktionsfähigkeit auf zwei Jahre wegen parteischädigenden Treibens bei den Reichstagswahlen wird bestätigt.

Ruffel berichtet über einige Fälle, bei denen es sich um Verurteilungen von Leuten handelt, die wegen Gründung gewerkschaftlicher Lokalorganisationen aus der Partei ausgeschlossen wurden. Die Lokalisten behaupten, daß unsere Forderung nach voller Koalitionsfreiheit ihnen das Recht geben müsse, außerhalb der gewerkschaftlichen Zentralverbände Lokalorganisationen zu gründen. Die

Beschwerdekommision beantragt Verurteilung der Verurteilungen und Bestätigung der Ausschließungen, da wir es nicht dulden können, daß solche Außenleiter der Partei an die Reichstagsgebäude gehängt werden und da ein grober Verstoß gegen das Parteistatut und einen Parteitagbeschlusse vorliegt.

Der Parteitag entscheidet im Sinne der Kommission.

Der Berichterstatter Genosse Ruffel

berichtet hierauf über eine Verurteilung des Genossen Hubert Schmitz in Soest gegen die Erstellung einer Rüge. Die Beschwerdekommision hat festgestellt, daß Parteinteressen nicht verletzt sind. Sie hält aus diesem Grunde auch die Rüge nicht für berechtigt und bittet, der Verurteilung des Genossen Schmitz stattzugeben. Die Kommission drückt weiter ihr Bedauern darüber aus, daß aus so kleinstem Anlaß der ganze Verwaltungskörper der Partei in Bewegung gesetzt, Zeit und Geld vergeudet wird. (Lebhafter Zustimmung.)

Der Antrag der Beschwerdekommision wird angenommen.

Der Berichterstatter unterbreitet dann dem Parteitag die grundsätzliche Frage zur Entscheidung, ob bei Schiedsgerichtsverhandlungen die Öffentlichkeit wenigstens für legitimierte Parteigenossen zugelassen werden soll. Die Kommission beantragt, die Öffentlichkeit in solchen Fällen auszuschließen.

Scheidemann beantragt, diese Frage dem Vorstand und Ausschluß zur gemeinsamen Beratung und Beschlußfassung zu überweisen. Der Antrag Scheidemann wird angenommen.

Berichterstatter Ruffel

geht dann auf den

Fall Nabel

ein. Die Kommission ist sich darüber einig, daß der Parteitag unmöglich sachlich auf die Angelegenheit Nabel eingehen, sondern lediglich die Rechtsfrage prüfen kann. Die Beschwerdekommision hat nach dreistündiger Verhandlung beschlossen, sämtliche vorliegenden Anträge zurückzuweisen und den Antrag des Parteivorstandes in Verbindung mit dem Amendement Weims zur Annahme zu empfehlen. Durch Annahme dieses Antrags würde der Fall Nabel für uns als Parteitag erledigt sein. Dem Antrag, die Angelegenheit dem internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel zu überweisen, konnten wir nicht folgen, da dies nach unserer Meinung Sache der daran interessierten Gruppen oder Nabels ist. Es dürften sowieso mehrere ausländische Gruppen demnachst an das internationale Bureau appellieren, damit eine internationale Regelung der Rechtsfrage erzielt wird. Ein anderes Amendement, welches forderte, daß wir nur unter der Bedingung vorgehen, daß für die ausländischen Bruderparteien ähnliche Rechtsgarantien bestehen wie in der deutschen Sozialdemokratie, konnten wir gleichfalls nicht akzeptieren, da wir keinen Einfluß auf die Bestimmung der ausländischen Bruderparteien haben.

Vorsitzender Ebert: Es sind zum Fall Nabel eine Menge Zuschriften von russischen und polnischen Parteigruppen und -gruppen eingegangen. Ich bitte den Parteitag damit einverstanden zu sein, daß wir diese Erklärungen nicht verlesen. (Zustimmung.)

In der Diskussion nimmt als erster Redner das Wort

Müller (Parteivorstand):

Ich möchte zunächst feststellen, daß der Vorwurf nicht zutrifft, als sei der Antrag des Parteivorstandes ein Gelegenheitsantrag mit rückwirkender Kraft. Der Parteivorstand tut mit seinem Antrag nur, was er vom Ehemaligen Parteitag beauftragt worden ist. Wir müssen den Fall losgelöst von den persönlichen Dingen betrachten, die Nabel zur Last gelegt werden. Es liegt im Falle Nabel ein polnisches Urteil erster Instanz vor, das den Ausschluß Nabels wegen ehroser Handlungen ausgesprochen hat. Auf Grund dieses Urteils verlangte der Vorstand der S. D. P. L., daß Nabel das Aufreten in der deutschen Partei unmöglich gemacht würde. Der Vorstand war gezwungen, zu dieser Forderung der Bruderpartei Stellung zu nehmen. Wir mühten ganz allgemein die Frage verneinen, daß wir das Recht und die Pflicht hätten, das polnische Urteil nachzuprüfen. Wir sind nicht der Oberwurm und nicht der Oberrichter der Internationale. (Zustimmung.) Das würde zu schlimmen Konsequenzen führen. Wenn irgendein Genosse von einer der vielen Parteien in Rußland und Polen wegen Ehrolosigkeit ausgeschlossen wird, so könnte er sich dann nach Deutschland, Oesterreich oder andere der Internationale angeschlossene Parteien wenden und er könnte mit seinen Aufnahmeforderungen jahrelang die ganze Internationale in Atem halten. Es kommt hinzu, daß nach dem Urteil der deutschen Partei immer der Vorwurf gemacht würde, daß nicht genügend die Tatsachen nachgeprüft worden seien. Ein Beispiel dafür haben wir ja auch in dem bekannten Brief des Genossen Turzki aus Paris zum Falle Nabel. Gerade dieses Beispiel wird uns zeigen, daß kein Bedürfnis vorhanden ist, die Bremer Methode auf das ganze Reich zu übertragen. (Lebhafter Zustimmung.) Ruffel hat sich mit Recht darüber bedauert, daß der Fall der Nabels Namen der Partei so viele unnütze Kosten gemacht hat. Welche Kosten würden erst entstehen, wenn jeder in irgend einer ausländischen Partei Ausgeschlossene uns zur Nachprüfung des ganzen Falles veranlassen könnte. Allerdings, wegen eines Arbeiters wäre wohl nicht soviel Wesens gemacht worden. (Lebhafter Zustimmung.) Aber wenn irgendein Literat, der genügend schreibt und redet, betrogen wird, dann werden wir es erleben, daß die deutschen Parteinstanzen und Parteigelehrte ganz unnütz in Anspruch genommen werden. (Sehr richtig!) Es ist weiter der Vorschlag gemacht worden, die ganze Geschichte dem Internationalen Bureau zu überweisen. Ich warne Sie davor. Der Fall hat seit Jahr und Tag die deutsche Partei beschäftigt, und wir haben ihn zu erledigen. Wenn die russischen und polnischen Parteigruppen an die Internationale gehen wollen, dann mögen sie es tun, aber das ist nicht unsere Aufgabe. Nun wird gesagt, daß wir in Deutschland den Fall Nabel zu unteruchen hätten, weil Nabel in Deutschland Mitglied ist. In Leipzig hat er 47 Wochenbeiträge gezahlt, in Berlin VI hat er sich 1908 gemeldet, aber nur einen Beitrag gezahlt. Er behauptete zwar, er habe außerdem noch einem Bezirksführer 3 M. gezahlt, es wurde aber festgestellt, daß er überhaupt nichts gezahlt und auch keinen Haftabend bestrafen habe. Nabel erklärte schließlich, daß er sich dann wohl geirrt habe. Ja, das ist der Nabel in der Kultur. (Lebhafter Zustimmung.) Dann ist er nach Lettow-Deesdorf gegangen. Der Vorstand dieses Kreises hat aber mit Recht gegen die Aufnahme Widerspruch erhoben, weil seit 1911 die Unteruchung gegen Nabel schwebt. Dann ging er nach Bremen, und er tat gut daran, denn ich glaube nicht, daß eine andere Parteioberorganisation in Deutschland ihn aufgenommen hätte. In Bremen wurde die Sache geschlossen auf Grund der Theorien, die in Bremen über den Ausschluß vorhanden sind. In anderen Organisationen kennt man diese Grundzüge nicht. Da ist es nicht üblich, nach den Ausführungen der Bremer „Bürgerzeitung“, weil wir eine Massenpartei sind, Spindel, Säufte und Heudackel aufzunehmen und sie erst nachher auszuschließen. (Sehr richtig!) Es besteht kein Grund, Ausländern bei uns eine Vorzugsstellung einzuräumen. Dazu ist unser Ausschlußverfahren nicht da, daß wir wegen solcher Elemente erst den ganzen Parteiparat in Bewegung setzen. In dem detaillierten Urteil der polnischen Partei, das wir nicht nachzuprüfen haben,

*) 45. Parteivorstand: Personen, die aus einer dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Bruderpartei aus Gründen, die auch in der deutschen sozialdemokratischen Partei zum Ausschluß führen, ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben.

Amendement zum Antrag 45. Im Vorstandsantrag die Worte:

... aus Gründen, die auch in der deutschen sozialdemokratischen Partei zum Ausschluß führen“ zu streichen und dafür die Worte zu setzen: „wegen ehroser Handlungen.“

ist die sachliche Unterlage für das Vorgehen von Teltow-Beskow gegeben. Es wurde gesagt, wir müßten ein Wiedererhebungsverfahren vornehmen. Wir haben aber den Fall zu erledigen nach dem Geist, der in der Internationale herrschen soll und der besteht, daß ein Element, das in einer Bruderpartei ausgeschlossen ist, wieder aufgenommen wird in einer anderen Partei. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der Beschwerdeforschung zu folgen. Sie können das tun mit dem guten Gewissen, der Partei den größten Dienst zu leisten. (Beifall.)

Dr. Liebknecht-Berlin:

Ich muß mein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß Müller in demselben Augenblick, in dem er erklärte, materiell auf den Fall Nabel nicht eingehen zu wollen, dies auf einem Umwege doch getan hat. (Sehr wahr!) Gleichzeitig hat er leider nicht bloß den Charakter Nabels in einer solchen Weise charakterisiert, sondern auch über die Bremer Parteioffiziere ein Urteil gefällt, wie es abfälliger und bedauerlicher nicht gedacht werden kann, besonders aus dem Munde eines Vorstandsmitgliedes. (Lebhafte Zustimmung.) Ebenso muß ich lebhaft bedauern, daß Müller die ruhige, sachliche Erörterung dieser Rechtsfrage (Zurück: Es ist keine Rechtsfrage, sondern eine Organisationsfrage!) dadurch erschwert hat, daß er sagte, um einen Arbeiter würde nicht soviel Wesens gemacht werden, wie um diesen Literaten. (Sehr wahr!) Mir wird gewiß niemand unterstellen wollen, daß ich um einen Arbeiter mich weniger kümmern würde. Ich habe in Chemnitz auch Nabel selbst angegriffen, um so mehr aber muß ich fordern, daß aus einer persönlichen Vermutung heraus nicht die Prüfung der Rechtsfrage im Falle Nabel erfolgt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß nach dem Antrag des Parteivorstandes mit der Erledigung der Rechtsfrage auch der Fall Nabel selbst erledigt wird und das Votum der Beschwerdeforschung geht geradezu dahin, noch besonders zu beschließen, daß wir durch Annahme des Parteivorstandsantrages dem Beschluß rückwirkende Kraft auf den Fall Nabel geben. Wir fällen damit also ein Urteil über Nabel ohne materielle Prüfung der Tatsachen. Wenn wir zu einem gerechten Urteil kommen wollen, so müssen wir die Entscheidung vollständig trennen von der Person Nabels, die wohl hier im ganzen Saale wenig Sympathien genießt. Wir müssen eine Regelung schaffen über einen bisher nicht geregelten Punkt. Die verschiedenen der Internationale angehörenden Parteien bilden keine Zentralisation, sondern eine Föderation an und für sich autonomer selbständiger Organisationen. Aus dem organisatorischen Verhältnis der Internationalen müssen wir den Schlüssel ziehen, daß der Ausschluß aus einer Partei für die anderen Parteien keinerlei formale wirkende Kraft hat. Selbstverständlich ist diese Rechtslage sehr unbefriedigend, und man muß einen Ausweg suchen, aber der Ausweg, den der Parteivorstand sucht, ist nicht der geeignete. Diese Frage muß dem Internationalen Bureau überwiesen werden, wie es mein Antrag will. Der Parteivorstand sagt: Wir würden uns mit einem solchen Antrag hincinzwischen in interne Angelegenheiten einer anderen Partei, aber auch nach dem Parteivorstandsantrag ist eine solche Einmischung schlechterdings unabweislich. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Dr. Liebknecht beruft sich darauf, daß er als Begründer seines Antrags eine längere Redezeit zu beanspruchen habe. Der Parteitag entscheidet, daß auch die Antragsteller keine längere Redezeit haben dürfen, da alle Anträge an die Beschwerdeforschung überwiesen worden seien. — Liebknecht schließt: Müller hat hier das Wesen eines ewigen polnischen Juden an die Wand gemalt, der durch die ganze sozialistische Internationale hindurchschneit und überall die Aufnahme zu erzielen sucht. (Heiterkeit.) Er hat dabei vorausgesetzt, daß in Polen ein solches schimmiges Durcheinander der verschiedenen Parteigruppen besteht. Um so notwendiger ist es doch, nachzuprüfen die Zuständigkeit des polnischen Parteigerichts, und dazu ist eine Einmischung in die Interna der ausländischen Partei unvermeidlich. Eine internationale Regelung der ganzen Frage ist unumgänglich, und ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen, die Frage dem Internationalen Bureau zu überweisen. Wir wollen kein Sondergesetz für Nabel, aber auch kein Sondergesetz gegen Nabel machen. (Beifall.)

Ein von Frick-Gottha begründeter, von Hoffmann-Berlin und Kagenstein-Charlottenburg bekämpfter Antrag auf Schluß der Debatte wird mit 178 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

Rahenhein-Charlottenburg:

Wir als Sozialdemokraten müssen immer daran denken, daß ein Zentner Gerechtigkeit zuviel besser ist, als ein Gramm zu wenig. (Sehr richtig!) Gerade in einer Sache, in der unsere Empfindung nahezu einstimmig gegen die Person, um die es sich handelt, gerichtet ist. Wir dürfen uns so weniger unser Urteil durch derartige Empfindungen beeinflussen lassen. (Sehr richtig!) Der Parteivorstand hat in dieser Frage einen Standpunkt eingenommen, der ganz unhaltbar ist. Er hat im Februar verlangt, der Bremer Verein solle Nabel streichen nach Analogie der Vorschriften über Aufnahme oder Nichtaufnahme eines aus der deutschen Partei Ausgeschlossenen. Er hat also eine Bestimmung, die nicht im Statut steht, aus anderen Bestimmungen heraus folgen wollen. Das ist ein Grundsat, den selbst unser bürgerliches Strafrecht verwirft. Wollen wir uns als Revolutionstrüben konstituieren, das berechtigt wäre, über alle herkömmlichen Rechtsgarantien zur Tagesordnung überzugehen? Das dürfen wir nicht tun. (Sehr richtig!) Ich bin selbstverständlich weit entfernt von der Theorie, die man in Bremen über das Recht der Aufnahme aufgestellt hat. Nachdem aber die Aufnahme erfolgt ist, kann der Ausschluß nur durch ein ordnungsgemäßes Ausschlussverfahren erfolgen. Müller hat hier auch einen Gegensatz zwischen der Behandlung der Literaten und der Arbeiter zu schaffen versucht. Diese Behauptung ist nicht wahr. (Widerspruch.) Ich erinnere an den Fall des polnischen Proletariats Kasprzak. Unser Parteivorstand hat den Proletariats Kasprzak geschützt, der später bei der Verteidigung einer Geheimdruckerei gegen russische Gendarmen sein Leben gelassen hat. Es kann sich um ebensolche Handlungen mannigfachen Art handeln, die ganze Frage ist noch ungeklärt. Tun Sie die Sache nicht so rasch ab, überweisen Sie sie mit dem Antrag Liebknecht dem Internationalen Bureau. Es handelt sich nicht um eine politische und persönliche Frage, sondern um eine Frage der Gerechtigkeit.

Prof. Lugemburg:

Wir können die Sache gar nicht anders erledigen, als indem wir beschließen, daß der Fall von den deutschen Parteifunktionen in vollem Umfang untersucht werden muß. (Sehr richtig!) Durch formale Erläuterungen kann man die Sache nicht mehr von sich schieben. Wäre Nabel, als er sich zur Aufnahme in Deutschland meldete, gesagt worden, er könne nicht aufgenommen werden, weil eine andere internationale Partei ihn ausgeschlossen hat, dann wäre das recht und billig gewesen. Nabel hat schon seit Jahren seine Tätigkeit in der deutschen Partei geübt, die deutsche Parteipresse hat sich jahraus jahrein mit dem Fall Nabel beschäftigt. (Wannhude; Schlimm genug!) Ich bedaure es auch, aber jetzt genügt eine formale Lösung nicht. Wird die allgemeine Regelung des Parteivorstandes im Prinzip angenommen, so kann der Beschluß auf den Fall Nabel keine rückwirkende Kraft erhalten. Der Fall muß in vollem Umfang untersucht werden. Unannehmbar ist der Antrag Liebknecht, denn das Internationale Bureau kann nur dann einschreiten, wenn zwei internationale Parteien die Berufung an das Bureau ergreifen. Das liegt hier nicht vor. Die deutsche Partei muß selbst das Verhältnis mit einem Mitglied regeln können, das sich in die deutsche Organisation hat aufnehmen lassen; es wäre lächerlich, deswegen an das Internationale Bureau zu gehen. Der polnische Parteivorstand wird es mit Freude begrüßen, wenn Sie beschließen, den Fall Nabel innerhalb der deutschen Instanzen, wie es sich gehört, im vollem Umfang zu untersuchen. Ich bitte Sie, wenigstens diesen Antrag von mir auf diesem Parteitag anzunehmen. (Weiterzeit und Beifall.)

Oskar Cohn-Berlin:

Heute hat uns nicht die sachliche Seite zu beschäftigen, sondern nur die formale. Ueber die Art, wie Müller seine Sache führen zu sollen geglaubt hat, will ich mich nicht verbreiten, nachdem ihm Kagenstein unwiderprochen vorgehalten, daß er sich eines demagogischen Anisses bedient hat. (Große Unruhe.)

Vorsitzender Ebert: Ich habe das nicht gehört, sonst hätte ich das gerügt.

Oskar Cohn: Es widerspricht meinem Gerechtigkeitssinn und Anstandesgefühl, auf einen, der am Boden liegt, herumzuschlagen. Der Antrag Liebknecht ist mißverstanden worden. Wir gehen davon aus, daß das Gerichtsverfahren in der polnischen Partei unseren Bedürfnissen nicht entspricht. Wir wollen der deutschen Partei nicht irgend jemand aufzwingen, sondern wir wollen, daß Recht Recht bleibt, auch gegenüber ausländischen Genossen und solchen, die von ausländischen Organisationen ausgeschlossen wurden. Wenn da eine Lücke in unserem Statut ist, muß sie ausgefüllt werden. Das kann nur durch das Internationale Bureau und dann durch den Internationalen Kongress geschehen.

Der Vorstand war klug genug, nicht etwa zu sagen, daß sein Beschluß rückwirkende Kraft habe, das hat erst der Berichtspräsident der Beschwerdeforschung ausgeführt. Wenn nun eine Straftat begangen ist, bei der sich zwischen der Begehung und der Aburteilung das Gesetz ändert, so ist das mildere Gesetz anzuwenden, siehe Erfurt! Hier wollen wir aber im Fall Nabel das schärfere Gesetz anwenden, und sogar ein Strafgesetz zu diesem Zweck erst schaffen. Es handelt sich um eine Frage der Gerechtigkeit und des Parteianstandes, die man nicht lediglich vom Standpunkt der Organisation aus betrachten kann. Wenn im Offiziellen Verfahren ein Staatsanwalt für einen Streifbrecher eintritt, da reben Sie von Ausnahmehandlung, und nun wollen Sie selber ein solches Ausnahmerecht schaffen. (Unruhe.) Der Vorstand hätte gern die Sache an die Internationale verwiesen, er hat sich aber in den Akten festgelegt und will nicht zurück. (Unruhe und Zurufe: Unwahr!) In München hat Pfannkuch selber beim Fall Kasprzak gesagt: „Ich würde auch heute sagen, wenn von einer ausländischen Organisation ohne Beweismittel das Verlangen gestellt würde, wir sollten einen Genossen abschaffen. Wir müssen die Dinge doch nachprüfen können.“ Ich mache Sie noch auf einen besonderen Fallstreich in dem Vorstandsantrag aufmerksam: „Der ausgeschlossene ist von einer anderen Partei, erwirbt keine Mitgliedsrechte.“ Man kommt also zu dem unglücklichen Ergebnis, daß eine anerkannte Organisation unserer Partei jemand aufnehmen kann, und daß dann der Parteitag bestimmen kann: dieser Mann darf bei Euch keine Rechte erwerben. 50 Jahre ist es so gegangen wie bisher, da können wir auch noch ein Jahr warten, bis sich die Internationale geäußert hat. Füllen Sie ein Urteil, das der Gerechtigkeit und der Würde unserer Partei entspricht. (Bravo!)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Vorsitzender Ebert schlägt vor, in der Weise abzustimmen, daß zuerst der Beschluß der Kommission zur Abstimmung gestellt wird, und daß dann darüber entschieden werden soll, ob der Beschluß rückwirkende Kraft haben soll.

Gottschalk-Königsberg: Es liegt ein Irrtum des Berichtspräsidenten vor. Die Beschwerdeforschung hat nicht beschlossen, daß dem Antrage rückwirkende Kraft gegeben werden soll. (Hört! hört! und Widerspruch.)

Maier-Heidelberg: In der Beschwerdeforschung ist erklärt worden, daß der Fall Nabel für Deutschland mit dem vorhin gefassten Beschluß erledigt sei.

Scholz-Kreuzfeld: Als Mitglied der Beschwerdeforschung kann ich im Namen verschiedener anderer Mitglieder nur bestätigen, daß der Antrag der Beschwerdeforschung dahin ging, diesen Antrag des Parteivorstandes mit dem Amendement Weimars zur Annahme zu bringen, und daß dann beschloffen worden ist, diesen Antrag auf die Angelegenheit Nabel anzuwenden mit rückwirkender Kraft. (Beifall und Zurufe: Ja, also!)

Der Antrag:

„Personen, die aus einer dem internationalen sozialistischen Bureau angehörenden Bruderpartei wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben.“

wird mit übergroßer Mehrheit, wie Ebert feststellt, angenommen.

Der Parteitag beschließt, ebenfalls mit übergroßer Mehrheit, daß der eben gefasste Beschluß rückwirkende Kraft haben soll. Damit sind alle übrigen Anträge zur Sache Nabel erledigt. (Lebhafte Beifall.)

Antrag 115 wird mit 168 gegen 158 Stimmen angenommen.

Zu einer Erklärung erhält das Wort

Roske-Chemnitz:

Ich habe in meiner Rede zum Fraktionsbericht ausgeführt, ohne wörtlich zu zitiieren, das Braunsche Parteiblatt habe geschrieben, durch unsere Tätigkeit sowohl im Reichstage wie im allgemeinen werde für das Proletariat ein Quart erreicht. Ich habe betont, durch solche Auslassungen werde für die Partei die Werberarbeit erschwert. Das Braunsche Parteiblatt hat recht, wenn es darauf hinweist, daß ich nicht wörtlich zitiert habe. Es hat in seiner Nr. 213 vom 11. September geschrieben: „Alles, was das Proletariat innerhalb der bestehenden Ordnung erreichen kann, ist doch schließlich nur ein Dreck.“ (Hört! hört!) Das Urteil, das ich in meiner Rede über die Wirkung solcher Schreibweise gegeben habe, erfährt durch diesen Wortlaut keine Veränderung. (Sehr richtig!)

Es folgt die Beratung von Anträgen. Zunächst der Anträge 99 und 97* betreffend das Verhalten zur P. P. S.

Braun:

Der Antrag 97 des Parteivorstandes, der zunächst die katastrophische Politik der preussischen Regierung und der bürgerlichen Parteien auf das schärfste verurteilt, und im übrigen die Einigungsbedingungen mit der P. P. S. von 1906 aufhebt und die Erwartung ausspricht, daß alle polnischen Genossen innerhalb der deutschen Landesgrenzen sich der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anschließen, ist nach eingehenden Beratungen vom Parteiausschuß, an der auch Vertreter der P. P. S. teilgenommen haben, einstimmig angenommen worden. Zur Begründung der Resolution liegt eingehendes Material vor.

Wir haben uns ja schon vielfach auf Parteitagungen mit Polenbehalten zu beschäftigen gehabt, die nicht den erquicklichsten Teil der Debatten bildeten. Es wurde die „Gazetta Robotnika“ gegründet und dann eine besondere polnische Partei innerhalb der deutschen Landesgrenzen geschaffen. Diese Sonderorganisation

97. „Der Parteitag verurteilt auf das schärfste die katastrophische Politik der preussischen Regierung und der bürgerlichen Parteien. Unsere Genossen in den parlamentarischen Körperschaften werden diese Politik wie bisher mit aller Kraft bekämpfen.“

Wie die Erfahrung gelehrt hat, kann diese Unterdrückungspolitik, wie überhaupt der Kampf zur Befreiung des polnischen Volkes von politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung, nur wirksam geführt werden, wenn das polnische Proletariat sich ebenso wie in den Gewerkschaften auch in der sozialdemokratischen Partei einheitlich organisiert und mit dem unter gleichem Dach stehenden polnischen Proletariat gemeinsam den Befreiungskampf führt.

Der Parteitag stellt daher die Einigungsbedingungen von 1906 auf und spricht die Erwartung aus, daß alle polnischen Genossen innerhalb der deutschen Landesgrenzen sich der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anschließen. In Landesstellen mit polnisch sprechender Bevölkerung haben die örtlichen Organisationen dafür Sorge zu tragen, daß die schriftliche und mündliche Agitation auch in polnischer Sprache betrieben wird.“ Parteivorstand.

wurde aber die Quelle fortgesetzter Zwistigkeiten, die nicht nur mit dem mehr oder weniger verträglichen Charakter der leitenden Personen der P. P. S. zusammenhängen, sondern meiner festen Überzeugung nach in dem Wesen der Sonderorganisation begründet waren. Trotz reichlicher Unterstützung der Gesamtpartei machte die P. P. S. keine Fortschritte. Auch zeigte sich in ihr immer mehr polnisch-nationalistische Bestrebungen. Auch die Erwartung, daß die Einigung von 1906 länger umgewandelt würde, und für die polnische Agitation im allgemeinen dauernd gewährt wurden, trotz der Anstellung eines polnischen Sekretärs, der lediglich der P. P. S. zur Verfügung stand, war eine fruchtbarere Arbeit nicht möglich. Es wurde festgestellt, daß jeder Abonnent der „Gazetta Robotnika“ um jährlich 10 M. kostet. Wir haben deshalb der P. P. S. empfohlen, ihr Blatt wieder in ein Wochenblatt umzuwandeln, um die Zuschüsse auf ein erträgliches Maß herabzurücken.

Auf ihrem Parteitag haben dann die polnischen Genossen behauptet, der Misserfolg ihrer Agitation resultiere daraus, daß sie von der deutschen Partei Subvention erhielten. Als wir dann sagten, dem könne leicht abgeholfen werden, behaupteten sie, das sei nicht gesagt worden, die Schuld liege an dem unfähigen Ueberseher. Außerdem beschloffen die polnischen Genossen, ihr Blatt täglich erscheinen zu lassen. Darauf haben wir die Zuschüsse eingestellt und sind aus dem Geschäft ausgetreten. Den Agitationszweck gewährten wir weiter unter der Bedingung, daß er nicht für das neue Blatt Verwendung finde. Von diesem Augenblick an wurden in dem Blatt die schärfsten Töne gegen die Gesamtorganisation ausgesprochen. So wurde dem Parteivorstand und der Generalkommission der wesentlich unwahre Vorwurf gemacht, sie trieben Korruption, ebenso der Reichstags- und Landtagsfraktion. Und was das schlimmste ist, die polnischen Arbeiter, die unserer Organisation beitrugen, wurden als Abtrünnige, als Verräter an ihrem Volk hingestellt. Trotzdem haben wir noch einen letzten Versuch zur Einigung gemacht, haben Grundzüge stipuliert, die auch von den Genossen der P. P. S. akzeptiert wurden. Die Grundzüge wurden unseren Funktionären durch Zirkular mitgeteilt und ihnen zur Pflicht gemacht, sie strikte zu beachten. Die P. P. S. hat das nicht getan, aber ihre Vertreter haben erklärt, sie hätten in ihren Versammlungen die größte Vorsicht angehtan. Sehr weit scheint sie damit nicht gegangen zu sein, denn nach kurzer Zeit ging der Kampf von neuem los.

Die Kämpfe bilden für unsere bürgerlichen Gegner tatsächlich ein Gaudium. Um ein solches Resultat zu zeitigen, haben wir in den letzten Jahren über 80 000 M. bezahlt, lediglich um eine selbständige polnische Partei innerhalb Deutschlands Grenzen zu erhalten, eine Partei, die es bisher trotz aller dieser Mittel nicht einmal auf 2000 Mitglieder in ganz Deutschland gebracht hat und die lediglich ein Demisubstitut für die Arbeiterbewegung in den gemischtsprachigen Gegenden gewesen ist. (Sehr richtig!) Sollen wir noch länger unsere reichlichen Mittel geben, nur damit die beiden Parteien sich gegenseitig bekämpfen? (Hört! hört!) Die Ursachen der Zwistigkeiten liegen nicht in den persönlichen Eigenschaften der einzelnen Führer, sondern in der Doppelorganisation, die wir da geschaffen haben. (Sehr richtig!) Eine solche Doppelorganisation muß Differenzen zeitigen. Deshalb sehen wir einen Ausweg aus dieser Situation nur in der Schaffung der Einheitsorganisation. Ich gebe mich nicht der Illusion hin, daß wir dadurch mit einem Schlage die Kämpfe befeitigen, nein, diese Kämpfe werden noch einige Zeit weitergehen, aber wir haben dann wenigstens für die Zukunft die Aussicht auf geordnete Verhältnisse. Bemühen wir uns, den polnisch sprechenden Arbeitern Agitationschriften in ihrer Muttersprache zugänglich zu machen, reden wir in den Versammlungen in ihrer Muttersprache zu ihnen, dann wird und muß es uns gelingen, das Mißtrauen zu befeitigen und sie zu veranlassen, sich um die Fahne der deutschen Sozialdemokratie zu scharen. Auch die Genossen der P. P. S. werden dann einsehen, daß es ein Verbrechen an der Arbeiterschaft wäre, wollten sie in störrischer Verblandung die Geschäfte der erbittertesten Arbeiterfeinde weiter besorgen durch Aufrechterhaltung der Zersplitterung. Unsere Vertreter in den Parlamenten werden wie bisher die katastrophische Gewaltpolitik der preussischen Regierung geißeln und mit allem möglichen bekämpfen. Daran wird auch das polnische Proletariat sehen, daß seine Interessen bei der einheitlichen deutschen Partei am besten aufgehoben sind. Stimmen Sie unserem Antrag zu, Sie werden dadurch die Bahn freimachen für die Befreiung auch der polnischen Arbeiter aus wirtschaftlicher Not und politischer Schmach. (Lebhafte Beifall.)

Die Verhandlungen werden unterbrochen durch die Mitteilung des Resultats der

Wahl der Parteileitung.

Abgegeben sind 478 Stimmscheitel. Die absolute Mehrheit beträgt also 237. Zu Vorsitzenden sind gewählt Haase mit 467 und Ebert mit 433 Stimmen. Zum Kassierer Braun mit 468 Stimmen. Als Sekretäre haben erhalten Bartels-Altona 290, Gerisch 466, Dismann-Frankfurt a. M. 211, Mollenbuhr 440, Hermann Müller 442, Pfannkuch 468, Scheidemann 445, Luise Rieh 450 Stimmen, außerdem je 1 Stimme Quessel, Edmund Fischer, Stadthagen, Südelum, Sturm und andere. (Heiterkeit.) Es sind also zur Sekretäre gewählt Bartels, Gerisch, Mollenbuhr, Hermann Müller, Pfannkuch, Scheidemann und Luise Rieh.

Als Revisoren haben erhalten Brühl 232, Weis 245, Dengels 430 Stimmen. Weis und Dengels sind somit gewählt.

Bei der

Wahl der Kontrollkommission

haben erhalten Vos 373, Rieb 103, Brühne 436, Ernst 427, Ged 300, Geber 247, Helene Grünberg 158, Dengelsbach 347, Labe 191, Sindermann 247, Stubbe 315, Timm 368, Alara Seifin 288 Stimmen. Zwischen Sindermann und Geber, die gleichviel Stimmen erhalten haben, hat das Los zugunsten von Geber entschieden. Die Kontrollkommission setzt sich also wie folgt zusammen: Vos, Brühne, Ernst, Ged, Geber, Dengelsbach, Stubbe, Timm, Alara Seifin. Die Kommission hat sich bereits konstituiert und Vos zum ersten, Brühne zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

In der fortgesetzten Debatte erhält das Wort

Rahenhein-Stralsund:

Wir sind wohl alle darin einig, daß die Vorkämpfe, als ob innerhalb unserer Partei irgend jemand katastrophische Ziele verfolgte, völlig unzutreffend und töricht sind, aber ebenso falsch ist es, aus derartigen und aus anderen törichten Handlungen auf polnischer Seite nun gleich die äußerste Konsequenz zu ziehen. Die polnischen Arbeiter setzen unter einem doppelt und dreifach so schweren Joch wie die deutschen, sie sind national unterdrückt und haben es mit der preussischen Verwaltung und Polizei in ihrer schlesisch-polnischen Heimkultur zu tun. Auch wir haben Fehler gemacht. Eine nationale Kinderheit muß die Möglichkeit haben, nicht nur ihre Interessen, sondern auch ihre sprachlichen Interessen zu wahren, mit denen ja die materiellen Interessen zum Teil zusammenfallen. Warum hat man kein Polen ein sicheres Mandat zum preussischen Landtag gegeben? Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß gerade der letzte Beschluß des Parteivorstandes von polnisch nationalisierender Seite gegen uns ausgesprochen wird. Mit Recht hat Brühne in seinem ausgesprochenen Artikel in der Sonntagnummer der „Weimarer Volkszeitung“ den Parteitag erwartet, dem Antrage des Parteivorstandes zuzustimmen. Brühne kennt die Dinge gründlich aus persönlicher Anschauung. Wir sollten unsere polnischen Genossen, die in der deutschen Organisation sind, veranlassen, sich zu einer Einheitsorganisation zusammenzuschließen. Die P. P. S. hat ihre Wurzeln nicht in Schlesien, sondern in Ostpreußen, und was geleistet werden kann, das beweisen die dort errungenen Erfolge, wo wir 16 Vertreter, darunter so glänzende Führer wie Datschni und

Diamant im Parlament haben. Also nicht nur die Polen, sondern auch wir haben Fehler gemacht, und ich bitte Sie, dem Wibelwort zu folgen: Du sollst Deinem Bruder nicht siebenmal, sondern siebenmal siebenmal vergeben! Es liegt im Interesse der Internationale sowie im Interesse des deutschen Proletariats, daß wir dies Kind nicht in die Wüste stoßen.

Höring-Beuthen:

Das Material des Parteivorstandes und die Ausführungen von Braun zeigen nur zu deutlich, daß das Verhältnis mit der P. P. S. nicht länger aufrecht zu erhalten ist. Die Tatsache, daß mehr als 50 Proz. der Mitglieder in den sogenannten deutschen Organisationen Polen sind, beweist zur Evidenz, daß die polnischen Arbeiter die Sonderorganisation ablehnen. Der polnische Arbeiter, der den Klassenkampf erkannt hat, weiß, daß wir gemeinsam mit unseren deutschen Brüdern kämpfen müssen, aber wer den Klassenkampf noch nicht erkannt hat, der kommt weder zu den freien Gewerkschaften noch zu uns. Die P. P. S. zählt heute in ganz Deutschland nicht mehr als 12.000 Mitglieder. Wir verurteilen den Galaktismus und das Demagogentum der Nationalpolen, aber wir dürfen und der Tatsache nicht verschließen, daß wir mit sprachlich getrennten Organisationen unsere Aufgabe in gemischtsprachlichen Gegenden nicht so erfüllen können wie es möglich ist. Wir wollen die einheitliche Organisation, wir wollen nicht germanisieren. Wir bitten Sie, den Antrag des P. P. S. möglichst einstimmig anzunehmen. Damit erklären wir, daß wir das Schreiben der Regierung und ihrer halaktischen Helfershelfer verurteilen und bekämpfen, daß wir aber auch das Verhalten der Führer der P. P. S. verurteilen, aus deren Verhalten nur die Nationalpolen und Galaktisten Vorteil ziehen. Das wird auch die große Masse des polnischen Proletariats zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die dem polnischen Proletariat helfen will, aus der Lohnsklaverei und aus der politischen Knechtschaft herauszukommen. (Beifall.)

Lebehour:

Wenn man den Polen eine eigene Organisation unmöglich machen will, so wird das bei den polnischen Arbeitern gerade den Eindruck erwecken, daß man ihnen nicht das gleiche Recht zugestehen will wie den deutschen Genossen innerhalb der Sozialdemokratie. Kautskien hat durchaus anerkannt, daß die Polen schwerere Fehler gemacht haben. Die Leute haben unverantwortliche Zeug geschwafelt. Das ist die Folge dieser unglücklichen Verhältnisse bei dieser unglücklichen Bevölkerung, die konfessionell unter dem Druck der Pfaffen seufzt, und auf die wir wegen der fremden Sprache direkt keinen Einfluß ausüben können. Die Polen kann man nicht mit den Dänen, den französisch sprechenden Elbfluh-Lithuanern und den Litauern vergleichen, das sind kleine Völkchen, während wir 4 1/2 Millionen Polen haben. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir den Antrag annehmen würden. Die Folge wäre nicht der Eintritt der Polen in die deutsche Sozialdemokratie, sondern ein erbitterter Kampf. Es muß versucht werden, die Leute auszuführen und nicht, sie in die Wüste zu stoßen. (Beifall.)

Ein **Schlussantrag**, den Eduard Schmid-München empfiehlt, wird angenommen. Der Antrag des Parteivorstandes wird gegen wenige Stimmen ebenfalls **angenommen**.

Es folgen die Anträge über

Organisationsfragen,

nämlich 38, 40, 41, 42, 43, 44, 46, 79, 85, 93 und 99.*

Müller (vom Parteivorstand):

Ich möchte Sie ersuchen, die Anträge 38, 40 bis 44, 79, 85, 93 und 99 dem Parteivorstand zu überweisen. Wir haben bereits im vorigen Jahre erklärt, daß über die Frage der Aenderung des Delegationsystems zum Parteitag in diesem Jahre Verhandlungen stattfinden sollen. Dann kann bei dieser Gelegenheit alles dies mit verhandelt werden, was eventuell bezüglich der Aenderungen zum Organisationsstatut vorzubringen ist. Es geht nicht an, daß wir alle Jahre Aenderungen am Organisationsstatut vornehmen. Vielfach sind die Aenderungen vom Chemnitzer Parteitag in die Mitgliedsbücher noch nicht eingetragen. Die Dinge können nicht aus dem Handgelenk geändert werden, sie erfordern genügende Vorbereitungen.

Nun haben wir einen Antrag gestellt, der betrifft das Ausschlußverfahren. Wir haben es vielfach gehabt, daß in Organisationen, nachdem gegen einen Parteigenossen in einer Instanz auf Ausschluß erkannt ist, der Verein beschlossen hat, nicht mehr bei

*) 38. **Sam i. B.:** Der Parteitag möge beschließen: Es ist unzulässig, daß in einer zusammenhängenden kleinen Stadt mit weniger als 600 Mitgliedern zwei Filialen bestehen. Wo in solchen Fällen zwei Filialen bestehen, sind diese zu verschmelzen. Ob eine Teilung einer Filiale erforderlich ist, entscheidet unter Hinzuziehung des Kreisverbandes die Filialversammlung.

40. **Eiberfeld-Barmen:** Abänderungsantrag zum § 27, Absatz 2 des Statuts: An Stelle der Worte: „Unterläßt es die Angehörigen usw.“ zu setzen: „... Unterläßt es eine Partei, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so erachtet der Parteivorstand für diese Partei die Weisheit.“

41. **Röln a. Rh.:** An den § 27 des Organisationsstatuts ist hinter Absatz 4: „so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen“, anzufügen: „In diesem Falle muß das Schiedsgericht gegen alle Angehörigen verhandeln, wenn einer der Angehörigen Weisheit erachtet.“

42. **Breslau:** Der Parteitag möge den Beschluß des Nürnberger Parteitages (betreffend Sonderorganisation, Lokalverein) aufheben.

43. **Kiel-Ost:** Der Parteitag möge beschließen: Die Wahlen zum deutschen Parteitag werden in Urwahlen, die in bestimmten Stunden an einem Sonntage stattzufinden haben, vorgenommen.

44. **Breslau-Land, Neumarkt:** Der Parteivorstand übernimmt die Kosten des Wahlkreises, die für die Besichtigung des deutschen Parteitages durch einen Delegierten entstehen. Zur Besichtigung sind nur diejenigen Wahlkreise berechtigt, die mehr als 100 Mitglieder haben.

46. **Parteivorstand:** Hat eine der im Ausschlußverfahren nach §§ 26 und 27 des Organisationsstatuts vorgesehene Instanzen gegen ein Mitglied der Partei auf Ausschluß aus der Partei erkannt, so ruhen die Rechte und Pflichten dieses Mitgliedes bis zur endgültigen Entscheidung.

79. **4. Pfälzischer Reichstagswahlkreis Zweibrücken-Pirmasens:** Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag eine Neuregelung für die Besichtigung der Parteitage in Vorschlag zu bringen, wobei auch minderbemittelten Wahlkreisen bei gewisser Höhe des Mitgliederstandes die Möglichkeit einer Vertretung geboten wird.

85. **3. Pfälz. Kreis:** Der Parteitag möge beschließen, daß der deutsche Parteitag nicht alljährlich, sondern nur alle zwei Jahre stattzufinden hat.

93. **Frankfurt a. M.-Bodenheim:** Die Wahl der Delegierten zum Parteitag hat durch Urwahlen zu erfolgen. Zum § 7 des Organisationsstatuts wird deshalb zu dem Passus: „Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Rangfolge der Mitgliederzahl“ der Zusatz „und durch Urwahlen“ beantragt.

99. **10. Hannoverischer Wahlkreis:** „Der Parteitag möge den Absatz 1 in § 7 des Organisationsstatuts der Partei dahin ändern, daß in Zukunft die Zahl der Delegierten zum Parteitag um die Hälfte verringert wird.“

dem Betreffenden kassieren zu lassen. Das Organisationsstatut hat darüber keine Bestimmung. Hier muß eine einheitliche Regelung herbeigeführt werden. Wenn eine zweite oder dritte Instanz das Ausschlußurteil aufhebt, muß dem Betreffenden Gelegenheit gegeben werden, die Beiträge nachzahlen in angemessenen Fristen. Den Antrag 42 bitte ich abzulehnen. Hierüber haben wir uns in Offen und Nürnberg unterhalten. Es besteht gar kein Grund, eine Aenderung an den Beschlüssen über die Lokalorganisationen vorzunehmen. (Beifall.)

Heilmann-Chemnitz:

Der Antrag 46 ist in der vorliegenden Form unannehmbar. Bei uns in Sachsen besteht der Bezirksvorstand aus drei Personen. Wenn also zwei dieser Personen sich darüber einigen, auf Antrag irgendeines kleinen Bezirksvereins einen Genossen vorläufig für ausgeschlossen zu erklären, so soll dieser Genosse vor der Entscheidung des Schiedsgerichts und aller anderen Instanzen also seine Mitgliederrechte verlieren. Stellen Sie sich den ungeheuerlichen Fall vor, irgendein Abgeordneter unserer Partei würde von zwei Genossen aus dem Bezirksvorstand beiseite, und diese beiden Genossen nähmen in dieser Weise einen vorläufigen Ausschluß vor und beraubten diesen Abgeordneten der Möglichkeit, weiter sein Mandat auszuüben, dann würde in der ganzen Partei über dieses außerordentliche Standrechtsverfahren ein großer Answille entstehen. Ich kann es nicht begreifen, wie der Parteivorstand überhaupt zu dem Antrage kommen konnte, daß vor dem Urteil des Schiedsgerichts ein Parteigenosse seine Rechte als Parteigenosse verlieren soll. Ich bitte Sie, den Antrag 46 abzulehnen. (Beifall.)

Müller (vom Parteivorstand):

Heilmann hat eingewendet, daß in Sachsen die Bezirksvorstände aus drei Personen bestehen und daß schon zwei dann einen Abgeordneten ausschließen könnten. Die Sache liegt doch so, daß der Bezirksvorstand in einem Vorverfahren, zu dem der Betreffende zugezogen wird und die Zeugen vernommen werden, ordnungsgemäß verfahren muß. Es ist praktisch absolut unmöglich, daß ein Bezirksvorstand gegen einen Parteigenossen oder Abgeordneten in der Weise vorgeht, wie Heilmann geschildert hat. Wir haben bisher auf Grund der Erfahrungen, die wir mit den Urteilen der Bezirksorganisationen gemacht haben, nicht geglaubt, daß eine derartige Konsequenz gezogen werden könnte. Die Bezirksvorstände sind eine ganz objektive Instanz. Der Fall, der von Heilmann erwähnt wurde, wird also nicht vorkommen. Außerdem gibt es in Sachsen keinen Abgeordneten, der in Gefahr kommen könnte, so behandelt zu werden. Gerade die Erfahrungen aus Sachsen haben uns veranlaßt, den Antrag zu stellen. Eventuell könnte man ein Amendement annehmen, daß die zweite Instanz gesprochen haben solle. Aber ich halte das für überflüssig.

Darauf wird der Antrag 46 **angenommen**, die übrigen Anträge zu diesem Punkte werden dem Parteivorstand zur Erwägung übergeben.

Vorsitzender Ebert: Es ist folgender Antrag eingegangen: Die Zahl der Mitglieder des Zentralbildungsausschusses wird von 7 auf 9 erhöht.

Heinrich Schulz:

Der Antrag will keine grundsätzliche Aenderung unseres Organisationsapparates, sondern nur die Erhöhung unseres Ausschusses um zwei Mitglieder. Unsere Aufgaben wachsen und die Leitung des Zentralbildungsausschusses kann auf den zahlreich stattfindenden Bezirkskonferenzen der Bildungsarbeit kaum noch genügend vertreten sein. Wir bitten den Parteitag, unseren Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Vors. Ebert: Ich habe hier eine Mitteilung zu machen, die die Erledigung des Antrags 115 betrifft. Es sind nach Annahme dieses Antrages mehrfach Anfragen an mich und an das Bureau gerichtet worden, wie dieser Antrag ausgeführt werden soll. Im Einvernehmen mit dem Genossen Liebknecht kann ich erklären: Es ist außer Zweifel, daß durch Annahme des Antrags 115 die Vertreter der deutschen Partei im Internationalen Sozialistischen Bureau dahin wirken sollen, daß die Frage, die für Deutschland durch Annahme des Antrages der Beschwerdekommision zunächst erledigt ist, eine internationale Regelung findet. (Beifall.)

Danft ist der Parteitag **einberstanden**.

Es folgen weitere Anträge. Der Antrag 96 wird ohne besondere Begründung und ohne Diskussion **angenommen**.

Es folgen die Anträge über den nächsten Parteitag. Der Antrag 84 wird ohne Debatte **abgelehnt**.

Heilmann-Oldenburg beantragt, die Anträge, die davon handeln, an welchen Ort der Parteitag im Jahre 1914 stattfinden soll, dem Parteivorstand und Parteiausschuss zu überweisen. Bei der ständig wachsenden Zahl der Delegierten kommt es darauf an, das richtige Parteitaglokal zu finden. Das können wir hier nicht entscheiden, das müssen Parteivorstand und Parteiausschuss erwägen.

Grumbach-Colmar beantragt, den nächsten Parteitag frühzeitiger einzuberufen, damit die Punkte, die auf die Tagesordnung des Internationalen Kongresses in Wien kommen, noch diskutiert werden können. Ich bitte, meinen Antrag dem Parteivorstand und dem Parteiausschuss zu überweisen.

Die Anträge Heilmann und Grumbach werden darauf **angenommen**.

Vors. Ebert: Kontrollkommission und Parteivorstand, wie sie jetzt gewählt worden sind, haben nach einem früheren Beschluß die Mitglieder des Zentralbildungsausschusses gewählt, und zwar gleich unter Berücksichtigung des vorhin gefassten Beschlusses, wonach die Zahl der Mitglieder von 7 auf 9 erhöht werden soll. Es sind in dem Zentralbildungsausschuss gewählt worden: David-Rainz, Heilmann-Berlin, Korn-Berlin, Laubenberg-Hamburg, Loebe-Breslau, Mehriag-Berlin, Müller-Rindchen, Schulz-Berlin (als Geschäftsführer) und Genossin Zellin-Stuttgart.

Vorsitzender Ebert:

Wir sind damit am Schluß unserer Arbeiten angelangt. Wie nach früheren Tagungen in Jena können wir auch diesmal wieder sagen, wir waren hier in jeder Hinsicht gut untergebracht. Dafür sind wir unseren Jenaer Genossen zu großem Danke verpflichtet. Sie hatten alles bis ins einzelne sehr gut vorbereitet und haben während unserer Tagung in umsichtiger und liebenswürdiger Weise alles getan, um eine glatte Erledigung unserer Arbeiten zu ermöglichen. Auch darüber hinaus haben die Jenaer Genossen uns den Aufenthalt hier so angenehm wie möglich gemacht. Die prächtige Aufführung der lampenfrohen Arbeiterchöre am Sonntagabend war eine recht stimmungsvolle Einleitung unserer Arbeiten. Auf uns alle hat sie einen tiefen und bleibenden Eindruck gemacht. Ich halte es für meine Pflicht, allen Mitwirkenden auch an dieser Stelle noch besonders zu danken. (Lebhafter Beifall.) Wir alle scheiden von Jena mit den besten Erinnerungen an diesen göttlichen Ort. Wir danken auch den Mitgliedern der Kommissionen, die in schwerer und oft nicht sehr angenehmer Arbeit dem Parteitag gute Dienste geleistet haben.

*) 36. **Breslau:** Die preussische Landtagsfraktion möchte darauf hinwirken, daß der Austritt aus der Landesliste kostenfrei ist.

) 84. **Hamburg I: Der Parteitag möge im Jahre 1914 das Thema: „Staat und Kirche“ auf die Tagesordnung setzen.

(Beifall.) Wir danken auch den Vertretern der Presse, die eine Woche anstrengender Arbeit hinter sich haben.

Wenn wir auf unsere Verhandlungen zurückblicken, so können wir mit vollem Recht sagen, der Parteitag hat fleißige und gute Arbeit geleistet. Der Parteitag hat der Tätigkeit der Parteileitung und Reichstagsfraktion zugestimmt und beiden Körperschaften sind für ihre künftige Tätigkeit wichtige Anregungen gegeben worden, die sicher weitestgehende Berücksichtigung finden und nach Möglichkeit in die Tat umgesetzt werden. Die überaus wichtige und sehr komplizierte Steuerfrage, die die Partei seit Jahren lebhaft beschäftigt hat, der Parteitag gründlich behandelt. Die fleißige und dankenswerte Vorarbeit unserer Referenten ermöglichte eine recht erfrischliche Behandlung dieses Themas. Die in der angenommenen Resolution festgelegten Richtlinien zeichnen scharf unsere Klassenkampfhaltung und bringen klar die Grundzüge unserer Steuerpolitik zum Ausdruck. (Sehr richtig.) Diese Entscheidung wird uns bei der Agitation in unserer Tätigkeit im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeinden große Dienste leisten. (Sehr wahr.)

Mit der Behandlung der Arbeitslosenfürsorge hat der Parteitag Stellung genommen zu einer Frage, die zurzeit die Lebensinteressen Hunderttausender von Arbeiterfamilien aufs engste berührt. Die mit der planlosen kapitalistischen Produktionsweise untreubar verbundene Arbeitslosigkeit hat bereits ein Massenelend in großem Umfange hervorgerufen. (Sehr wahr!) Die Wintermonate werden sicher noch eine enorme Steigerung des Elends bringen. (Sehr wahr!) Im ganzen Reiche muß deshalb unverzüglich eine gewaltige Massenbewegung eingeleitet werden zur Propagierung und Durchsetzung der in unserer Resolution festgelegten Forderungen. (Lebhafte Zustimmung.) In den hinter uns liegenden Jahren glänzender wirtschaftlicher Prosperität, in denen der Kapitalismus ungeheure Reichtümer einheimisch, waren die herrschenden Klassen zu wirksamen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit nicht zu bewegen. Jetzt gilt es, einen Massensturm zu entfachen, der mit unwiderstehlicher Wucht die Herrschenden zur Abhilfe zwingt. (Stürmischer Beifall.)

Erneut hat sich der Parteitag mit dem politischen Massenstreik beschäftigt. Wie auf den früheren Parteitag, so sind auch hier über die Art des Kampfmittels und seine Propagierung die Meinungen auseinandergegangen. Volle Einigkeit herrschte aber über das Ziel, zu dessen Erzeugung, wenn andere Mittel versagen, eventuell der Massenstreik in Anwendung gebracht werden soll. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Dreiklassenwahl in Preußen muß beseitigt werden, koste es, was es wolle.

(Stürmischer Beifall.) Unser Beschluß ist klar und unzweideutig, nicht nur für die Partei, sondern auch für die, die sich in kurzfristiger Verblendung der Beseitigung der Dreiklassenwahl widersetzen. Wenn es sein muß, werden wir zum äußersten Mittel greifen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist so, wie ein Redner sagte: entweder werden wir das freie Wahlrecht in Preußen haben oder wir haben den Massenstreik. (Stürmische Zustimmung.)

Für unsere Gegner war unsere Tagung eine recht bittere Enttäuschung. Sie sehen ihre einzige Hoffnung auf die Selbsterlösung der Partei, und gerade an diesen Parteitag haben unsere Feinde in dieser Hinsicht besondere Erwartungen geknüpft. Mit Freuden können wir demgegenüber feststellen, daß bei aller sachlichen Schärfe, mit der wir unseren Reinigungsstreik geführt haben, unsere Verhandlungen getragen waren von gutem kameradschaftlichem Geiste. Ich übertreibe sicher nicht, wenn ich sage, die innere Festigkeit der Partei, der entschiedene Wille zur Einheit und Geschlossenheit der Partei sind wohl selten auf einem Parteitag stärker zum Ausdruck gekommen als auf diesem. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist auf diesem Parteitag von neuem die Erkenntnis festgestellt worden: Die Zusammenfassung aller Kräfte in der Partei zu einheitlicher Arbeit ist die Wurzel unserer Kraft und unserer Erfolge. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn wir uns nun anscheiden, auf unsere heimatischen Kisten zurückzukehren, so tun wir es mit dem aufrichtigen Gelübde, in alter Treue unser Bestes, unser Alles einzusetzen für die Partei, für die Befreiung des Proletariats aus wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung. In all unserem Tun und Handeln, in all unsern Kämpfen wollen wir uns leiten lassen von dem glänzenden Beispiel, das uns unser großer unvergesslicher Meister August Bebel gegeben hat. (Stürmischer Beifall.) So trennen wir uns frohen Mutes mit unserem alten Schlußruf: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Delegierten haben sich erhoben, stimmen begeistert in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarxlieder.) Schluß 1 1/2 Uhr.

Die Abstimmung über die Steuerfrage.

Gegen den Antrag Sturm haben folgende 140 Delegierte gestimmt: Lore Agnes-Düsseldorf, Albrecht-Galle, Albrecht-Könnern, Antrich-Braunschweig, Apel-Erfurt, Martha Arendsee-Lichtenberg, Bed-Weimar, Belleri-Solingen, Bertin-Düsseldorf, Bihlmeier-Schw.-Gmünd, Blumhöf-Gannau, Bod-Gotha, August Döhle-Leipzig, Helene Brandenburg-Gamburg, Brühl-Berlin, Wüchner-Berlin, Bühler-Remscheid, Burdardt-Eilenburg, Claus-Berlin II, Crispian-Stuttgart, Davidsohn-Berlin, Dymann-Frankfurt, Dittmann-Solingen, Donalies-Königsberg, Emmel-Rühlhausen, Engelhardt-Helmstedt, Engelhardt-Gannstatt, Ewald-Berlin, Agnes Fabrenwaldt-Berlin, Fauth-Bephar, Fiedler-Krimmitschau, Otto Franz-Berlin VI, Fries-Röln, Fuchs-Schittgheim, Gedhardt-Burg, Gedhardt-Hof, Gehrmann-Weiz, Geber-Leipzig, Gottschalk-Königsberg, Götz-Kirchheim, Götz-Eibenstod, Grenz-Rimbach, Grauer-Berlin, Graupe-Weidau, Grenz-Leipzig, Guetkunst-Berlin, Hammer-Essen, Hanska-Stettin, Marie Hartung-Königsberg, Hengsdach-Röln, Henke-Bremen, Henkel-Berlin VI, Auguste Hennig-Leipzig, Herrmann-Dresden, Herzfeld-Berlin, Frau Hoch-Frankfurt a. M., Gustav Hoch-Gannau, Hoffmann-Berlin IV, Hoffmann-Berlin IV, Hofrichter-Röln, Horn-Dresden, Hugel-Bonreuth, Jaffe-Lichtenberg, John-Leipzig, Jungnickel-Annaberg, Käßler-Berlin, Kilians-Kassel, Kleinspehn-Nordhausen, Klingler-Berlin, Klingler-Noburg, Knaut-Gera, Knief-Bremen, Krüger-Bandebred, Krüger-Leipzig, Kühn-Langenbielau, Kunert-Galle, Leber-Jena, Ledebour-Berlin, Leich-Leipzig, Leid-Berlin, Dr. Lensch-Berlin, Leopold-Weiz, Leuteri-Kpolda, Leuthold-Dresden, Leyerer-Breslau, Linde-Königsberg, Lindner-Golditz, Lippmann-Duisburg, Ludwig-Dagen, Frau Dr. Luxemburg-Berlin, Marzhausen-Büchel, Meier-Weidau, Mengel-Bitterfeld, Möller-Schönefeld, Müller-Düsseldorf, Müller-Leipzig, Oppermann-Blankenburg, Ostkamp-Essen, Dr. Pannekoek-Bremen, Panzer-Bayreuth, Peter-Elbing, Florin-Jena, Pollender-Leipzig, Porstendorfer-Freiberg-Leberan, Raute-Eilenburg, Reichhaus-Erfurt, Johanna Reiche-Wegehof, Reimund-Galle, Roth-Werda, Rühle-Dresden, Rysel-Leipzig, Schindler-Rantow, Schmidt-Berlin III, Schnabrich-Gannau, Schmitz-Dale, Schulz-Elbing, Schwarz-Lübeck, Schwarzburger-Niederbarnim, Helene Scheweide-Bremen, Seip-Gannau, Sellin-Danzig, Speich-Elbing, Lisbeth Sperling-Galle, Stadthagen-Berlin, Stäffer-Berlin VI, Stetzel-Birna, Stolte-Befau, Karl Stübde-Gamburg III, Bogherr-Bernmerode, Frau Wasser-Solingen, Westkamp-Düsseldorf, Westmeier-Stuttgart, Widj-Rühlhausen (Ehrl.), Wittig-Leipzig, Wünschmann-Wegehof, Zentgraf-Gotha, Frau Klara Zellin-Stuttgart, Ziegler-Breslau, Zuberl-Berlin.

Tagung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Leipzig, 19. September.

Zur Beratung stand heute der wichtigste Tagesordnungspunkt: Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland.

Referent Dr. Singheimer, Frankfurt a. M.: Es sei nicht richtig, daß das Interesse für ein einheitliches Arbeitsrecht nur ein politisches sei; es bediene dahinter wirtschaftliche, soziale Kräfte, der Gehalte sei entsprungen aus tiefsten elementarsten Rechtsbedürfnissen. Die Forderung eines einheitlichen Arbeitsrechts ist in dem Mangel des bestehenden Rechtszustands begründet. Seine Quellen sind unübersichtlich und teilweise nicht genügend abgegrenzt. Seinem Inhalt fehlt auf wichtigen Gebieten innerliche Einheit und zusammenfassender Ausdruck. Die Berücksichtigung für Arbeitsfreistellen ist nicht einheitlich, so daß nutzlose Zuständigkeitsstreitigkeiten die Rechtsverfolgung in vielen Fällen aufhalten ist.

Der Gedanke des einheitlichen Arbeitsrechts kann in einem „Gesetzbuch der Arbeit“, das alle Arbeitsverhältnisse in jeder Beziehung einheitlich regelt, nicht erfüllt werden. Das Arbeitsrecht ist ein werdendes Recht, welches eine geschlechtliche Festlegung zurzeit nicht ertragen kann. Seine Durchführung kann auch nicht darin bestehen, den sozialen Schutzgedanken in der Gesetzgebung abzuschwächen oder zu verdrängen. Auch darin kann der Gedanke des einheitlichen Arbeitsrechts nicht bestehen, die geltende Spezialgesetzgebung im Gebiete des Arbeitsrechts, soweit sie sachlich begründet ist, aufzuheben, oder soweit sie künftighin notwendig wird, zu hindern. Wie das von Tag zu Tag anwachsende Drängen neuer Arbeiter- und Angestelltenvereine nach einem eigenen Recht beweist (Schauspieler, Künstler aller Art, Krankenpfleger, Kunstgenießbesitzer, Orchestermusiker usw.), ist die wachsende Differenzierung der Gesetzgebung ein gewünschtes und notwendiges Mittel des Fortschritts. Der Gedanke eines einheitlichen Arbeitsrechts kann sich deswegen unter den gegebenen Umständen nur in einer Vereinfachung des Rechts durch Zentralisation des Rechtsstoffs und durch Dezentralisation der Rechtsbildung und Rechtsfindung äußern.

Die Zentralisation des Rechtsstoffs hat die Entlastung der Gesetzgebung zum Ziel durch Zusammenziehung von Einzelordnungen und Einzelbestimmungen. Die folgenden Formen kommen in Betracht: 1. Reichsrechtliche Regelung derjenigen Gebiete, die heute noch durch eine Summe von Landesgesetzen beherrscht sind (Bergarbeiterrecht, Gesinde- und Landarbeiterrecht). 2. Schaffung eines allgemeinen Teils des Arbeitsrechts für alle, die in einem die Erwerbstätigkeit hauptsächlich in Anspruch nehmenden Dienstverhältnis stehen. Als Gegenstände einer solchen allgemeinen rechtlichen Regelung fassen sich:

Lebens-, Gesundheits- und Sittlichkeitschutz, Arbeitszeit mit Sonntagsruhe, Nacharbeit, Überarbeit und Urlaub, Lohnsicherung, wichtige Kündigungsgesetze und Gleichheit der Kündigungsfristen, Verteilung zum Vertragsbruch, Ruhe und Konkurrenzklause, Arbeitsordnung, Arbeiterausweis, Koalitionsrecht und Aufsicht, Schlichtungsverfahren und Fortbildungspflicht.

Einschränkung des Kündigungsrechts für außerberufliche Betätigung, Recht auf Offenlegung und Verbot geheimer Kennzeichnung;

Dienstvertragskafford, Trennung von Arbeitsvertrag und Wohnungsverhältnisse.

3. Ausgliederung solcher Berufsrechte, die nicht durch sachliche Notwendigkeit, sondern durch historische Zufälligkeit von einander getrennt sind. Sie ist möglich und erstrebenswert für die verschiedenen Gruppen der „Privatangestellten“, die heute unter verschiedenem Recht leben (Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Bureauangestellte, Güterbeamte usw.). (Bei Begründung der Forderung eines einheitlichen Angestelltenrechts, das ein Teil des Arbeitsrechts sein soll, polemisierte Singheimer kurz gegen den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Dessen Behauptung, die Handlungsgehilfen hätten kein unmittelbares Interesse an einem einheitlichen Arbeitsrecht, sei nicht richtig.)

4. Erweiterung des Begriffs des gewerblichen Arbeiters (Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter) auf alle Arbeiter, die ihre Erwerbstätigkeit hauptsächlich in Anspruch nehmende Dienstverträge abschließen, ohne Rücksicht darauf, ob ihre Dienste für eine gewerbliches Unternehmen geleistet werden oder nicht. Auszunehmen von diesem erweiterten Arbeiterbegriff sind nur solche Arbeitergruppen, bei denen die Art der Arbeit besondere spezialgesetzliche Regelung notwendig macht (z. B. Bergarbeiter, Landarbeiter, Gesinde, Fahr- und Streckenpersonal der Eisenbahn usw.), oder deren Arbeitsverhältnisse reichsrechtlich bereits besonders geregelt sind (Binnenschiffahrtsgesetz, Flößereigesetz, Seemannsordnung).

Die Dezentralisation hat zum Ziel die Einziehung und die Vereinfachung der Gesetzgebung durch die Veranschlagung der am Arbeitsrecht unmittelbar Beteiligten zur Rechtsbildung und Rechtsfindung durch genossenschaftliche Selbsthilfe. Für die Verwirklichung dieses Gedankens stehen folgende Wege offen:

Tarifverträge. Ihre Bedeutung besteht nicht nur in ihrer zeitweisen Friedenssicherung, sondern auch in der Erfüllung von Aufgaben, die ohne sie das staatliche Gesetz zu lösen hätte. Soweit Tarifverträge die Arbeitsverhältnisse regeln, machen sie staatliches Gesetz überflüssig. Die Gesetzgebung kann diesen technischen Vorteil der Tarifverträge, unterstützt durch die Staatsverwaltung und die Staatsbetriebe, dadurch planvoll nutzen, daß sie die Tarifverträge zu Organen objektiven Arbeitsrechts (der Gesetzgebung) erhebt.

Paritätische Rechtsverwaltung. Das Gesetz kann sich auf den Ausdruck allgemeiner Grundsätze und Grenzen beschränken, wenn Stellen vorhanden sind, welchen der Erlaß der Ausführungs- und Vollzugsvorschriften von Fall zu Fall obliegt.

Erweiterung der Gewerbe-, Kaufmanns- und Innungsgerichte zu Arbeitsgerichten, die innerhalb einer bestimmten Gehaltsgrenze über alle Streitigkeiten aus jedem Arbeitsverhältnis entscheiden. Die Bedeutung der bestehenden Sondergerichte liegt nicht nur in dem schnelleren und billigeren Verfahren, sondern auch darin, daß sie infolge ihrer paritätischen Zusammensetzung die Überfälle der Einzelheiten in der gesetzlichen Regelung entschärfen können. Es besteht kein innerer Grund, einzelnen Gruppen vorzuziehen, was andere Gruppen unter gleichen Voraussetzungen haben.

Am Schluß seiner Ausführungen betonte Redner, es empfehle sich zur Förderung des Einheitsgedankens, daß der Verband der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte die einzelnen Einheitsreformfragen und künftigen Tagungen besonders behandelt und zum Zwecke ihrer gemeinsamen Bearbeitung mit denjenigen Vereinen eine Fühlung nehme, die, wie der Deutsche Juristentag und die Gesellschaft für soziale Reform, denselben Ziele zutreiben. Dieses Vorgehen werde um so wirksamer sein, wenn die Berufsvereinigungen selbst den Gedanken eines einheitlichen Arbeitsrechts als ein gemeinsames Interesse ergreifen und vertreten würden.

Stürmisch, sich wiederholender Beifall behagte den Redner für seine weitläufigen, glänzenden Darlegungen. Die Debatte eröffnete Dr. Wieland, Berlin. Er verteidigte die Stellung der Arbeitgeber. Es sei kein zwingendes Bedürfnis für die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts vorhanden. Gerade die für Dienstverhältnisse grundlegenden Bestimmungen müßten für Angestellte anders lauten als für Arbeiter. Wenn jeder Sonderverteil, den eine Gruppe erreicht habe, auf alle Arbeiter und Angestellte übertragen werden solle, dann brauche man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeitgeber dagegen energig Front machten. Man könne keinen gleichen Maximalarbeitslohn für alle

Arbeiter festlegen. Die Arbeitgeber würden auch im Gegensatz zu Singheimer die Zeit noch nicht für gekommen halten, die eine gesetzliche Regelung des Tarifvertrags dringlich. Dann müsse auch beachtet werden, wie die Arbeitgeber die neuen Lasten der Sozialgesetzgebung ertragen. Der soziale Frieden sei durch die neuen sozialpolitischen Einrichtungen nicht gefährdet worden. Immer wieder kämen Klagen über den Stillstand der Sozialpolitik. Die Arbeitgeber müßten aber den neuen Lasten verschont werden, denn sie seien am Rande der Tragfähigkeit angelangt. (Gelächter.) Die Forderung auf Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts sei vom Standpunkt der Arbeitgeber abzulehnen. (Zeitweiser Beifall.)

Rechtsabgeordneter Rab. Schmidt weist darauf hin, daß in Frankreich bereits die betreffenden Gesetze zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefaßt sind. Der Hinweis des Vorredners auf neue Lasten für die Unternehmer sei unrichtig. Die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts werde sicher nicht mit einer weiteren Ausgestaltung der sozialpolitischen Forderungen verknüpft. England habe auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung weit günstigere Bestimmungen für die Arbeiter als Deutschland. Das Unternehmertum in England erhebe aber die gleichen Vorwürfe wie das in Deutschland, auch sie würden sagen, sie könnten aus Konkurrenzrücksichten neue Lasten nicht ertragen. Schmidt wandte sich dann gegen die Vorwürfe, wie der mangelnden Objektivität, die in der Verbandsschrift gegen die Gewerbegerichte erhoben wurden. Die Angriffe seien völlig unrichtig. Die Gewerbegerichte müßten weiteren Kreisen zugänglich gemacht, ihre Zuständigkeit auch auf Dienstboten und Landarbeiter ausgedehnt werden. Die Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Handlungsgehilfen bestehe in der Praxis auf einer Reihe Gebieten. Der frühere Lohnschuß sei beispielsweise nur möglich, wenn die Arbeiterschaft schon vorher einen früheren Arbeitslohn durchgeföhrt habe. (Sehr richtig.) In der Verberichtigung des Tarifvertrages kann Redner nicht soweit hinneigen wie Dr. Singheimer. Er möchte nicht haben, daß man den Tarifvertrag mit mehr belastet wie schon heute. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Kubacki-Berlin (Arbeitgebervertreter): Die Unübersichtlichkeit in der Gesetzgebung wird noch größer, wenn dem Vorschläge Dr. Singheimers gefolgt wird. Dann haben wir noch ein weiteres Gesetz: das Allgemeine Arbeitsrecht. Die Arbeitgeber haben gegen die Tarifverträge große Bedenken. Bei Abschluß von Tarifverträgen müssen die Arbeitgebervertreter zu große Rücksicht auf ihre Mitglieder nehmen. Die Tarifverträge bilden auch eine einseitige Bindung der Arbeitgeber, in Zeiten schlechter Konjunktur sind sie an den Vertrag gebunden, und bei Hochkonjunktur verlangen die Arbeiter eine Zulage. (Widerspruch.) Auch die Arbeitgeber haben Forderungen, sie verlangen einen besseren Schutz für die Arbeitswilligen. (Gelächter.) Es ist nicht angängig, hier immer nur die sozialen Wünsche der einen Partei vorzubringen. Sie müssen auch die der anderen Partei anhören. (Sehr richtig.) Bei Arbeitskammern würde man erleben, daß den wirtschaftlich Schwachen Rechnung getragen wird. Vergessen Sie auch nicht, daß eines Tages die Tragfähigkeit der deutschen Industrie beendet ist, dann nützen Ihnen alle Bestimmungen sozialer Natur auch nichts. (Beifall und Widerspruch.)

Dr. Köhler-Hamburg, Vorsitzender des Kaufmännischen Vereins von 1888, betonte, sie müßten dem, was Singheimer vorgeschlagen, entschiedensten Widerstand entgegenstellen. Singheimer schlage einen Mittelweg vor, er glaube aber, nur darum, um den Gedanken des einheitlichen Arbeitsrechts mundrechtlicher zu machen. Voraussetzung für ein einheitliches Arbeitsrecht sei, daß die gleiche wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer vorhanden sei. Wenn Singheimer die Notwendigkeit der Sonderrechte betone, dann gebe er damit, den Grundgedanken des einheitlichen Arbeitsrechts selbst preis. Die Vorteile der einzelnen Berufsgruppen müßten aufrecht erhalten werden. Die Handlungsgehilfen würden sich gegen ein einheitliches Arbeitsrecht wehren, weil sie glaubten, daß durch dieses die Existenzgrundlage ihres Standes untergraben werde, die Privatangestellten würden dann im Arbeiterstande untergehen. Arbeitsgerichte lehnte Redner ebenfalls entschieden ab, weil nicht anzunehmen sei, daß diese die notwendige paritätische Zusammensetzung erhalten und rein sachlich urteilen. Die Behauptung Dr. Köhlers, die Handlungsgehilfen ständen auf einem höheren Niveau als die Arbeiter, rief starken Widerspruch hervor. Zum Schluß sagte Redner, durch die Rechtsgleichheit werde die natürliche Entwicklung der Berufsklassen verhindert, was eine außerordentliche Gefahr für die nationale Entwicklung des Volkes sei. (Lebhafter Beifall.)

Stadtverordneter Goldschmidt-Berlin (Verband deutscher Gewerbevereine): Was Dr. Singheimer so vorgügig auseinandergesetzt hat, berührt die Großindustriellen nicht, die wollen unbedingte Herrscher der Arbeiter sein. Es ist eine Sehnsucht der Arbeiter, daß sie als Bürger, als Menschen Anerkennung finden. Deshalb muß in das einheitliche Arbeitsrecht die Bestimmung hinein, daß Arbeiterauskünfte, wie wir sie in kleineren Betrieben haben, auch in den Großbetrieben eingeföhrt werden müssen. Da läge es nicht im Interesse der Handlungsgehilfen, wenn sie in einer solchen Betriebsvertretung ausgeschlossen würden. Redner glaubt, daß zahlreiche Handlungsgehilfen anders denken, wie Dr. Köhler. (Sehr richtig.)

Döring-Hamburg, der Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands, wendet sich gegen die „Gleichmacherei“. Nicht diese, sondern die wachsende Differenzierung sei das notwendige Mittel des Fortschritts.

Wißel-Berlin (Generalkommission der Gewerkschaften): Er könne nicht glauben, daß Dr. Köhler für seinen Verband gesprochen habe. 1910 habe dieser auf dem Gewerbegerichtstag für ein einheitliches Arbeitsrecht sich ausgesprochen. Es scheine, daß das Singheimersche Referat manchen Dingen sehr ungenau gewesen sei. Der Unterschied zwischen Handlungsgehilfen und Arbeiter sei doch nur der, daß der Arbeiter besser ist und der Handlungsgehilfe sich besser kleidet. (Zustimmung.) Die Handlungsgehilfen hätten in ihrer Wehrzahl keine andere Schule genossen als die Arbeiter. Jeder Fortschritt des Rechts sei das Ergebnis eines langen Ringens und Kampfes. Da sei es nötig, daß man gemeinsam vorgehe. Wenn die zwei Handlungsgehilfenorganisationen, deren Vertreter gesprochen, einen andern Weg gehen wollten, er sei überzeugt, daß alle übrigen Anstaltensverbände gemeinsam mit den Arbeitern für ein einheitliches Arbeitsrecht eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Fethof-Düsseldorf erklärt, daß er grundsätzlich mit Singheimer übereinstimme. Die Form ist ganz gleichgültig, der soziale Fortschritt ist wichtiger als die Einheit. Ich kann nicht zugeben, daß man Arbeiter und Angestellte nicht unter dasselbe Recht stellen kann. Tarifverträge haben mit der Leistungsfähigkeit der Betriebe nichts zu tun. Es ist unbedingt notwendig, daß wir paritätische Rechtsprechung haben. Die Handlungsgehilfen glauben, daß sie allein schneller vorwärts kommen. Prüfen Sie aber die Geschichte der letzten 10 Jahre, dann werden Sie finden, daß die Handlungsgehilfen allein auch nicht den kleinsten Schritt vorwärts gekommen sind. In der einheitlichen Gestaltung des Angestelltenrechts soll der Anfang mit dem Arbeitsrecht gemacht werden. Der Arbeiterschutz ist notwendig, weil das Arbeitsverhältnis eine Gefahr für nationalen Wohlstand und nationale Gesundheit ist, damit der Arbeitgeber nicht unrationell an der Gesundheit der Arbeiter wirtschaftlichen Ruin treibt. (Lebhafter Beifall.)

Es sprachen noch mehrere Redner für und wider das einheitliche Arbeitsrecht. Große allgemeine Heiterkeit erzeugte der Kontrast Hammer-Frankfurt a. M., als er erklärte, sie (die Handlungsgehilfen, die gegen das einheitliche Arbeitsrecht sich) hätten darum auf Fragen des Referenten keine Antwort gegeben, weil diese Herren dort und nicht gefallen. Damit meinte er die sozialdemokratischen Teilnehmer. Im Schlußwort fertigte Dr. Singheimer die Einwände der Handlungsgehilfen und der Vertreter der Industriellen schneidend

ab. Die Diskussion diene zur weiteren Klärung der Frage, wann man ausschreibe, was nicht dazu gehöre, z. B. die Leistungsfähigkeit der Industrie. Das einheitliche Arbeitsrecht liege in weiter Ferne, wenn man sich nicht damit besäße, es sei aber nahe, wenn man sich mit ganzer Kraft dafür einsetze. (Lebhafter Beifall.) Die Verhandlungen wurden dann auf Sonnabend vertagt.

Frauen-Leseabende.

Erster Kreis. 1.—4. Abteilung bei Weihnacht, Gränstr. 21: Vortrag des Genossen Tappert. Erster Kreis, Hanselertstr. Montag im Lokal von Drepler, Altonaer Straße 20: Diskussionsabend über Verfassungsfragen mit einleitendem Referat.

Zweiter Kreis. Montag, 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen: Siemens, Döllmerstr. 68. — 2. Abt., Harnstr. 2. Genosse Bendel: „Religion und Sozialismus“. — 3. Abt., Harnstr. 56. Ude Fontanepromenade: Vortrag der Genossin Baader. — 4. Abt., Marktgrabenstr. 88, Genosse Harndt: „Der Austritt aus der Landesfröhe“.

Dritter Kreis. 1., 2., 5. Abt. bei Stramm, Nitterstr. 123. Genossin Kallgewalt: „Die Bedeutung der Frauenarbeit und ihr Einfluß auf die Familie“.

3., 4., 6., 7. Abt. bei Denning, Alexanderstr. 44. 8., 9., 10. Abt. Sprechsaal, Bülterhauser Straße 10. Genossin Mittag: „Ist der Gehirntest eine politische Waffe?“

Vierter Kreis. Montag, 8 1/2 Uhr, im Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75: Gemischter Lesabend der 4., 5. und 6. Abt. Vortrag des Genossen Dr. Wolf über: „Wohlfühl“.

Baumhauweg. Erntestr. 22. Seitenstr. part. Vortrag des Genossen Dr. Nag Schalte über: „Das deutsche Volk im Altertum“.

Vorhauweg. Dienstag, 8 1/2 Uhr, in den Vorhauweg Helden. Vortrag des Genossen Mödner: „Entwicklungsgeschichte des Sozialismus und der sozialdemokratischen Partei“.

Charlottenburg. Dienstag, 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen: 1. Gruppe (Wendte), Harnstr. Ude Sorkrope, Genossenschaftsrestaurant. — 1. und 2. Gruppe, Harnstr. 25. — 3. Gruppe (Nied), Bade, Harnstr. 11. — 4. Gruppe (Nied), Harnstr. 4. — 5. und 6. Gruppe, Harnstr. 2. — 7. und 8. Gruppe, Harnstr. 4. — In allen Leseabenden findet ein Vortrag statt.

Röpenitz. Dienstag, 8 1/2 Uhr, bei Otto, Stadttheater: Vortrag des Genossen Wolf über: „Die Frau und die Krankenversicherung“.

Reinholdstr. Montag, Harnstr. 69, bei Kade: Vortrag. Hermendorf. Mittwoch, 8 1/2 Uhr, bei Eggbrecht, Albrechtstr. 1: Vortrag des Genossen Kahl über: „Bebel und die Frauenfrage“.

Johannisthal. Der am Dienstag, den 23. September, fällige Leseabend fällt aus. Am Donnerstag, den 25. September: Gemischte Mitgliederversammlung der Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag.

Lichtenberg. Am Montag: 1. Viertel bei Heine, Friedrich-Carl-Straße. Genosse Mödner über: „Naturwissenschaften“.

2. Viertel bei Schulz, Kronprinzstr. Genosse Kistler über: „Bebel als Vorkämpfer für die Befreiung der Frau“.

3. Viertel bei Blume, Alt-Borsdager. Genossin Gertrud Hanna über: „Krankheit und Invalidenversicherung“.

4. Viertel bei Krüger, Lärmschloßstraße. Genosse Böhm über: „Unsere Kinder“.

5. Viertel bei Erdmann, Wilhelmstraße. Genosse Peterjens über: „Die Frauen und die Invalidenversicherung“.

6. Viertel bei Hoffmann, Köpenickerstraße. Genosse Köpfel über: Die Ziele der Frauenbewegung“.

Niederschönhausen-Nordend. Dienstag, 8 1/2 Uhr bei Kellig, Danteburger Str. 4: Vortrag: „Erntestr. Programm“.

Nieder-Schönau. Dienstag, 8 1/2 Uhr bei Bengel, Reiter Str. 17. Ober-Schönau. Montag bei Kade, Wilhelmshofstr. 42. Genossin Böhm-Eggen über: „Sexuelle Auffassung des Kindes“.

Pankow. Montag, 8 1/2 Uhr bei Hognitz, Kreuzstr. 3/4. Vortrag: Die soziale Stellung der Frau in der Vergangenheit und in der Gegenwart.

Reinholdstr.-Ost. Montag (nicht Dienstag), den 22. September, 8 Uhr, im Restaurant Sadow, Reichenstr. 124: Genossin Kuben über: August Bebel und die Frauen.“

Reinholdstr.-West. Montag im Lokal von Hallmann, Scharnweberstraße. Vortrag des Genossen Will Lohmeyer.

Steglitz. Montag, 8 1/2 Uhr bei Dyck, Albrechtstr. 87. Genosse Pled über: Der deutsche Bauernkrieg.“

Stralau. Nicht am Montag, den 22., sondern Montag, den 23. September, im Lokal von Steinhilf, Alt-Stralau 5. Vortrag des Genossen Dr. Wolf.

Tegel. Montag im Jugendheim, Bahnhofsstr. 15. Vortrag: Die Frauen und das neue Krankenversicherungsgesetz. Referent: Genosse Fritz Carl.

Treptow bei Schmidt, Kleefeldstr. 22. Vortrag des Genossen Germsch über die Volkshilfsfrage.

Wittenau. Mittwoch, 8 1/2 Uhr im Lokal von Blüthgen, Dornenburger Straße 99/100. Vortrag der Genossin Demming: Sozialistische Kindererziehung im Hause.“

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Zinckstraße 69, vom vier Treppen — 1. Stock — 1. Wochentag von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Quäsur und eine Haft als Wertgegenstand betragslos. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abmunterung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. 3. 37. Daß sich Kandidaten mit Katten davon, ist eine absurde Behauptung. Das Gegenteil ist der Fall: die Katten ist der Lohndienst der Kandidaten mörderisch an. — C. 9. 162. 1. Sie haben Anspruch auf Erlaß der Staatseinkommensteuer für den Monat Mai. 2. Ja, und zwar ebenfalls Staatseinkommensteuer. — B. 9. 26. Die frische Trennung kann der Herrere ablehnen. Ein Wiederertritt geschieht durch Erklärung beim Amtsgericht. — C. 9. 116. Umten Anspruch auf Altemernteilnahme haben Sie nicht. — D. 2. 23. Nur dann, wenn dem Vermieter ein Verzeichnis liegt. — G. 3. Das konnte geschehen, da das Gericht das Recht der freien Beweiswürdigung hat. Ihr Sohn kann, sofern die Verurteilung von einer Woche noch nicht verstrichen ist, Berufung einlegen. — C. 9. 3000. Bureau des 6. Berliner Reichstagswahlkreises Berlin N., Gerichtsstr. 71. — H. 2. 25. Bewerbungen um Einsetzung als Sonderwerker in Betrieben der Stadt Berlin sind zu richten an die einzelnen Verwaltungsdeputationen, z. B. Gasdeputation, Wasserwerksdeputation, Kanalisationsdeputation usw. Ebenso ist zu verfahren, um Aufstellung bei der Eisenbahn zu erreichen. Dabei hat man sich an die Betriebsinspektion zu wenden, bei welcher man auf Anstellung rekrutiert. Siehe Berliner Adressbuch, Band 2, Teil II, S. 99. — E. M. 876. 1. und 2. Nein. — D. 9. 95. In derartigen Spezialfällen kann nur der Sachmann, Beisitz geben. — F. 2. 105. Im Feenpalast 1910. — A. 9. 3. Ja, ist. — 88. 44. Sie können die Zulassung als Nebenwähler und die Zuerkennung einer Ruhe beantragen. — H. 2. 78. Innerhalb 2 Jahren. — Kündigung. Nein, sofern nicht aus Bestimmungen des Mietvertrages etwas anderes gefolgt werden kann. — G. 9. 10. 1. In das Polizeipräsidium, Kotten enthalten nicht. 2. Ja, sofern und soweit die Lohnforderung 28,85 M. pro Woche oder 125 M. monatlich übersteigt. — C. 29. 1. Sofern Sie gegen Invalidität versichert sind, richten Sie einen Antrag an die Landesversicherungsanstalt. 2. Unten mit Petroleum getränkten Kappen in den Hügel stecken. 3. Nein. — A. 1. 1. Ja und zwar für die Zeit bis einschließl. Dezember 1913. 2. Ja, wenn die Frau der Arbeitergemeinschaft noch angehört. — D. 2. Nach Ihrer Darstellung hat Sie nicht bestanden. Sie können Ihre Frau mit der Vertreter beantragen, indem Sie eine schriftliche Prognosemacht ausstellen. — H. 9. Der Mann kann sofort wieder betrauen, die Frau soll 10 Monate trauern. Auf Antrag kann der Juliminister die Frau von der Parteitag befreien. — G. 9. 42. Der Vertrag bleibt gültig. — Frau Deutlich. 1. Es genügt die Vorlegung des Pens. 2. In die Stadthauptasse. Höhe der Unterführung 1,44 M. pro Tag. — W. 9. 100. Schulgeld an den Volkshilfs Berlin 80. — R. für Hundwarte 140 R. — K. 2. 80. Wenden Sie sich an die Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlin, Alexanderstraße 39/40. — C. 9. 55. Der von Ihnen gesunde Baumstamm dürfte wohl wenig Interesse finden. Wegen der Wahlen in Charlottenburg werden Sie sich an das dortige Rathaus, Köpenickerstraße 2. Ihre Anfragen sind sehr unverständlich. — Th. 9. 30. Nein. — K. 6. 12. In erfahren bei der Deputation für die südlichen Bau- und Fortbildungsschulen Berlin C. 2. Spandauer Straße 10, 111. 2. Eine Ausweisung wäre möglich, sofern Sie Ausländer sind, aber nicht wahrscheinlich. — G. 9. 100. 1. Uns ist nur bekannt, daß das Denkmal aus einem Obelisk mit erodierten Geschieben besteht. 2. Gewöhnlich 3 1/2 Stunden. 3. Nicht bekannt. Vielleicht zu erfahren bei der Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlin, Alexanderstraße 39/40.



Theater und Vergnügungen



(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkshöhne.
 Sonntag, den 21. September,
 nachm. 3 Uhr:

Thalia-Theater: Die Widende.
Neues Volks-Theater: Rudder Remo.
Schiller-Theater Charlottenburg: Der
 Pfarrer von Kirchfeld.
Herzlieb-Theater: Familie Selide.
Künstler-Theater: Das Prinzip.

Neue freie Volkshöhne.
 Sonntag, 14. September,
 nachm. 2 1/2 Uhr:

Deutsches Theater: Der lebende
 Leichnam.
Kammerspiele: Die Einnahme von
 Berg-op-Boom.
 nachm. 3 Uhr:

Deutsches Opernhaus: Die Hochzeit
 des Figaro.
Schiller Theater O: Freiwild.
Seffing-Theater: Magdalena.
Berliner Theater: Hummelstudenten.
Montis Operetten-Theater: Der
 Bogelhändler.
Trianon-Theater: Untreu.
Theater in der Königgrätzerstraße:
 Das Leberfest.
Metropol-Theater: 9 Russen.
Theater des Westens: Der Hebe
 Augustin.
 abends 8 Uhr:

Neues Volks-Theater: Der ledige Hof.
 abends 8 1/2 Uhr:

Neues Volks-Theater: Montag, Dienstag,
 Donnerstag: Rudder Remo.
 Mittwoch u. Freitag: Der ledige Hof.
 Sonnabend: Die Siebzehnjährigen.

Schiller-Theater O. Theater.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Freiwild.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
 Montag, abends 8 Uhr:
Freiwild.

Schiller-Theater Charlotten-
 burg.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
 Montag, abends 8 Uhr:
Am Tage des Gerichts.

Berliner Theater.
 8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Komödienhaus.
 8 Uhr:
Das Paar nach der Mode.

Deutsches Schauspielhaus
 nachm. 3 1/2 Uhr: **Der Dieb.**
 abends 8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Theater des Westens.
 8 Uhr: **Gräfin Fifi.**
 Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: **Der liebe Augustin**

Theater am Nollendorfplatz.
Ensemble-Gastspiel
 des Berliner Metropol-Theaters:
Die Kino-Königin!
 Anfang 8 Uhr.

Deutsches Künstlertheater Sozietät
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: **Das Prinzip.**
 Sonntag 7 1/2 Uhr: **Wilhelm Tell.**
 Sonntag 8 Uhr: **Der Viberpetz.**

Lessing-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr: **Magdalena.**
 Abends 8 Uhr: **Peer Gynt.**
 Montag: **Peer Gynt.**
 Boyerkauf an der Theaterkassie von
 10-2 Uhr, bei Herrn. Lieg. Reiziger
 Straße, Alexanderplatz, Frankfurter
 Allee, und im Invalidendank.

8 1/2 Uhr: **Residenz-Theater** 8 1/2
 Uhr
Im Ehekäfig.
 (Les Maris en cage.)
 Schwanz in 3 Akten v. Antony Mars
 und Maurice Desvalliers.
 Morg. u. folg. Tage: **Im Ehekäfig.**
 Sonntag, 21. Sept., nachm. 3 Uhr:
Der Schlafwagenkontrolleur.

Montis Operetten-Theater
 Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)
 nachm. 3 Uhr: **Der Bogelhändler.**
 Abends 8 Uhr: **Gastspiel**
Der lachende Ehemann.

ROSE-THEATER
 Große Prachtstraße Str. 132.
 nachm. 3 Uhr: **Halbe Preise**
Maria Stuart.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Die Schiffbrüchigen.
 Auf der Gartenbühne:
 Konzert. Theaterdarstellung. Dunter
 Zell. Anfang 4 Uhr.

Casino-Theater
 Potsdamer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
 Einzig. Varietété. 1. Rang.
 Neu! der phänomenale Jules Chery.
 Magcagno Truppe. Der rote Domino.
Der Aktien-Tenor
oder Caruso auf Teilung.
 Sonntag, den 21. nachm. 4 Uhr:
Ein toller Ehemann.

Passage-Panoptikum
Der Mann
 mit der
eisernen Faust
 d. größt. Kraftphän. aller Zeiten
lebend zu sehen!
AGA
 die schwebende Jungfrau.
Buddha
 die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!

ZOOLOG
ischer Garten
 Täglich:
Militär-Doppel-Konzert.
 Eintrittspreise:
 Zoo: Heute 50 Pfg.
 Aquar.: Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Neu! Neu!
AQUARIUM
 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Metropol-Theater
 nachm. 3 Uhr:
's Nullerl.
 abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Or. Ausstattungsst. m. Gef. u. Tanz in
 19 Bild. m. vollständ. feiner Benutzung
 des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
 Musik von Jean Gilbert.
 In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.
 Karl Bachmann. Joseph Giampietro.
 Guido Thielscher. Alfred Schmasow.
 Leopold Woll. Ludwig Woll.
 Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.
 Son 9-11 Uhr:

Metropol-Bar
 Rendezvous
 der vornehmen Lebewelt.
 2 Kapellen.

Die CINES
Theater
 In allen vier Theatern:
Neues Programm.

CINES Apollo
Theater
 Alexanders Rag-Time-
 Band
 das urkomischste In-
 strumental-Ensemble
 Werds Bros.
 Humoristische Akrobaten
 Anfang 8 Uhr, Sonnt. 4 u. 8 Uhr.

CINES Friedrich-Wil-
helmstadt Th.
 Emerson u. Baldwin
 amerikanische Variétékomödie
 Konez Bros.
 neuartige Diabolespiele

CINES Palast am
Zoo.
 Eine Meile in der Minute
 der fabelhaft sensationelle
 Wettkamp-Sketch
 The Rag-Time Six
 amerik. Tänze und Gesänge.
 Ununterbrochene Vorstellung von
 6 Uhr an. Eintritt jederzeit. --
 Sonntags von 3-5 1/2 Familien-
 vorstellung.

CINES Nollendorf-
Theater.
 Alfredo
 exzentrischer Geigenkünstler
 The Joburg Girls
 englische Tänze und Gesänge.
 Anfang 6 1/2, und 9 Uhr.
 Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr.

Ausserdem in allen vier Theatern
 eine Ueberfülle der renommier-
 testen artistischen und kine-
 matograph. Attraktionen.

Freier Ruder-Bund Berlin
 Im Anschluß an das am Sonntag, den 21. September,
 vormittags, stattfindende Dauerrudern:
„Heiterer Abend“
 verbunden mit **Rekruten-Abschieds-Feier**
 in den Räumen der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11.
 Konzert: Berliner Sinfonie-Orchester — Gesang: Mitglieder
 des „Männerchor Osten“ — Rezitationen und Lieder zur Laute:
 Herr Emil Kühne und Frau Elsa Kühne.
 Beginn 6 Uhr. Eintritt inkl. Tanz: 50 Pf.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. nachm. 3 Uhr:
Die Allwörden. abends 8 1/2 Uhr: **Die falsche Hoheit.**
Walhalla-Theater. nachm. 3 Uhr:
Die gelbe Gefahr. abends 8 1/2 Uhr: **Der Liebesonkel.**

Jubiläums-Kunstaussstellung 1913
 Landes - Ausstellungen - Gebäude

Berlins neueste Tanzart
 im
Roulette de danse.
 Besselstr. Ecke Friedrichstraße

Großer Ball unter Mitwirkung von
 60 der elegantesten Damen.
 Erstklassige Küche und Weine. Gut gepflegte Biere.
 Entree: 1 Mk. Anfang 8 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königsplatz. Del.: Ernst Liebig.
 Dienstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr:
Populäres Konzert des
Blüthner-Orchester (60 Künstler)
 und des Männerchors
Fichte-Georgina 1879 (Mitglied des
 D. H. S. B.)
 Dirigent für Chor und Orchester **Th. Gervais.**
 Abendkasse 75 Pf., Billets im Vorverkauf a 30 Pf. sind
 bei den „Nordwärts“-Spezialitäten Zucht, Immanuelstraße 12 und
 Hanisch, Adlerstr. 174, bei den Vereinsmitgliedern und in den
 mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

„Clou“ Berliner
 Konzerthaus
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
 Musikkorps Kaiser-Franz-Garde-Grenad.-Regts. Dirig. Oberm. A. Becker.
 Musikkorps des 2. Niederschl. Feld-Artillerie-Regiments No. 41 aus Glogau.
 Leitung: Oberm. W. Saar.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 4 1/2 Uhr.
 An allen **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
 Wochentagen: Eintritt.

Trianon-Theater.
 Täglich
 abends 8 Uhr:
Untreu.
 vorher: Der abgerissene Glockenzug.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Heute nachm.
 3 Uhr:
Familien-
Vorsig. zu
 ermäßigten Preisen
 Log. 1 W. Ballon
 75 Pf. Entree (am die Billetsteuer
 zu sparen) 30 Pf. Auftreten
 sämtlicher Herren.

Folies Caprice.
 Anfang
 8 1/2 Uhr
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

Nible's Festsäle
 Tennishofstraße 13. Fernsprecher: Kurfürst 2994.
 Jeden Donnerstag und Sonntag: **Großer Ball.**
 Die Säle sind noch für Duktage, Letzen Sonntag, 1. Weihnachtstages und
 Sonnabend, 29. November, 6. und 13. Dezember frei! 22916*

Volkshaus Charlottenburg
 Heute Sonntag in den beiden neu renovierten Sälen:
 Anfang **Frei-Konzert.** Anfang
 6 Uhr. 6 Uhr.

„Restaurant Oranien-Haus“
 Kommandantenstraße 43
 I. Etage bis 300 Personen fassender heller, luftiger
Versammlungs- u. Vereinsraum
 Auch für größere Gesangsvereine und Privat-
 festlichkeiten geeignet
 Gutgeflegte Biere — Vorzügliche Küche

Zirkus Busch.
 Heute Sonntag, 21. September:
2 Große Gala-Vorstellungen 2
 nachm. 3 1/2 Uhr, abends 8 Uhr.
 Nachmittags zahlen Kinder unter
 10 Jahren auf allen Sitzplätzen
 halbe Preise!
In beiden Vorstellungen
 gleich großes glänzendes
 Programm!
 Nachmittags
 die pantomimische Burleske:
Der lust. Dorfbarbier.
 Abends zum 2. Male:
Aus unseren
Kolonien.

Berliner Prater-Theater
 7-9 Kottbuser-Platz 7-9.
Der Walzerkönig.
 Gesangsstücke in 4 Akten
 von Mannstädt. Anfang 8 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Voigt-Theater
 Badstraße 38.
 Heute Sonntag, den 21. September:
Wohltäter
der Menschheit.
 Kassenöffn. 10 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Concordia-Festsäle.
 Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
 64 Andreasstr. 64.
 Jeden Sonntag:
Militär-Streichkonzert
 ausgeführt von der
 Kapelle d. Garde-
 Pioniere unt. Lei-
 tung des kgl. Ober-
 musikinstr. R. Kühle.
Hoffmanns
Sänger.
 Jede Woche neues Programm.
 Anfang des Konzerts 6 Uhr,
 der Vorstellung 7 Uhr.
Im oberen Saale
 von 5 Uhr an:
Großer BALL.

Volksgarten-Theater.
 Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
 Sonntag, den 21. September:
Gastspiel der Queen Bühne.
Kabaret- und Theater-
Vorstellung.
 Anfang 5 Uhr. — Entree auf allen
 Bühnen 30 Pf. Am Saale: Gr. Ball.

Volks-Theater Neukölln
 Germaniastraße 20.
 Sonntag, 21. September:
Bis früh um fünf...
 Schwanz in 3 Akten von Kren und
 Hippelshay.
 Montag, 22. September:
Wohltäter der Menschheit
 Schauspiel von Felix Philipp.

Zirkus
Alb. Schumann
 Sonntag, den 21. Sept.:
2 gr. Vorstellungen 2
 nachm. 3 1/2 u. abds. 7 1/2 U.
 In beiden Vorstellungen:
Zoologischer Potpourri
 bestehend aus
 15 Affen, Hunden, Katzen etc.
 In beiden Vorstellungen:
10 Bengal. Königstiger
 vorgef. von Herrn Sawade.
8 russ. Akrob.-Bären
10 Luftvolteure 10
 u. das übrige Glanzprogramm
ungekürzt.
 Nachm. hat jeder Erwachsene
 1 Kind unter 10 Jahren frei
 auf all. Plätzen außer Galerie.

City-Park
 Am Bahnhof Friedrichstraße.
Größt. Volksschau Berlins
50 Schaugeschäfte 50
Höhs Gr. Hippodrom-Noblesse
 und 10 Attraktionen.
 Gedfnet: täglich nachm. 4 Uhr
 Sonn- und Feiertage nachm. 3 Uhr
 bis 11 Uhr abends.
Eintritt frei.

Germania-Prachtsäle
 N., Chausseestr. 110. Karl Richter.
 Jeden
 Sonntag:
Paul Mantheys
lustige Sänger
 Anfang 6 1/2 Uhr.
 Nachdem: Familien-Kränzchen.
 Im weißen Saale von 5 Uhr ab
Großer Ball.
 Morgen Montag:
Hofmanns Sänger.

Alhambra
 Wallner-Theater-Straße 15.
 Jeden **Großer Ball.**
 Sonntag:
 Großes Orchester. Anfang Sonntags
 5 Uhr. **A. Zameltat.**

Charlottenburger Festsäle,
 Charlottenb. Kaiser-Friedrichstr. 24.
 Heute
Großer Ball in beiden
 Sälen.
 2 Kapellen. — Anfang 4 Uhr.
 Dienstag, Donnerstag, Sonnbd.: Ball.

MöBEL
 auf Teilzahlung
 gibt
Spezial-Möbel-Haus
 gegründet 1871
 Wir liefern bei Anzahlung
 von Mark **40-50**
 1 modernes Vertiko
 1 modernen Kleiderschrank
 1 Mokettesofa
 1 2-Zugtisch
 1 Trumeau oder Umbau
 2 moderne Bettstellen mit Patentmatratzen
 4 Stühle
 1 moderne komplette Küche
 Wir liefern bei Anzahlung
 von Mark **60-75**
 1 komplettes Speisezimmer, Eiche gebeizt
 1 komplettes Eiche gewachst. Schlafzimmer
 1 komplette moderne Küche
 Wir liefern bei Anzahlung
 von Mark **100-150**
 1 Schlafzimmer in Eiche, Birke, Mahagoni
 1 Herrenzimmer in Eiche
 1 Speisezimmer in Eiche
 1 komplette moderne Küche
Central-Möbel-Halle
 Kommandantenstr. 51
 Ecke Alexandrinenstrasse

Unserem braven und lang-jährigen Genossen
Herm. Kürbis
die besten Glückwünsche zum
60. Geburtstag.
Die Genossen des Bezirks 550.

Unserem Genossen
August Krumpp
und seiner lieben **Frau** die
herzlichsten Glückwünsche zu
ihrem am 22. September
stattfindenden
25jährig. Ehejubiläum.
Sein Freund.

Todes-Anzeigen

Verband der Bureauangestellten.
Ortsgruppe Berlin.
Den Mitgliedern zur gef. Kenntnis, daß unser früherer
Ortsgruppenkassierer, Kollege
Johannes Schiemann
(Kassenangestellter)
am 20. September im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Ortsgruppe Berlin verliert einen ihrer pflicht-
treuesten und eifrigsten Funktionäre. Die Kollegen, welche
mit ihm zusammen in der Organisationsleitung gewirkt
haben, wissen seine Arbeitskraft zu schätzen. Sein Pflicht-
eifer, welchen er bei allen Angelegenheiten an den Tag
legte, sichert ihm ein dauerndes Andenken.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-
Kirchhofes in Nordend aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am 20. September verstarb unser
lieber Kollege
Johannes Schiemann.
Er war ein ehrenwerter, braver
Kollege, welcher stets seine Pflicht
im Interesse der Allgemeinheit
getan hat.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Halle
des Friedhofes der Zionsgemeinde
in Nordend aus statt.
Die Angestellten
der Allgemeinen Ortskrankenkasse
zu Berlin.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.**
Köpenicker Viertel. Bezirk 192.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Bauarbeiter
Hermann Radant
Götlicher Str. 60, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 23. September,
nachm. 3 Uhr, von der Halle des
Emmanus-Kirchhofes, Hermann-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.**
Am 20. September starb unser
Mitglied, der Bauarbeiter
Hermann Radant
(Bezirk Südost).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 23. September,
nachmittags 3 Uhr, von der
Halle des Emmanus-Kirchhofes in
Hertzlin, Hermannstraße, aus
statt. 145/10
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Sonnabend verstarb nach
langem, schwerem Leiden mein
lieber Mann und Vater
Hermann Radant
im Alter von 53 Jahren.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Seine **Marie Radant**
nebst Sohn.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 23. d. Mts.,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmanus-Kirchhofes in
Driß, Hermannstraße, aus statt.
**Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.**
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schlosser
Willi Böttcher
Charlottenburg, Gutenbergschtr.,
am 19. d. Mts. an Lungenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 22. September, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle
des Kaiser-Kirchhofes, Färber-
brenner aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Nach langem schweren, mit un-
endlicher Geduld getragenen Lei-
den, verstarb heute mein lang-
jähriger Mitarbeiter und Freund,
Derr 18572
Walter Manasse
im 35. Lebensjahre.
Mit nie ermüdendem Eifer und
in treuer Pflichterfüllung war er
während seiner Tätigkeit in mei-
nem Hause stets für meine Inter-
essen tätig.
Sein Andenken wird mir un-
vergesslich bleiben.
Bernhard Slupecki,
in Ha. Leske & Slupecki.

**Verband d. Brauerei- u. Mühlen-
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.**
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Referendar
Otto Mieth
(Schultheiß, Brauerei, Abteil. I.)
an einem Herzleiden im Alter
von 33 Jahren verstorben ist.
Wöge ihm die Erde leicht sein.
Die Beerdigung findet morgen
Montag, den 22. September, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Getzmann-Kirchhof,
Nordend, aus statt.
Häufige Beteiligung erwartet
44/6 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Maler, Lackierer,
Anstreicher usw.**
Zentrale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Wilhelm Schurmann
am Donnerstag, den 18. Sept.,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 21. September,
nachmittags 3 Uhr, von der Halle
des Luther-Kirchhofes in Landwehr
aus statt.
125/10 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Bierfahrer
Reinhold Müller
am 17. d. Mts. im Alter von
36 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 21. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Wilmersberg aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Kohlen-
arbeiter
Heinrich Winkler
am 18. d. Mts. im Alter von
45 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Montag, den 22. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes der Heilig-
geist-Gemeinde in Stahnsdorf
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
68/5 **Die Bezirksverwaltung.**

Am Mittwoch, den 17. Sep-
tember, nachmittags 4 1/2 Uhr,
verstarb nach längerem schwerem
Leiden mein innigstgeliebter Sohn,
der Lehrling
Paul Schöppke
im 26. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrübt an
**Die trauernde Mutter
Wilhelmine Schöppke.**
Berlin, Ebertstraße 43.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 22. September, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Sohnes, unseres guten Bruders
Fritz Schnell
sagen wir hiermit allen Verwandten
und Freunden, insbesondere den
Kollegen der Firma J. C. Pfaff, dem
Holzarbeiterverband, dem Bahloverein,
dem Sparverein Guter Wille und
den Mitgliedern des Hauses Mantel-
straße 51 unseren herzlichsten Dank.
Frau Schnell und Kinder.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der
Beerdigung meiner lieben Frau sage
allen Verwandten, Freunden und Be-
kannnten sowie den Kollegen und
Kolleginnen der Firma Kanger u. Co.
und den Mitgliedern der Baugenossenschaft
„Ideal“ meinen herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Wilhelm Schmidke.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die herrlichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters
Emil Vogt
sage ich allen Beteiligten, insbesondere
dem Meister Berneise und den
Kollegen der A. E. S. Turbinen-
fabrik, dem Deutschen Metallarbeiter-
verband und dem Chef der Firma
Benno Franke G. m. b. H. meinen
herzlichsten Dank. 235/5
Klara Vogt nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes sage ich allen
Freunden, Bekannten und Ver-
wandten, insbesondere Herrn Pastor
Siedert, dem Gesangsverein Reu-
föllner Liedertafel sowie den Mitgliedern
des Hauses Oberstraße 3 meinen
herzlichsten Dank.
Witwe Stahlberg
nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die schönen Kranz-
spenden bei der Beerdigung unseres
so plötzlich verstorbenen lieben Bruders,
Schwagers und Onkels, des
Drehers **Julius Günther**, sagen
wie allen Freunden und Bekannten,
sowie den Kollegen der Firma Dalmier,
Maximiliansstr. 4, Berlin, Bahlo-
verein, dem Deutschen Metall-
arbeiter-Verband unseren herzlichsten
Dank.
Im Namen der trauernden Hinter-
bliebenen
Adolf Günther,
nebst Frau und Sohn.

**Feuerbestattung
Mark 160.-**
mit allem Zubehör u. Gebühre
**Beerdigungs-Anstalt
„Flamme“**
Wenteuffelstr. 111.
Ausführliche Broschüre gratis.
Fernruf: Moritzf. 5582.

300 Mark Anzahlung an verlaufe
Bez. von 2000 M. an
10 St.-Tour, elektr. Bahnlinie 164,
Göhen-Schönhausen, Hauptstr. 17,
hof part. 140/15

Viktoria-Fortbildungs- und Fachschule.
Kurfürstenstr. 160. Berlin W. Telephone: Law. 9706.
I. Seminare: a) Seminar für Handelslehrerinnen (Ausbildung
für Kontoristinnen- u. Verkäuferinnenklassen).
b) Seminar für Gewerbeschullehrerinnen
(Wäscheanfertigung, Schneidern, Putz).
II. Fach- und Fortbildungskurse (Tages- und Abendkurse).
Höherer Handelskursus, befreit vom Be-
kennungskursus, auch d. Pflicht-
Geschlossener fortbildungs-
Handelskursus, schule.
Verkäuferinnenkursus.
Berufskursus für Schneiderin,
Wäschekonfektion, Damenputz.
Geschlossener Haushaltungs-
kursus.
Kleiner Haushaltungskursus.
Vorbereitung für die techni-
schen Volksschullehrerinnen u.
Kindergärtnerinnen-Seminare.
Kaufmännische, gewerbliche,
hauswirtschaftliche Einzelkurse.
Sprechst. tgl. 11-12 Uhr. Ausführl. Prospekte in d. Anstalt. Der Vorstand.

**Reizende Einsegnungs-
Geschenke**
Turbelen, Uhren, Gold- u. Silberwaren
in bekannter Preiswürdigkeit
Belmonte & Co
Juweliere
Leipzigerstr. 97 Königstraße 46

Sie kaufen vorteilhaft
MÖBEL
auch auf
KREDIT
im Spezial-Geschäft von **WILHELM
MISCH**
Große Frankfurter Straße 45-46
gegenüber Markusstraße.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Erstklassige Bezugsquelle für
Gardinen Portieren Teppiche
Große Posten unter Preis!
Berlin, Wallstr. 13, Spindlershof

Sagary Pfeffer
weiß und schwarz, Leo
der beste, er- Jaco-
giebigste, bowitz
daher & Co.
billigste Berlin W. 50
General- Kurfürsten-
Depot damm 14/15
für Ost- Telephone:
Deutschland: Steinplatz Nr. 8999

Wegen Aufgabe des Geschäfts ver-
kaufen sämtliche Sorten Rohstoffe,
solange der Vorrat reicht, zu enorm
billigen Preisen; desgleichen auch
Ullentilien.
Zeun & Ellrich
Berlin N 31
Brunnenstr. 151.

**Reiseführer,
Wanderkarten und
Bücher,
Kursbücher**
hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Kredithaus
vormals J. Ostrowski
No. 1 Gr. Frankfurter Str. No. 1
(bitte auf meine Hausnummer zu achten)
liefert bei kleinsten An- und Abzahlungen
Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche
von **15 Mark** an.
Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an.
Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Inserat ausschneiden! Mitbringen! Wert 5 Mark.
Sonntags geöffnet

**Feinfarbige
Teppiche**

traise, crème, blau, rot,
ganz dickes, smyrna-
artiges Gewebe, von den
echten Inderteppichen kaum
zu unterscheiden. Größe ca.
90x185 cm . . . M. 7,50
138x195 11,25
160x225 16,50
190x295 24,50
250x350 37,50
250x400 47,50
300x400 53,50
Passende Bett- und Pult-
Teppiche Stck. N. 3,25,
4,50 u. 7,50.
Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich - Spezialhaus
**Emil
Lefèvre**
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.
Spezial-Katalog
650 Abbild. gratis u. franko.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Mata. Blutuntersuchung.
Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. 8-8, Sonntags 9-10.
Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz)
Sprechst. 10-1, 4-8, Sonnt. 9-11.

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 60, 36 M.
Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.
Cutaway u. Weste 65, 50, 33 M.
Beinkleider 18, 15, 8 M.
Fertige schwarze Kleidung
für Knaben und Jünglinge
in größter Auswahl
Feine Maß-Anfertigung
in ca. 10 Stunden
Baer Sohn
Kleider-Werke
Berlin, Gegr. 1891.
Chausseestraße 29-30,
11. Brückenstraße 11,
Gr. Frankfurter Str. 20,
Schönberg, Hauptstr. 10.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Mohrenstr. 36
Kolonnaden,
Gr. Frankfurterstr. 113
**Trauer-
Magazin**
Kleider, Hüte ex.
Außerste Preise
**Farbige
Konfektion**
in größtem
Maßstabe
zu billigsten
Preisen
Westmann

Siegels Festsäle
Gr. Frankfurter Str. 30.
Empfehle den Gewerkschaften und
Bereinen Säle mit Theaterbühne,
300, 200 und 100 Personen fassend,
zu Veranlassungen sowie Festlich-
keiten aller Art.
NB. Oktober, November noch einige
Sonnabende und Sonntage frei.

Technische Kurse
Berlin: Neanderstraße 3 und
Rathenower Str. 3.
Hochbau, Tischau,
Maschinenbau, Elektrotechnik.
Reg. Regier.-Baumeister a. D.
Dr. Werner.
Vorträge frei.

In dieser Woche:

Außergewöhnlich preiswerte Sonderangebote von

In dieser Woche:

Gardinen, Decken, Teppichen, Läuferstoffen.

Möbelstoffe

Gobelinstoff klein gemustert	Meter	3.75
Phantasiestoff gemustert, gute Qual.	Meter	4.80
Gobelinstoff klein gemustert, schwere Qualität	Meter	6.75
Phantasiestoff gemust., viele Farb., für Möbelbezüge u. Dekor.	Meter	6.25
Bezugstoff in Verduregeschmack	Meter	4.90 6.75

Diwandecken

Phantasiegewebe modern oder persisch gemustert	4.60
Phantasiegewebe rot oder blau gemustert	6.75
Phantasiegewebe doppelseitig, persisch gemustert	9.50
Gobelingewebe persisch gemustert	12.75
Mohairplüsch viele helle Farben, für Schlafzimmer	21.50

Läuferstoffe

	Breite ca. 68 cm	ca. 90 cm
Jute gestreift oder meliert, mit Borte	60 Pf.	80 Pf.
Kokos gemustert, mit Kante	1.20	1.65
Tapestry mottled, mit Kante	1.85	2.65
Velours mottled, mit Kante	3.25	4.50
Bouclé gestreifter Fond, mit Kante	2.00	2.75

Besondere Gelegenheit

Fenster-Dekorationen

aus Leinen, mit reicher Kurbelstickerei und Applikation, rot, hellblau oder grün, Flügel 40/50 cm, Querbehang 40/180 cm 3.00

Englisch. Tüll-Gardinen weiß und cremefarbig, Meter	37	60	85 Pf.
Englisch. Tüll-Gardinen abgepaßt, Fenster = 2 Flügel	2.25	4.60	8.10
Englische Tüll - Stores weiß, cremefarbig, reiche Muster	2.10	4.50	7.00
Engl. Tüll - Garnituren 2 Flügel und 1 Querbehang	3.50	6.60	10.25
Engl. Tüll - Bettdecken für 1 Bett	1.90	3.60	7.50
Engl. Tüll - Bettdecken für 2 Betten	3.50	7.50	13.25
Allover-Net-Garnituren 2 Flügel und 1 Querbehang	6.10	9.60	14.25

Erbstüll - Halbstores mit reicher Bandarbeit	3.60	7.20	10.25
Erbstüll-Stores elfenbeinfarbig und okergelb	4.10	6.25	10.25
Erbstüll - Gardinen Fenster = 2 Flügel	6.50	9.60	12.25
Erbstüll - Garnituren 2 Flügel und 1 Querbehang	5.60	10.50	13.50
Etamine - Garnituren buntfarb., 2 Flügel u. 1 Querbeh.	6.60	10.50	16.25
Erbstüll - Bettdecken mit Bandbesatz für 1 Bett	4.60	6.50	8.25
Erbstüll - Bettdecken mit Bandbesatz für 2 Betten	6.25	9.25	14.50

Selten günstiges Angebot:

ca. 250/350 cm.	regulär bis 44.50	22.50	regulär bis 54.00	27.00	regulär bis 75.00	37.50
ca. 300/400 cm	regulär bis 63.00	31.50	regulär bis 92.50	62.00	regulär bis 137.00	71.00

Axminster - Teppiche
moderne Muster, gute Qualitäten.

Axminster-Teppiche Kassak persische und moderne Muster	ca. 130/175	8.75	ca. 160/225	14.25	ca. 190/275	19.75
Axminster-Teppiche Heris reiche Musterauswahl und gute Qualität	ca. 165/235	19.50	ca. 200/300	27.50	ca. 230/325	43.75
Prima Axminster-Teppiche sehr empfehlenswerte Qualität	ca. 170/240	31.00	ca. 250/350	46.00	ca. 250/350	68.75
Prima Velours-Teppiche sehr haltbare Qualität, in persischen und modernen Mustern	ca. 300/300	37.75	ca. 300/300	63.75	ca. 300/400	89.00
Moderne Moschee-Teppiche vorzügliche Kopien orientalischer Teppiche	ca. 90/180	14.75	ca. 125/230	24.75	ca. 150/250	33.75
Bouclé-Teppiche, Qualität II große Auswahl, moderne Muster	ca. 160/230	19.75	ca. 200/300	28.75	ca. 250/350	46.75
Bouclé-Teppiche, Qualität Ia modernes Gewebe, reiche Musterauswahl	ca. 200/300	34.75	ca. 250/350	52.50	ca. 300/400	68.50

Turkestan-Teppich sehr gute Nachbildung eines orientalischen Originals ca. 280/400 cm 52.50

Pelzwaren
Fabrik und Lager von Stols, Krawatten, Pelzhüten, Pelzjacken, Muffen, Pelzen, Kindergarnituren usw.
Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten.
Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Sonntags geöffnet.
F. Kalman,
Kürschnermeister.
nur Kommandantenstr. 15, I. Et.,
b. d. Southstr.
Tel.: Zentrum 3617. Gegr. 1894.
Erläut. gutgehendes Restaurant billig verkäuflich. Ausläufer Kaufmännisches Bureau, Bräudenstr. 5. 151/19

Möbel auf Kredit
Komplette Wohnungseinrichtungen
Farbige Küchen und Polsterwaren
Einzelne Möbelstücke Anzahlung schon von 5 Mark an.
F. & H. Schmidt, Petersburger Straße 23, erste Etage.
Insulat mitbringen! Wert 5 M.

Im Nu
verschwinden alle Arten von Hautunreinigkeiten und Hautausschlägen wie Pickeln, Mitesser, Flechten, Finnen, Pickeln, Pusteln usw. durch Gebrauch der echten
Steckenpferd-Seifen
von Bergmann & Co., Kadebr. Str. 50 W. Überall zu haben.

Hoffnung
Ulster
Loden = Pelerinen
und
Winter-Paletots.
Großes Lager
fertiger Anzüge.
Elegante Maßanfertigung.
Berliner Schneider-Genossenschaft
e. G. m. b. H.
Brunnenstraße 185 am Rosenthaler Platz
Amt Norden 1591.
Lieferant der Konsumgenossenschaft.



Garbáty
Cigaretten
für
Qualitätsraucher

Teppiche
Zum Umzuge!
extra billiges Angebot!
Satin 150/200 5.50, 7.50, 8.50 b. 15.
Wollfläs 10., 12., 15., 24.
Seidenfläs 10., 12., 15., 30.
Damen-Steppdecken
Grellen 150/200 20.
bunten Satin 30.
Seiden-Satin u. allen Farb. 33.
Seiden-Fläs 55.
Reine Seide 65.
Bernhard Strohmandel
Berlin nur Wallstr. 72
zwischen Kolb- und Inselstraße.

Zähne Zahnärztliche Klinik, Chaussee-Straße 60, I. Wilhelm Lewin.
mit 2000 Stiften. Gebisse u. 1.50 Pf. vollsch. Schmerzl. Zahnziehen. Ueberholung schlechtsitz. Gebisse. Reparaturen sofort. 3 Mark. Kinderbehandlung zu ermäßigten Preisen. 5 Jahre Garantie. Sprechzeit 9-8 Uhr. 151/6

Die reellsten und billigsten Möbel
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz,** Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stülarten mit sechsjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 25.

Gewerkschaftliches.

Die Scharfmacher im Malergewerbe.

Noch sind die Nachwehen des allgemeinen Kampfes im Malergewerbe, der von Anfang März bis Ende Mai währte, nicht beseitigt. In einer größeren Zahl Lohngebiete sind die örtlichen Verhandlungen noch nicht erledigt und eine Sitzung des Haupttarifamts, die die Schwierigkeiten jedenfalls erleichtert hätte, wußte der Unternehmerverband bisher zu vereiteln.

Von größter Bedeutung für das Malergewerbe und nicht ohne allgemeines Interesse ist es, daß der Gauverband Rheinland-Westfalen des Unternehmerverbandes mit über 10 Millionen Lohnsumme bisher den am 22. Mai von den beiden Zentralorganisationen angenommenen Schiedssprüchen und dem Reichstarifvertrag noch nicht zugestimmt hat. Das ist ein nun schon vier Monate andauernder Tarif- und Disziplinbruch schlimmster Art. Inzwischen hat auch bereits eine Hauptversammlung des Unternehmerverbandes zu dem Fall Stellung genommen und den tarifbrüchigen Gauverband aufgefordert, seinen unhaltbaren Standpunkt zu verlassen. Während dieser Verhandlungen kam es zwischen den führenden Leuten des Unternehmerverbandes zum offenen Konflikt, in dessen Verlauf die Rheinländer die Hauptversammlung unter heftigem Protest und mit der Drohung verließen, auch vor einem Ausschluß aus dem Verbands nicht ängstlich zu sein. Eine besonders nach dem Rheinland zur Verhütung der höchst unwilligen Geister entsandte Deputation mußte trotz aller Bemühungen unverrichteter Sache wieder abziehen.

Jetzt ist nun offenkundig geworden — was allerdings ein Geheimnis eigentlich schon längst nicht mehr war — daß hinter den rabiat gewordenen reinländisch-westfälischen Malermeistern die großindustriellen Scharfmacher stehen; vielleicht sind diese sogar die direkten Anstifter der ganzen Differenz. Dem Verband der Maler ist nämlich folgendes geheime Zirkular zugesprochen:

Eberfeld, den 27. August 1913.

Verband von Arbeitgeberern im bergischen Industriebezirk. Geschäftsstelle: Eberfeld, Bierstr. 44. Fernspr. 4755.

Vertraulich! An unsere Mitglieder!

Der Zustand im Maler- und Anstreicherberuf ist beendet. (Vergleiche unser Rundschreiben vom 18. März d. J.) Auf Wunsch des Arbeitgeberverbandes für das Maler- und Anstreicherberuf bitten wir unsere Mitglieder, etwa für das Frühjahr vorgesehene Arbeiten schon vorher vornehmen zu lassen, da im Frühjahr mit einer neuen Bewegung gerechnet wird. Ferner bitten wir, die Arbeiten nur an solche Firmen zu vergeben, die Mitglied des Arbeitgeberverbandes für das Maler- und Anstreicherberuf sind. Auskunft erteilt dessen Geschäftsstelle: Wannen, Unterbörsenstr. 61. Tel. 407.

Schachtungsvoll

Verband von Arbeitgeberern im bergischen Industriebezirk. J. A.: Dr. Lindemann.

Danach wollen die Unternehmer also noch länger im Tarifbruch engros verharren und im kommenden Jahre entweder wieder aggressiv vorgehen, nachdem die bis in die jüngsten Tage angewendeten Zwangsmittel nicht vermochten, den Gehilfen einen schlechteren Tarif aufzuzwingen, oder sie erwarten dann von den Gehilfen nichts Gutes. Schuld an dem unhaltbaren Zustande trägt der Gesamtunternehmerverband selbst mit am meisten. Er hat durch seine Hast, mit der er vor vier Jahren einen Reichstarif forderte — in der trügerischen Hoffnung, damit seine Reihen fester schließen zu können — den Bogen zu straff gespannt

und eine Reaktion im eigenen Lager erzeugt, die jetzt gegen diese gerade vom Standpunkt der Malermeister falsche Tarifpolitik ankämpft. Das bereitet dem selbst in weiteren Unternehmerrufen immer so großsprecherisch auftretenden Unternehmerverband des Malergewerbes außerordentliche organisatorische Schwierigkeiten, die einer völligen Krise verheißt ähneln. Die organisierten Malermeister sind eben enttäuscht, weil die von dem Reichstarif ihnen früher gemachten Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen sind.

Verstärkt wird der Zustand mit dem Rheinland noch durch das zwiespältige Auftreten der Leitung des Unternehmerverbandes. Während dessen Vorsitzender immer noch Forderungen gegen die angeblich nicht tariftreuen Gehilfen verlangt, daneben aber den beharrlichen Tarifbruch eines ganzen Gau des Unternehmerverbandes nach außen hin mißbilligt, um diesen tatsächlich für ihn blamablen Zustand zu beseitigen, erklärte er wiederholt im gleichen Atemzuge, er lasse sich nicht zum Büttel der Gehilfen gegen das tarifbrüchige Rheinland mißbrauchen und lehne es ab, anders als durch gütliches Bureden Wandel anzutreiben. Wie sollen dann die abseits tanzenden Scharfmacher die gegen sie eingeleitete Aktion ernst nehmen? So ist denn das Ganze auch ein treffliches Beispiel für die Gewissenhaftigkeit, mit der sich die Bezirksorganisationen der Unternehmer bemühen, ihre tariflichen Pflichten nach dem Grundsatz von Treu und Glauben zu erfüllen. Und diese Leute verlangen Garantie für die Einhaltung der Tarifverträge durch die Gewerkschaften.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik in der Pelzbranche.

Die Situation auf dem Kampffeld ist bis dahin unverändert geblieben. Nach wie vor stehen die streikenden Hausindustriellen samt den Arbeitern und Arbeiterinnen geschlossen zu ihren Forderungen. Dies zeigte am Karsten eine überfüllte gemeinsame Versammlung aller Ausständigen, die am Freitagabend stattfand. Regge erklärte unter dem tosenden Beifall der Anwesenden, daß die Streikenden den Arbeitgebern gerne ausreichende Zeit lassen, über den Tarif zu beraten. Regge versicherte, daß in der aller-nächsten Zeit der Ring der Arbeitgeber durchbrochen werden wird — trotz aller Konventionalstrafen. Mit scharfen Worten geißelte Redner auch das rigorose Vorgehen der Polizei, das direkt ruffisch anmutet. Aber selbst die größte Schar von Schulheuten werde nicht verhindern, daß die Streikposten ihre Pflicht erfüllen. Gründlich rechnete Regge mit dem anwesenden Redakteur des Unternehmerfachorgans ab und die stürmischen Zustimmungsausrufungen der Versammlung zeigten mit aller Deutlichkeit, daß die Diebe gut saßen.

Herr Redakteur Fraß nahm in der Diskussion auch das Wort und suchte die Ausführungen des Referenten zu entkräften, konnte jedoch die Stimmung der Versammlung nicht beeinflussen. Der Achtstundentag sei eine Prinzipienfrage; hier entscheide einzig und allein die Macht. Die Unternehmen hätten ebenso entschlossen gegen die Forderungen der Arbeiter und Hausindustriellen, wie diese zu denselben. Die Differenzen seien nicht so, daß der Streik und der damit verbundene Lohnausfall sich lohne. Auch den Unternehmern läme im Kampfe manches zuzustatten, so z. B. die jegliche warme Bitterung.

Die nachfolgenden Redner räumten mit den Behauptungen der Unternehmer gründlich auf.

Nach einem Schlusswort des Hausindustriellen Reibmann, der die Ausführungen des Herrn Fraß mit viel Glück einer Korrektur unterzog, nahm die Versammlung unter begeisterten Hochrufen ihr Ende.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen veranstaltet in den nächsten Tagen Branchen-Agitationsversammlungen und bittet die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, ihre Angehörigen und Bekannten auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Linoleumleger und Teppichnäher! Auch der Zwischenmeister Karl Scholz, Stallschreiberstr. 55, hat sich nunmehr mit

uns geeinigt und den neuen Vertrag unterschrieben. Damit ist der Streik außergerichtlich beendet. Als Ausweis ihrer Organisationszugehörigkeit führen die vorgenannten Linoleumleger und Teppichnäher eine graue Kontrollkarte, auf welcher der Monat September abgestempelt sein muß.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuliers.

Deutsches Reich.

Die Differenzen bei der Firma „Delphin“ Schußfabrik in Strausberg konnten in der ersten Streikwoche durch gegenseitige Verhandlungen beigelegt werden. Die Wiedereinstellung des Entlassenen wurde zugesagt und ein neuer Lohnvertrag mit etlichen Verbesserungen für die Arbeiter vereinbart. Am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Situation im Stettiner Hafen

Ist noch dieselbe. Es arbeiten einige Kräne mit höchstens 80 Beschäftigten. Der Magistrat hat sehr weitgehende polizeiliche Maßnahmen getroffen. Eine Anzahl Eistierungen sind bereits zu verzeichnen. Ein Platz am Hafen ist zu einem Polizeilager umgewandelt. Arbeiter, die gar nichts mit dem Streik zu tun haben, werden im bekannten Polizeilager von der Straße verwiesen. Der Magistrat scheint noch in anderer Art zu versuchen, die genügende Zahl Arbeitswilliger zu erhalten. Die Hafenbetriebsdirektion versucht anscheinend aus den Reihen der Streikenden Vertreter zu finden. Ob mit Erfolg, ist stark zu bezweifeln. Auch Arbeiter, die ihren Sommerurlaub haben, werden von den Dienststellen aufgefordert, diesen zu unterbrechen, da alle verfügbaren Bediensteten dringend gebraucht würden. Sie sollten sich spätestens Freitag früh zum Dienst melden. — Der Streik steht für die Arbeiter günstig; wenn die übrige Arbeiterschaft Solidarität übt, muß den städtischen Hafenarbeitern der Sieg werden.

Die „üble Nachrede“.

Der Gärtnereibesitzer Walter in Köln-Bayenthal klagte vor dem Kölner Schöffengericht gegen den Vorsitzenden und den Kassierer der Ortsgruppe Köln des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins wegen Verleumdung, weil an einigen Strahnen in der Nähe seines Betriebes Zettel folgenden Inhalts angeklebt waren:

Achtung! Gärtner!

Wegen Nichtanerkennung des mit der Gruppe Köln abgeschlossenen Tarifvertrages (Stundenlohn 48 Pf.) ist über die Firma Otto Walter, Gärtnerei zu Bayenthal, die Sperre verfügt. Jegliche Löhne 25 M. pro Woche! — nein, pro Monat. Lohn pro Stunde demnach 30 Pf. Jeder Gärtner meide den Betrieb!

Die jegliche Verhandlung vor dem Schöffengericht bestätigte im allgemeinen die Richtigkeit dieses Anschlags. Der Gärtnereibesitzer beschäftigte einen Mann, der drei Jahre gelernt hat, und zahlte ihm 25 M. pro Monat; er gab zu seiner Rechtfertigung an, daß der Mann nicht voll ausgebildet gewesen sei. Es wurde weiter festgestellt, daß Walter noch zwei weitere Leute mit 35 und 40 M. pro Monat entlohnte und er somit drei Leute unter den Tarifätzen beschäftigte. Trotzdem verurteilte das Gericht die Angeklagten zu je 30 M. Geldstrafe und ordnete die Publikation des Urteils in der „Allgemeinen Deutschen Gärtnereizitung“ an. Der Vorwurf, so heißt es in der Urteilsbegründung, daß Walter den Tarif nicht eingehalten habe, sei unberechtigt; es handle sich um einen Mann, der nicht Gehilfe gewesen sei, und es müsse gegattet sein, mit Personen, die nicht unter den Tarif fallen, besondere Vereinbarungen zu treffen!

Diese merkwürdige Auslegung des Tarifvertrages werden die Verurteilten durch Berufung anfechten.

Der Tarifkampf im Karlsruher Fleischerberuf ist in ein neues Stadium getreten. Nachdem die beiden Firmen Gebrüder Hensel und Stefan Gartner sich zu Unterhandlungen nicht herbeilassen, haben die Ausgesperrten unter Zustimmung der Kommission des Gewerkschaftsrates beschlossen, eine eigene Schlachterei und Würsterei in der Form einer Gesellschaft m. b. H. zu gründen. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt und zugleich eine Kommission zur Vornahme der erforderlichen Vorarbeiten gewählt.

schunkeln an uns vorüber und lächeln zu den Genossinnen, die den Turm des Col de Paris gravitatisch tragen. Die Herren Offiziere vom Jahre 1813 machen Händeschütteln mit den Kameraden, die so um siebzig herum bei Kränzler die Weine sonnten.

Die Idee ist nicht übel. Geschichte, die bisher nur in verkauften Büchern zu lesen war, wirklich und greifbar wieder lebendig werden zu lassen. Es eröffnen sich allerlei Ausblicke; man könnte so Hannibal und Napoleon, die Jakobiner und die Märzstürmer beschwören. In zeitlichen Länden wäre es sogar möglich, vorhistorische Geschehnisse ohne Mühe und höchst lebendig auf die Bühne zu schieben; die verschiedensten Saurier ließen sich aus den Rittergärten und Landratsämtern herausholen. Das gibt herrliche Zeiten; man wird weder Geschichte noch Naturgeschichte zu lernen brauchen, alles wird einem, bequem und schmackhaft zubereitet, vor die Augen gesetzt werden.

Wir sind ein recht schaulustiges Geschlecht geworden. Vor zehn Jahren, sicherlich aber vor zwanzig waren wir noch fast blind, und heute können unsere Augen sich kaum sattigen. Die Mechanik des Automobils, des Autos, des Plakats und der Lichtreklame hat uns verwandelt. Wir wollen immer nur sehen; Zeitstrahlen durchblättern wir nach ihren Bildern, das Theater beurteilen wir nach der Ausstattung und den Minister nach seinen Kadstiefeln. Die optische Welt geht durch die Lande. Der Intellekt und die Fähigkeit abstrakt zu denken werden demnach im Museum aufgestellt werden.

Und doch gibt es keinen gebildeten Menschen, dessen Sinne, dessen Augen nicht gebildet wären. Nur: gebildete Augen und blöde Schaugier sind zweierlei.

rbr.

Theater.

Residenz-Theater: „Im Ehehäufig“, Schwant von Antony Mars und Maurice Desrallières. Auf dem Pariser Schwantmarkt scheint starke Flaute in Angebot zu herrschen. Das Fabrikat von Mars und Desrallières, welches das altrenommierte Importhaus für dieses Genre seinen Kunden zum Saisonbeginn offerierte, blieb hinter der Qualität der sonstigen Durchschnittsware wohl noch um einiges zurück. Ein Ragout von hundertmal gebrauchten Erics, dem sich kaum ein neuer, herzhafte Lachen weckender Einfall beigelegt. Grimassen einer ungeschminkten billigen Frivolität, die über das Manis ausgelassener Laune und Erfindungskraft verglänzen sollen.

Der in dem Ehehäufig bodende Gatto, der, um überhaupt einmal ohne Begleitung seiner besseren Hälfte als dem Haus zu kommen, in einem von ihm selbst zu diesem Zwecke erfundenen Militärblatt sich zum Reservelieutenant befördert und zu erblickten Kontrollversammlungen einladen läßt, hat obenrein noch ausgerechnet eine praktizierende Ärztin als Frau. Die Eskapade dieses Herrn und des ebenso sorgsam gehüteten Schwiegervaters führt in dem Salon eines sehr eindeutigen, mit der ihrem Gemahle abgeminderten Jahresrente von 20000 Fr. nie auskommenen Dämchens zu der üblichen Schlags des Verticapiels, für welches das Zimmer nach berühmten Modellen mit Drehapparaten usw. sinnvoll ausgestattet ist. Eine Keuerung bildet die Ohnmacht, die dem Schwiegervater dabei anfällt. Dadurch wird der besonders geschmackvolle Coup ermöglicht, daß der alte Sänder von seiner eigenen, als Ärztin herbeigerufenen Tochter, die das sehr komisch findet, in der verhänglichen Situation

Kleines feuilleton.

Das Federvieh.

Ja, da wadeln lange Ohren, mancher Schädel schwingt dabei, mer gefährlicher wohl sei: Radikale? Revisionen?

Dieser sieht man jubilieren, weil die pp. Lurenburch heuer wieder drunter durch war' gewesen samt den Jähren.

Dieser aber warnt jener, daß es um so schlimmer sei, denn die Revisionspartei sei im Gegenteil nicht schöner.

Sieh!, da kommt schon einer wieder und beschwichtigt alle zwei, weil die ganze Sozerei unaufhaltbar ginge nieder.

Doch ein vierter taucht die Feder ein, um zu beweisen, wie die Sozialdemokratie überhaupt wird immer röter.

Auch die blaffen Revisoren würden quasi purpurrot. Ja, dem Staat droht Rot und Tod, die Gesellschaft ist verloren!

Sieht man so, in was für Schwulst läten diese Blase steck, wie die Tintenpfoten ledt jeder schwarzblaugrüne Kull,

wie sie fliegen, schwigen, spühen, und wie Schlängentriebe, einerlei wozu und wie.

Wiste und Gestank verpflügen — dann so sagt man sich: Ich dachte, daß bei allem blinden Jörn jenes vierte Quä ein Korn doch gefunden haben möchte.

Franz.

Eine Kulturart der dreihundertjährigen Polizei. Das erste Konzert des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, das heute nachmittags 4 Uhr im Blüthneraal stattfindet und noch Eintrittskarten an der Kasse bereit hält, ist den Kompositionen Johann Sebastian Bachs gewidmet. Für dieses Konzert war der Hof- und Domorganist Musikdirektor Jergang gewonnen worden.

Herr Jergang sollte drei große Orgelkompositionen des Meisters zum Vortrage bringen. Das muß aber dem Berliner Polizeipräsidenten staatsgefährlich erschienen sein, denn das Polizeipräsidium hat gestern einen Beamten entsandt, der Herrn Jergang warnte, bei diesem Konzert, das von einem staatsgefährlichen Verein veranstaltet werde, mitzuwirken.

denen staatsgefährlich erschienen sein, denn das Polizeipräsidium hat gestern einen Beamten entsandt, der Herrn Jergang warnte, bei diesem Konzert, das von einem staatsgefährlichen Verein veranstaltet werde, mitzuwirken.

Glaubt die Polizei durch diesen Streik, der ihre Teilnahme am Kunstleben der Berliner Arbeiterschaft wieder einmal um ein Blatt leuchtenden Ruhmes vermehrt, das Bach-Konzert unmöglich gemacht zu haben? Da hat sie sich geschnitten. Für Herrn Jergang wurde sofort vollständiger Erlaß gewonnen, so daß das Konzert mit unverändertem Programm heute nachmittags zur festgesetzten Stunde stattfinden wird.

Wagner und Schmidt. Als der Schulmeister Wagner lebte, mit einer Selbstladepistole in jeder Hand durch die Straßen von Mühlhausen sauste und zusammenschob, was ihm nur in den Weg lief, stand es für die „Germania“ und gesinnungsverwandte Blätter fest, daß dieser verrückte Schube das „Opfer seiner Gottlosigkeit“ geworden sei, denn nimmer könne, so fasselt das augenverdrehende Blatt salbungsvoll, ein frommer Mensch mit so grauen Verbrechen seine Seele belasten.

Nun, wenn es einen Gott in himmlischen Sphären gibt, so steht er ganz gewiß nicht im Bunde mit Pfaffen und Pudern, denn als ihm das Geschick der „Germania“ und Konjorten zu dumm wurde, lieferte er flott den Gegenbeweis und spielte der Polizei von New York einen Mann namens Schmidt in die Hände, der weder ein Schulmeister noch gottlos ist, in einem Priesterseminar aufgezogen wurde und sogar die geistlichen Weihen empfangen hat und sich jetzt wegen einer erledigten, aber einer sehr erledigten Reihe von Verbrechen vor der Jury wird verantworten müssen.

Herr Schmidt, früher geistlicher Herr in der Diözese Mainz, war eine schöpferische Natur, kein Weltenschöpfer, sondern ein Schöpfer im kleinen; Banknoten hat er täuschend nachgemacht. „Gott befehl es mir!“ erklärt er schlicht beim Verhör.

Hochwürden Schmidt hat die kommunistischen Prinzipien des Kreditrentens in seiner Art ausgelegt und Kirchengelber in die eigene Tasche gesteckt. Warum? „Ich handelte im Auftrag Gottes!“

Auch mit seinem Pfunde gewuchert hat Kaplan Schmidt und Grundstücksbesitzer in einem selbst für die U. St. o. A. anerkennenswerten Umfang betrieben. „Ich folgte“, sagt er und lächelt über die irdischen Gedanken des Untersuchungsrichters, „nur einer Weisung Gottes!“

Und Wunderkuren machte Hochwürden auch. Freilich weckte er keines Jairus Tochterlein vom Tode, ganz im Gegenteil! er ließ — edel sei der Mensch, hilfreich den Frauen! — Frauen, die darum baten, solche Praktiken angebeihen, daß es mit dem Tochterlein nicht wurde. „Gott offenbarte es mir im Traum!“

Seine Geliebte würgte er schließlich ab und sagte sie in Stücke, und begründet es mit dem frommen Kreuzfahrerkruz: „Gott will es!“ Was sagt die „Germania“ dazu???

Die optische Welt. In der Ausstellungshalle am Zoo gibt es etwas Merkwürdiges zu sehen. Alte Modestuffer, wie wir sie stets gern durchblätterten, kolorierte Zeichnungen von Gouarn und Hofmann, sind plötzlich lebendig geworden und laufen lebhaftig herum. Damen mit bedächtigten Schuten und wippenden Glöckchen

Das große Eisenbahn-Unglück auf dem Bahnhof Jannowitzbrücke wird nunmehr am nächsten Dienstag und Mittwoch den Gegenstand umfangreicher Verhandlungen vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hofmeister bilden. Die gegen den Eisenbahngehilfen Franz Vandi gerichtete Anklage lautet auf fahrlässige Tötung und Körperverletzung unter Verletzung der Berufspflicht. Das Unglück hatte sich am 30. Oktober 1912, morgens 7 1/2 Uhr, auf dem Stadtbahngleise des Bahnhofs Jannowitzbrücke ereignet: dort war ein Nordringzug auf einen Vorortzug aufgefahren. Durch den Anprall entgleiteten 4 Wagen des Vorortzuges und 3 Wagen des Nordringzuges und es wurden gegen 70 Personen zum Teil schwer verletzt. Einer der Verletzten ist noch an demselben Tage gestorben. Der Grund zu dem Zusammenstoß soll in unrichtiger Signalstellung zu suchen sein, und die Schuld an dieser wird dem Angeklagten aufgebürdet, während dieser die Schuld von sich abwägt und unzulängliche technische Einrichtungen für das Unglück verantwortlich macht. Rechtsanwalt Dr. Puppe hat als Verteidiger des Angeklagten in umfangreichen Schriftsätzen und unter Berufung auf sachverständige Persönlichkeiten folgendes behauptet: Der Vorortzug sei mit einigen Minuten Verspätung in den Bahnhof Jannowitzbrücke eingelaufen und es sei infolge unrichtigen Funktionierens der elektrischen Leitung das Ausfahrtsignal auf Halt gefallen, so daß der Vorortzug nicht ausfahren konnte. Hierdurch allein sei das Unglück verursacht worden. Ueber diese Frage, die weitere Frage, ob sich der Angeklagte der Verletzung von Dienstvorschriften schuldig gemacht, und endlich über die Frage, ob die vorhandenen gewesene Blodeinrichtung imstande war, die Sicherung des Betriebes im weitesten Umfange zu gewähren, wird es zu eingehenden eisenbahntechnischen Erörterungen kommen. — Am Mittwoch früh 7.30 Uhr soll eine Befähigung der Vertikalfahrt (Station Jannowitzbrücke) von Gerichts wegen stattfinden.

Eine feine Firma.

Der gewiß seltene Fall, daß ein Angeklagter wegen Unterschlagung von 20 000 M. nur zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt und außerdem aus eigener Initiative von dem Gericht der Begnadigung empfohlen werden soll, trat sich gestern in einer Verhandlung zu, die unter Vorsitz des Landgerichtsrats Vries-Forn die 10. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt war der Reisende Max Scholer. Die Verhandlung entrollte eine Art Leidensgeschichte eines Geschäftsfreisenden, der trotz anerkannter Tüchtigkeit und großer Aufträge mit einem so lächerlich geringen Spesenzuschuß auf die Reise geschickt worden war, daß er, um überhaupt tätig sein zu können, sich an den Inflationsspekulanten vergrieff. — Der Angeklagte trat vor 13 Jahren als Handlungsgehilfe bei der Drogenengrosfirma Brüdner, Lampe u. Co. ein. Seit dem Jahre 1907 wurde er als Reisender beschäftigt, und zwar erhielt er ein Monatsgehalt von 100 M. und einen Spesenzuschuß von 10 M. täglich. Von diesen Spesen sollte der Angeklagte nun große Geschäftstreuen nach Stettin, Pommern, Brandenburg usw. unternehmen, so daß, wie er vor Gericht erklärte, häufig das Fahrgeld allein mehr ausmachte, als die Spesen betragen. Auf eine Frage eines Zeugen erklärte der Angeklagte weiter, daß es sich um eine vornehme Firma handele, für die er nach außen hin repräsentieren mußte. Er sei gezwungen gewesen, sich anständig zu kleiden und habe auch stets in einem anständigen Hotel wohnen müssen, da er häufig von seinen Kunden, wohlhabenden Apothekenbesitzern, in seinem Hotel aufgesucht worden sei. Da er häufig sein Gehalt auf den Geschäftstouren habe angeben müssen, sei er schließlich gezwungen gewesen, die von ihm einfließenden Gelder anzugreifen. — Wie die Verhandlung ergab, hatte der Angeklagte das Recht, von den einfließenden Beträgen sein Gehalt und die Spesen in Abzug zu bringen, den Reinertrag mußte er sofort an die Firma einsenden. Obgleich nun der Angeklagte stets größere Beträge zurückbehielt, als er eigentlich durfte, und die überschüssigen Beträge an die Firma einbandte, wurde in den ganzen 6 1/2 Jahren, in denen er jene Summe unterschlug, hiervon nichts bemerkt. Erst im Juli d. J. stellte sich bei einer Revision durch die Treuhändergesellschaft ein Mangelbetrag von 20 000 M. heraus. Der Angeklagte gab sofort zu, daß er diese Summe während der 6 1/2 Jahre auf Reisen verbraucht habe, und zwar lediglich im Geschäftsinteresse. Die

entappt wird. Der Verfall hielt sich in mäßigen Grenzen. Die Hauptrollen wurden dem Direktor Silla, Otto Treptow, Marie Reichenhofer und Theresie Dela gewandt durchgeführt.

Notizen.

— Erich Schmidts Nachfolge an der Berliner Universität läßt sich für das neue Semester nicht erledigen. Keiner läßt sich finden, der die Ansprüche für diesen Posten, die nicht bloß in wissenschaftlicher Tauglichkeit bestehen, sondern auch in Eigenschaften, die mit der Wissenschaft nichts zu schaffen haben, voll befriedigen könnte. Erich Schmidt, das Repräsentationsgenie, hat die bestimmenden Instanzen verwöhnt. Damit nun sein Lehrstuhl nicht ganz verwaist bleibt, hat man den Honorer Privatdozenten Hermann Schneider kommissarisch herangezogen. — Theaterchronik. Das Marionettentheater Wanchener Künstler eröffnet sein jüngst in Aussicht gestelltes Gastspiel in Berlin bereits am 3. Oktober im großen Saale des Kunsthauses von Keller u. Meiner, Potsdamer Straße 118b, mit seinen „Paukspielen“. — Im Deutschen Theater findet am Sonnabend die Erstaufführung von Torquato Tasso statt. — Die Franziska-Aufführungen in den Kammertheatern des Deutschen Theaters sind ab dem 1. September verlängert worden, und zwar bis 20. d. M. Die nächste Premiere der Kammertheater, das neue Lustspiel von de Hertz und Caillabet findet infolge dessen erst Dienstag, den 30. September, statt. — Roiffis Vortragsabend. Alexander Roiffi wird bei seinem Vortragsabend am Freitag, den 28. September, abends 8 Uhr in der „Philharmonie“ die drei Gedichte des Barock-Zyklus, Gott und die Bajadere, den Klagegesang der edlen Frauen des Ksan Aga und Gedichte aus dem weltlichen Diban rezitieren sowie aus der Bibel Psalmen und die Bergpredigt und Märchen aus 1001 Nacht. — Der Seeweg nach Sibirien. Nach einer drahtlosen Meldung, die in Jugo, Amt Hammerfest, eintraf, nähert sich der norwegische Dampfer „Correia“ Norwegen mit einer wertvollen Ladung sibirischer Produkte vom Fluß Jenissei. Fridhof Kansen, der sich neuerdings die Erforschung des Seeweges nach Sibirien zur Aufgabe gemacht hat, hat das Schiff herausgekehrt, und der Leiter des Unternehmens, Orsted, begleitet es zurück nach Norwegen. — Die Wänschelente. Der deutsche Wänschelentenklub, der in Halle tagt, hat Probegänge veranstaltet. Bei einem solchen Gange wurde im Demierer Provinzialpark, dessen Gärten durch Wassermangel in Frage gestellt war, da alle Böhungen ergebnislos blieben, durch den Autengänger Baumkühnen-besitzer Rochme-Wänschel eine unterirdische Wasserader nachgemessen. Sofort vorgenommene Bohungen ergaben in 10 Meter Tiefe große Wassermengen, so daß der Wassermangel als dauernd beseitigt gelten kann. — Die Film-Notlage. Bei der Herstellung des Atlantisfilms in der Höhezeit haben vorübergehende Schiffe das Schwanken der Notlage während des gestrigen Schiffsbruchs für ein wirkliches Notzeichen gehalten und sind zur Hilfe herangeeilt. In Zukunft müssen die Film-Wimen eine Notlage benutzen, die ähnliche Merkmale ausschließt. Wenn sich der Atlantisfilm, der am 17. Oktober in Berlin zuerst gezeigt werden soll, rentiert, wird das Filmkapital sicherlich diese Notlage ausgiebig benutzen. An zahlreichen Küsten wird lustig in Schiffsbruch gemacht werden.

Ermittlungen ergaben auch nicht, daß der Angeklagte etwa spielte oder weitere oder sonstigen noblen Passionen huldigte. Er lebte im Gegenteil stets sehr einfach und bescheiden. — In der gestrigen Verhandlung befand sich der als Zeuge auftretende Geschäftsführer der Firma u. a., daß der Angeklagte ein sehr tüchtiger und bei den Kunden beliebter Reisender gewesen war und Aufträge von 100 000 bis 160 000 M. pro Jahr gebracht habe. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Rechtsanwalt Dr. Willi Behrer wies darauf hin, daß der Angeklagte doch unmöglich als Vertreter einer vornehmen Firma mit gewissen Stiefeln gehen und in Speulken übernachten konnte. Wenn er in den 6 1/2 Jahren 20 000 M. verbraucht habe, so bedeute dies pro Tag 10 M. und diesen Mehrbetrag habe der Angeklagte auf seinen Reisen offenbar im Interesse der Firma verbraucht. — Das Gericht schloß sich der Auffassung des Verteidigers an und kam zu einem sehr milden Urteil. Es wurde auf nur zwei Wochen Gefängnis erkannt; außerdem beschloß das Gericht aus eigenem Antriebe, den Angeklagten zur Begnadigung zu empfehlen.

Ist Turnen eine politische Versammlung?

Der Vorsitzende des Turnvereins zu Frankfurt a. O., der Tischler Friedrich Horn, war vom Schöffengericht zu 10 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er es gebildet hatte, daß an einem Turnabend des Vereins auch einige Personen unter 18 Jahren teilgenommen hätten. Das Schöffengericht Frankfurt a. O. hatte ohne weitere Beweisaufnahme erklärt, der Turnverein wäre politisch und das Turnen wäre die „Versammlung“ eines politischen Vereins, an welcher teilzunehmen nach § 17, Absatz 2, des Vereinsgesetzes Jugendlichen verboten wäre, und bei denen die Turnvereinsleiter Jugendliche nicht dulden dürften.

Bereits im Mai fand eine Verhandlung in der Berufungsinstanz bei dem Landgericht Frankfurt a. O. statt, und hier machte der Angeklagte durch seinen Verteidiger geltend, daß kein Beweis für einen politischen Charakter des Vereins erbracht wäre, und daß im übrigen auch das Turnen nicht als eine den Jugendlichen verschlossene Versammlung angesehen werden dürfte.

Darauf wurde verurteilt, damit die Staatsanwaltschaft erst noch Beweise für den politischen Charakter des Vereins beibringen könnte.

Dies gelang ihr nun nicht. Sie konnte weder beweisen, daß der Verein vorwiegend aus Sozialdemokraten bestünde, was ursprünglich angenommen war, noch daß bei irgendeiner Veranstaltung des Vereins politische Reden gehalten oder politische Nieder gesungen worden wären.

In der neuen Verhandlung am 17. September legte der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine aus Berlin, das Hauptgewicht darauf, daß, auch wenn der Verein politisch gewesen wäre, was er bestritt, die Teilnahme an dem Turnen nicht als „Versammlung“ anzusehen wäre. Der § 17 des Vereinsgesetzes verbiete nämlich nur die Teilnahme an „Versammlungen“ politischer Vereine. Nun habe sowohl das Kammergericht als das Obergerichtsgericht sich wiederholt auf den Standpunkt gestellt, daß das Vereinsgesetz unter „Versammlungen“ überhaupt nur Zusammenkünfte verstände, bei denen in Reden Gegenstände erörtert würden und dadurch auf die Zuhörer eingewirkt werden sollte. Besonders sei auch in dem Handwörterbuch der Preussischen Verwaltung des Präsidenten des Obergerichtsgerichts Dr. von Witter, ausdrücklich erklärt, daß Turnübungen nicht unter die Versammlungen nach dem Vereinsgesetz fielen. Daraus ergebe sich dann die Konsequenz, daß die Teilnahme am Turnen freistünde, auch wenn der Turnverein politisch wäre.

Der Verteidiger wies dann noch auf der Entstehungsgeschichte des Vereinsgesetzes nach, daß auch die Absicht der Mehrheit, welche die Beschränkung der Jugend in das Vereinsgesetz hineingebracht hätte, nur darauf ausgegangen wäre, Jugendlichen die Teilnahme an politischen Erörterungen abzusprechen. Endlich verwies der Verteidiger auf die Ausnahmebestimmung des § 17, wonach die Teilnahme an „geselligen Veranstaltungen“ politischer Vereine jugendlichen Personen freistünde. In solchen geselligen Veranstaltungen rechne selbst der durchaus im Polizeisinne abgefaßte Kommentar des Sächsischen Regierungsrates Adolph das Turnen.

Sowohl der Staatsanwalt als das Gericht konnten nicht umhin, dieser Auffassung beizutreten. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Haftpflicht der Stadt bei Glätte vor rüdtischen Gebäuden.

Jetzt, wo wir wieder den Tagen entgegengehen, in denen oft ganz überraschend der Frost eintritt und das Glätteis unsere Schritte unsicher macht, ist es angebracht, auf die Haftpflicht des Reichsgerichts hinzuweisen, die bei Vernachlässigung der Streupflicht den Hauseigentümer für haftpflichtig erklärt. Diese Haftpflicht beruht auf Polizeiverordnungen und der Auslegung, die das Reichsgericht allgemeinen Gesetzesbestimmungen über den Schutz des Rutenstehen gegeben hat. Der Streupflichtige kann zwar einen anderen mit dem Streuen beauftragen, doch muß er dann eine gewisse Kontrolle darüber üben, ob der andere seiner Verpflichtung pünktlich nachkommt. Wer diese Kontrollpflicht vernachlässigt, ist nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts ebenso haftpflichtig, als wenn er selbst durch Vernachlässigung des Streuens einen Unfall verursacht hat. Mit diesem Thema interessiert der nachstehend mitgeteilte Rechtsfall.

In Schmiedeberg i. N. kam am 17. Februar 1910 am Nachmittag gegen 5 1/2 Uhr der Barbier L. vor dem städtischen Armenhause infolge von Winterglätte zu Fall. Nach den getroffenen Feststellungen war zu dieser Zeit vor dem Armenhause nicht mit abtunpfendem Material gestreut gewesen, weil am Mittag Tauwetter geherrscht, der Armenvater aber nicht darauf geachtet hatte, daß nach 4 Uhr wieder Frost eingetreten und der Schnee mit dem Schmelzwasser gefroren war. L. hat gegen die Stadtgemeinde Schmiedeberg Klage erhoben und Erlass des erlittenen Schadens verlangt. Er macht zur Begründung seines Anspruches geltend, daß vor dem Armenhause schon mehrere Anfälle durch Glätte eingetreten seien, weil der Armenvater sehr oft nachlässig im Bekreuen des Bürgersteiges gewesen sei. Die beklagte Stadtgemeinde suchte sich dadurch zu entschuldigen, daß sie ausführt, mit der Bestellung des Armenvaters ihrer Pflicht genügt zu haben, die untergeordnete Tätigkeit des Streuens habe sie nicht überwachen brauchen.

Landgericht Hirschberg und Oberlandesgericht Breslau haben die Beflagte jedoch verurteilt, dem Kläger den durch den Unfall entstandenen Schaden zu ersetzen. Das Oberlandesgericht stellt in seinen Entscheidungsgründen fest, daß der beklagten Stadtgemeinde Schmiedeberg als Eigentümerin des Armenhauses die Streupflicht obgelegen habe und daß an jenem Nachmittag unbedingt hätte gestreut werden müssen. Der Armenvater hat sich jedoch um das Befrieren des Schmelzwassers nicht gekümmert, erst am Abend nach dem Unfall und nach besonderer Aufforderung hat er sich dazu bequemt, die Glätte zu beseitigen. Das Verschulden am Fortbestehen der Glätte trifft aber die Beflagte, weil sie den Armenvater nicht in bezug auf das Glätteis kontrolliert hat. Hätte sie ihrer Aufsichtspflicht genügt, so hätte es ihr nicht entgehen können, daß er die Streupflicht gar! vernachlässigt hat und dann hätte sie den Mangel leicht abstellen und den Unfall verhindern können. Wegen dieses Verschuldens in der Kontrolle haftet die Stadtgemeinde nach § 893 des Bürgerlichen Gesetzbuches für den entstandenen Schaden. — Das Reichsgericht hat diese Entscheidung gebilligt und die Revision der Beflagten als erfolglos zurückgewiesen.

Achtung! Genossen! Interessenten laden zu einer Besprechung am Sonntag, den 21. September, vormittags 10 1/2 Uhr, nach dem Restaurant Kaczorowsky, Ravenstr. 6, freundlichst ein Zentralverband proletarischer Freidenker.

Orts-Frankenkasse der Schuhmacher und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Orts-Frankenkasse Lichtenberg, Berlin-Lichtenberg.

Bekanntmachung. Durch Beschluß des Königl. Ober-Verwaltungsamtes Groß-Berlin vom 30. August 1913 wird die Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen und gehören die Betriebe sowie die Versicherer vom 1. Januar 1914 der Allgemeinen Orts-Frankenkasse der Stadt Berlin an. Wir bringen dies gemäß § 301 der Reichsversicherungsordnung zur öffentlichen Kenntnis und fordern alle Gläubiger auf, binnen drei Monaten nach der Bekanntmachung ihre Forderungen anzumelden. Die Befriedigung später einlaufender Forderungen kann verweigert werden. Die Wahlen zum Ausschuss finden am 28. September d. J. statt und verweisen wir auf die Bekanntmachung der Allgemeinen Orts-Frankenkasse vom 23. August 1913. Der Vorstand, Adolf Henbig, Vorsitzender.

Bekanntmachung. Laut Beschluß des Königl. Ober-Verwaltungsamtes Groß-Berlin vom 30. August d. J. wird die Orts-Frankenkasse Lichtenberg am 31. Dezember 1913 geschlossen. Gemäß § 301 der Reichsversicherungsordnung bringen wir dies mit dem ausdrücklichen Hinweis zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Gläubiger ihre Ansprüche innerhalb drei Monaten, vom heutigen Tage ab gerechnet, im Kaszennotat, Kaszennotat 40/41, schriftlich geltend zu machen haben. Die Befriedigung später einlaufender Forderungen kann verweigert werden. Berlin-Lichtenberg, den 21. September 1913. Der Vorstand, K. K. D. Seifert, Vorsitzender.

Orts-Frankenkasse der Handschuhmacher und verwandten Berufe.

Orts-Frankenkasse der Stellmacher zu Berlin.

Bekanntmachung. Durch Beschluß des Königl. Ober-Verwaltungsamtes Groß-Berlin vom 30. August d. J. wird die Kasse am 31. Dezember d. J. geschlossen. Vom 1. Januar 1914 gehören die Betriebe und Mitglieder unserer Kasse der Allgemeinen Orts-Frankenkasse der Stadt Berlin an. Wir machen gemäß § 301 der Reichsversicherungsordnung bekannt, daß Gläubiger der Kasse ihre Ansprüche an dieselbe, vom Tage der Bekanntmachung ab, innerhalb drei Monaten im Kaszennotat geltend zu machen haben. Spätere Ansprüche können verweigert werden. Die Wahlen zum Ausschuss finden am 28. September statt und verweisen wir auf die von der Allgemeinen Orts-Frankenkasse erlassenen Bekanntmachungen. Der Vorstand, Gustav Schmidt, Vorsitzender.

Bekanntmachung. Durch Beschluß des Königl. Ober-Verwaltungsamtes Groß-Berlin vom 30. August 1913 wird die Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen und gehören die Betriebe sowie die Versicherer vom 1. Januar 1914 der Allgemeinen Orts-Frankenkasse der Stadt Berlin an. Wir bringen dies gemäß § 301 der Reichsversicherungsordnung zur öffentlichen Kenntnis und fordern alle Gläubiger auf, binnen drei Monaten nach der Bekanntmachung ihre Forderungen anzumelden. Die Befriedigung später einlaufender Forderungen kann verweigert werden. Die Wahlen zum Ausschuss finden am 28. September d. J. statt und verweisen wir auf die Bekanntmachung der Allgemeinen Orts-Frankenkasse vom 23. August 1913. Der Vorstand, Franz Henke, Vorsitzender.

Orts-Frankenkasse der Drechsler u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Orts-Frankenkasse der Dachdecker zu Berlin.

Bekanntmachung. Durch Beschluß des Königl. Ober-Verwaltungsamtes Groß-Berlin vom 30. August 1913 wird die Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen und gehören die Betriebe sowie die Versicherer vom 1. Januar 1914 der Allgemeinen Orts-Frankenkasse der Stadt Berlin an. Wir bringen dies gemäß § 301 der Reichsversicherungsordnung zur öffentlichen Kenntnis und fordern alle Gläubiger auf, binnen drei Monaten nach der Bekanntmachung ihre Forderungen anzumelden. Die Befriedigung später einlaufender Forderungen kann verweigert werden. Die Wahlen zum Ausschuss finden am 28. September d. J. statt und verweisen wir auf die Bekanntmachung der Allgemeinen Orts-Frankenkasse vom 23. August 1913. Der Vorstand, J. K. Gustav Tiedt, Vorsitzender.

Bekanntmachung. Laut Beschluß des Königl. Ober-Verwaltungsamtes Groß-Berlin vom 30. August 1913 wird die Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen und gehören die Betriebe sowie die Versicherer vom 1. Januar 1914 der Allgemeinen Orts-Frankenkasse der Stadt Berlin an. Wir bringen dies gemäß § 301 der Reichsversicherungsordnung zur öffentlichen Kenntnis und fordern alle Gläubiger auf, binnen drei Monaten nach der Bekanntmachung ihre Forderungen anzumelden. Die Befriedigung später einlaufender Forderungen kann verweigert werden. Die Wahlen zum Ausschuss finden am 28. September d. J. statt und verweisen wir auf die Bekanntmachung der Allgemeinen Orts-Frankenkasse vom 23. August 1913. Berlin, den 19. September 1913. Der Vorstand, J. K. Jos. Hornemann, I. Vorsitzender.

Orts-Frankenkasse der Uhrmacher zu Berlin.

Lombard-Haus H. Graff, Leipziger Str. 75 Brillanten Uhren Goldwaren 25-50% unter Ladenpreis. Von der Reise zurück. J. Kallmann, Südeke's Nachf. Zahnoperationen mit Brill. Behandlung für Kaszennotat auf Wunsch ohne Kaszennotat. Sprechst. 8-8. Bitte dat. 1. u. 11. Eckh. Kaiser-Wilhelm-Str. 19 befindet.

Da die Orts-Frankenkasse der Uhrmacher zu Berlin am 31. Dezember 1913 geschlossen wird, gehören die Mitglieder vom 1. Januar 1914 der Allgemeinen Orts-Frankenkasse der Stadt Berlin an. Die Wahlen zum Ausschuss, welcher an Stelle der jetzigen Generalversammlung tritt, finden am Sonntag, 28. September 1913 statt, und zwar für die Arbeitgeber von 8-2, für die Arbeitnehmer von 8-6 Uhr. (Näheres ist aus den Bekanntmachungen der Allgemeinen Orts-Frankenkasse vom 23. September 1913 ersichtlich.) Die Ausstellung von Wahlkarten findet täglich in den Kaszennotaten statt und wird rege Wahlbeteiligung empfohlen. Gemäß § 301 R.-V.-D. machen wir hiermit bekannt, daß etwaige Gläubiger ihre Ansprüche innerhalb drei Monaten im Kaszennotat geltend zu machen haben. Die Befriedigung später eingehender Forderungen kann verweigert werden. Berlin, den 18. September 1913. 276/3 Der Vorstand, Gustav Lausch, Vorsitzender, Robert Draßler, Schriftführer.

Roland-Säle Eisenstr. 26 Telefon: Norden 8224. Empfiehlt zwei Leisale und Vereinstimmer zu kulantem Bedingungen. Hermann Zornick.

Knabenanzüge Hüter, Paletots, einzelne Hüter am breiten erschießen direkt in der Fabrik Bertha Pröstel 50, Hindenburgstr. 50, I. Eing. Kein Laden.

Abessimier-Brunnen zum Selbststellen für 3 m Tiefe schon v. 12 M. an. Colpumpen, Garten- und Trümpumpen usw. 5 Jahre Garantie. Illustrierte Preisliste gratis. Koblenz & Co., Pumpenfabrik, Berlin N. Reinickendorfer Str. 95. Obst- und Gemüse-Allgem. Zeitung Heideberg. Upantbehrlich für Händler und Produzenten. Probenammern gratis. Jährlich 2.- Mark. 2302*

Stuhlflächrohr das beste in Berlin, preiswert, alle Qualitäten, bei C. Kramer & Co., Wallstr. 25. Stuhlrohrlager. Köln Löhren, Hof roobeln.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung in den Germania-Prachtsälen, Chausseest. 110.

Tagesordnung:

Die Geburteneinschränkung.

Referentin: Genossin Luise Zietz. Korreferent: Genosse Dr. Alfred Bernstein.

Unsere Genossinnen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

220/6*

Sozialdemokratischer Wahlverein für d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis

Mittwoch, den 24. September 1913, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysium“, Landsberger Allee 40/41:

Öffentliche Viertels-Versammlung.

Auf der Tagesordnung steht ein

demonstrativer Vortrag

des Herrn Direktors Puli über: Feuerbestattung.

Diskussion.

217/12

Die Viertelsleitung. Paul Neus, Vorsitz. 11.

Deutscher Händler-Verband.

Die Bezirksversammlungen der Verwaltungsstelle Berlin finden an folgenden Tagen statt:

- Bezirk 1: Mittwoch, den 24. September, bei Böhm, Niesenstr. 12.
- 2: Jeden Mittwoch nach dem 15. d. Mts. bei Belsch, Pappelallee 80.
- 3: Donnerstag, den 25. September, bei Kirsch, Petersburger Str. 81.
- 4: Donnerstag, den 25. September, bei Ende, Lützener Str. 21.
- 5: Mittwoch, den 24. September, bei Dabig, Jagelbergerstr. 55.
- 6: Sonntag, den 21. September, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Wolf, Stromstr. 23.
- 7: Donnerstag, den 25. September, bei Götting, Prenzlauer Str. 29.
- Schöneberg: Sonntag, den 21. September, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Sander, Feuerstr. 8.
- Lichtenberg: Mittwoch, den 24. September, bei Knippel, Neue Bahnhofsstr. 20.

Die Versammlungen beginnen, wenn nichts anderes angegeben, abends 8 1/2 Uhr.

Warttheller, Gaullerer, Straßenhändler sowie sonstige Kleinwerkbetreibende sind zu diesen Versammlungen hierdurch freundlichst eingeladen. Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider.

Filiale Berlin.

Bureau: Sebottianstr. 37/38. Teleph.: Amt Marienplatz 9737. Arbeitsnachweis: Roschstr. 7. Teleph.: Amt Königsplatz 6784.

Achtung! Achtung!

Mitglieder aller Branchen! Agitations-Versammlungen Herrenmaßbranche.

Drei öffentl. Versammlungen

Dienstag, den 23. September, in den Prachtsälen des Westend, Spichernstr. 3.

Mittwoch, den 24. September in der Branerei Friedrichshain, Am Friedrichshain.

Mittwoch, den 1. Oktober, in den Arminushallen, Bremer Str. 72/73. Anfang abends 8 1/2 Uhr.

Herrenkonfektion.

Eine öffentliche Versammlung der Herren- und Stapelkonfektionsschneider, Schneiderinnen und Zuschneider

Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, in der Branerei Königsplatz, Schönhauser Allee 10/11.

Damen- und Musterkonfektion.

Vier öffentl. Versammlungen der Damenkonfektionsschneider und -Schneiderinnen.

Ostern: Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, in der Niedel-Branerei, Frankfurter Allee 53.

Wedding: Dienstag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolberger Str. 23.

Norden: Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Puhlmann, Schönhauser Allee 148.

Neukölln, Südost: Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Hohenhausensälen, Rothbühlstr. 76.

Kostümschneider und -Schneiderinnen sowie Muster- und Damenkonfektion für die Zentrums-Geschäfte.

Dienstag, den 30. September, abends 8 Uhr, in den Arminushallen, Rommandantenstr. 58/59.

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Lohn- u. Tarifpolitik im Schneidergewerbe

Referenten sind die Kollegen:

Johann Kufke, Rahn, And Klein, Nürnberg und Bloog, Leipzig.

Es ist Pflicht jedes Kollegen, für guten Besuch dieser Versammlungen zu sorgen.

Die Kommissionen.

164/16



Verein der Freidenker für Feuerbestattung.

Gegründet 1905.

Berlin.

Gegründet 1905.

Montag, 22. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

Mitglieder-Versammlung.

Gäste willkommen!

227/5

Der Vorstand. J. u. W. Lehmann.

Bekanntmachung

bereitend die Wahlen der Vertreter und Erasmänner zum Ausschuss der Allgemeinen Orts-Krankenkasse

Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin.

Gemäß § 8 der Wahlordnung geben wir den beteiligten Arbeitgebern und Versicherten hiermit bekannt, dass folgende Wahlvorschläge eingegangen sind und nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsnummern versehen worden sind.

I. Arbeitgeber:

Wahlvorschlag Nr. 1. Liste der vereinigten Arbeitgeber, beginnend mit dem Namen Max Simon, erster Unterzeichner Arnold Obersky.

II. Versicherte.

Wahlvorschlag Nr. 1. Liste der freien Gewerkschaften und Angestellten Berlins, beginnend mit dem Namen Joh. Plum, erster Unterzeichner Wilhelm Bräuning.

Wahlvorschlag Nr. 2. Liste des Verbandes der deutschen Gewerkschaften, beginnend mit dem Namen Friedrich Brandt, erster Unterzeichner Emil Simon.

Wahlvorschlag Nr. 3. Liste des Wahl-Ausschusses der katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins, beginnend mit dem Namen Michael Schmitz, erster Unterzeichner Kasimir Podrybinski.

Wahlvorschlag Nr. 4. Liste der Berliner Geschäftsbüro- und Pädervereinigung, freie unabhängige Berufsorganisation, beginnend mit dem Namen Ernst Rauke, erster Unterzeichner Ernst Rauke.

Die Wahlvorschläge werden den Beteiligten bis zum 27. September cr. auf Wunsch im Kassenlokal Köpenicker Straße 80/82 werktäglich von 8-2 Uhr und 5-7 Uhr zur Einsicht vorgelegt.

Da von Seiten der Arbeitgeber nur ein Wahlvorschlag eingegangen ist, so gelten nach § 9 der Wahlordnung die Vorschläge als gemählt. Die Arbeitgeber brauchen somit am 28. September cr. nicht zu wählen.

Einwendungen gegen die Gültigkeit der Wahl der Arbeitgeber sind bis zum 5. Oktober cr. bei dem unterzeichneten Vorstand oder beim Verbandsamt der Stadt Berlin, Abteilung für Kranken- und Unfallversicherung, anzubringen.

Berlin, den 21. September 1913.

Allgemeine Ortskrankenkasse zu Berlin.

Der Vorstand.

W. Viehl, Vorsitzender.

DR. v. M. G. - an Petershagen

ca. 7 Min. v. Bahnh. Fredersdorf, Kostenfreie Auskunft b. u. Vertreter Pablo i. u. Verkaufspavillon a. Bahnh. Fredersdorf.

Nischel & Nitsche Berlin, Neue Königstr. 16

Teleph.-Amt: Königspl. 6578.

Bekanntmachung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Brig.

Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, findet die

Außerordentliche General-Versammlung

der Vertreter der Herren Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Restaurant „A. Radatz“, Berlin, Brig. Chausseest. 33, statt.

Tagesordnung:

1. Nachmalige Beschlußfassung über die vom Königlichen Oberverwaltungsamt zur Abänderung zurückgeleitete Satzung der Kasse.
2. Beschlußfassung betreffend Dienstordnung der Kassangehörigen.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

W. Bouthmann, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Berlin-Stralau

Bekanntmachung.

Durch Beschluß des Königlichen Oberverwaltungsamts Groß-Berlin vom 30. August 1913 wird die Ortskrankenkasse für den Gemeindebezirk Berlin-Stralau mit dem 31. Dezember 1913 geschlossen, nachdem die Zulassung der Kasse rechtskräftig verweigert worden ist.

Wir machen dies gemäß § 301 der Reichsversicherungsordnung hierdurch öffentlich bekannt mit dem Hinweis darauf, daß die Befriedigung von Gläubigern, welche ihre Forderungen an die Kasse nicht binnen drei Monaten nach dieser Bekanntmachung angemeldet haben, verweigert werden kann.

Für Ansprüche aus der Versicherung gilt diese Bestimmung nicht. Ferner geben wir bekannt, daß Arbeitgeber und Versicherte unserer Kasse mit dem 1. Januar 1914 zur Ortskrankenkasse Niederbarnim gehören.

Die Wahlen zu dem Ausschuss dieser Kasse werden demnächst vorgenommen werden, wozu noch nähere Bekanntmachungen erfolgen.

Berlin-Stralau, 19. September 1913.

Der Vorstand

der Ortskrankenkasse für den Gemeindebezirk Berlin-Stralau. gez. J. Gebert, 1. Vorsitzender.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Melchiorstr. 28, hart. Filiale Berlin. Arbeitsnachw.: Räderstr. 9

Teleph.: Amt Marienplatz 4787. Fernspr.: Amt Norden 6708

Wir machen unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß am 28. September die Ausschusswahlen für die Allgemeine Ortskrankenkasse stattfinden und daß es unbedingt notwendig ist, daß alle Kollegen, die bei Berliner Firmen in Arbeit stehen, sich an der Wahl beteiligen.

Die Fragehefte müssen aus dem Verbandsbureau abgeholt werden, ausgefüllt und vom Arbeitgeber bestätigt werden. Mit diesem Schein gehen die Kollegen nach der Ortskrankenkasse der Maler, Schielerstr. 5 und erhalten dort die Legimationskarten. Die Kasse ist zu diesem Zweck auch nachmittags von 5-7 Uhr geöffnet. Die Kollegen, die nicht in der Lage sind dort hingehen zu können, können sich an das Verbandsbureau wenden.

Wir ersuchen die Kollegen, sich unter allen Umständen an der Wahl zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung.

Dienstag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr: Bezirks-Versammlungen der Lackierer

in folgenden Lokalen:

Norden: bei Neumann, Gleimstr. 70.

Westen: bei Thunack, Charlottenburg, Wielandstr. 4.

Osten: bei Thimm, Wilmstr. 79.

Süd-Osten: bei Nord-Westen: bei Poersch, Oldenburger Str. 10.

Süd-Osten: bei Miz, Stallher Straße 89c.

Wedding: bei Gutshof, Raxstr. 7.

Süden: bei Ruffner, Urbanstr. 98.

Tagesordnung:

1. Der Ablauf der Tarifverträge im nächsten Jahre.
2. Verbandsangelegenheiten.

Die Kollegen werden dringend ersucht, sämtlich in diesen Versammlungen zu erscheinen.

Die Sektionsleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1289, 9714.

Achtung! Metallarbeiter Tempelhofs!

Dienstag, den 23. Septbr. 1913, nachm. 8 1/2 Uhr, im Wilhelmögarten, Tempelhof, Berliner Str. 9:

Versammlung aller Metallarbeiter

Tagesordnung:

Vortrag: „Die Reichsversicherungsordnung und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft.“

Dienstag, den 23. Septbr., abends 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

Große Versammlung der Metallarbeiter Berlins u. Umgeg.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen: Bautischler

Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Bocker, Webersstr. 17.

Tagesordnung:

1. Unser Tarif in der jetzigen Konjunktur. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Schirmnäherinnen! Schirmmacher!

Montag, den 22. September, abends 8 Uhr, im Lokale von Knörig, An der Stralauer Brücke 3.

Tagesordnung:

1. Die Lage der Schirmnäherinnen und Schirmmacher in Berlin und Umgegend. Referent: M. König. 2. Diskussion.

Berlin, den 21. September 1913.

Bergolder

Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15 (Saal 1 u. 2).

Tagesordnung:

1. Die Volkssicherung und die Schäden der privaten Versicherung. Referent: Kollege Wilh. Nitschke. 2. Verbandsangelegenheiten.

Korbmacher

Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Wollschlager, Halberstr. 20.

Tagesordnung:

1. Dreißig Jahre Ortskrankenkasse der Korbmacher und ihre Auflösung. Referent: Kollege Schwedler. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Jalousiearbeiter

Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Anton Bocker, Webersstr. 17.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Langhammer: „Die bürgerliche und proletarische Jugendbewegung.“ 2. Berichte und Branchenangelegenheiten.

Sargtischler

Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Michaelsock, Petersburger Str. 84.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kol. Klaber über Feuerbestattung. 2. Branchenangelegenheiten.

Maschinenarbeiter

Mittwoch, den 24. September, abends 8 Uhr, bei Bocker, Webersstraße 17:

Versammlung aller in Schneidmühlen, Leisten- und Holzbearbeitungsfabriken beschäft. Maschinenarbeiter.

Tagesordnung:

Die Ausschusswahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Stellmacher

Donnerstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen R. Leopold über: „Neue Streitfragen in der Arbeiterbewegung.“ 2. Bericht von der Generalversammlung.

Donnerstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Bocker, Webersstr. 17:

Kombinierte Versammlung der Kontrollkommission mit der Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Milch in bester Qualität liefert pünktlich an Werkstätten und Privats. August Steinke, Markgrafenastraße 7.

Einige Beispiele

über unsere jetzigen fabelhaft billigen Preise:

Herren-Anzüge aus englisch gemusterten Cheviot- und Kammgarnstoffen in bester Ausführung von M. **7⁵⁰** an

Herren-Ulster und -Paletots aus den modernsten solidesten Stoffen, chic verarbeitet von M. **10⁰⁰** an

Herren-Beinkleider aus Buckskin, Cheviot und kammgarnartigen Stoffen, guter Schnitt von M. **1⁵⁰** an

Jünglings-Ulster und Anzüge, für das Alter von 15-22 Jahren, in allen Stoffarten und Formen, tadellos passend von M. **7⁰⁰** an

Jünglings-Anzüge und Ulster, auch Pyjaks, für das Alter von 9-14 Jahren, in allen Ausführungen von M. **4⁰⁰** an

Knaben-Anzüge für das Alter von 3-8 Jahren, in allen Stoffarten und Formen
 Norfolk-Fasson | Prinz Heinrich | Blumen-Form
 von M. **2⁰⁰** an | von M. **4⁰⁰** an | von M. **2⁰⁰** an

Loden-Pelerinen aus haltbarem Strichloden, mit Kapuze und Armhalter
 70 bis 90 cm lang | 95 bis 115 cm lang | 120 bis 135 cm lang
 von M. **2¹⁰** an | von M. **3⁰⁰** an | von M. **4⁰⁰** an

Gummi-Mäntel beste deutsche u. englische Fabrikate, u. a. Continental, Hannover, in allen Formen und Farben .. von M. **7⁰⁰** an

Loden-Joppen halbschwer und warm gefüttert, in grosser Auswahl
 für Herren: | für Jünglinge: | für Knaben
 von M. **3⁵⁰** an | von M. **3⁰⁰** an | von M. **2⁰⁰** an

Vertriebs-Gesellschaft für Herren- und Knaben-Bekleidung m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1
 Ecke Weinmeister- und Münzstrasse

Sonntags geöffnet
 von 8-10 Uhr

An Wiederverkäufer wird
 keine Ware abgeben

Kottbuser Damm 72
 — Neukölln, Ecke Lenastrasse —

Die Kunst,

vorteilhaft zu kaufen, besteht in der Wahl der wirklich richtigen Quelle, ohne sich durch Scheinangebote beirren zu lassen.

Aber ein sorgsames Vergleichen von Stoffen und Fassons mit ihren Preisen wird Ihnen ein sicherer Wegweiser sein, um die richtige Einkaufsquelle zu finden.

Und als unumstössliche Wahrheit wird sich ergeben, dass nur ein grosses Spezial-Geschäft fähig ist, Sie wirklich vorteilhaft zu bedienen, — ein Geschäft, das die Riesenumsätze — die ungewöhnlich niedrige Kalkulation — die realen Geschäftsprinzipien hat,

— wie das unsere!

Königstrasse 33
 am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113
 Ecke Invaliden-Strasse



Eine interessante Fassung aus vorzüglichem Phantasie-Stoff, gut verarbeitet

28²⁵

Der neue Schnitt mit Kimono-Aermel aus den beliebtesten unifarbene Stoffen mit Samtkragen u. schönen Stoffschlössern

31⁷⁵

Ein typisch modernes Kostüm aus hübschen Phantasie-Stoffen, mit sehr reichen Verzierungen

37⁵⁰

SONNTAGS

Geöffnet 8-8
 Sonntags 8-10

Moebel-Boebel

Gegründet 1870
 Musterbuch gratis



Name gesetzlich geschützt

Berlin S
 Oranienstrasse 58
 (Moritzplatz)

Kein Laden! Verkauf nur im Fabrikgebäude

Spezialität:
Ein- u. Zwei-Zimmer-Einrichtungen

Eigene Werkstätten
 0 Etagen
 Frachtfrei durch ganz Deutschland
 5 Jahre Garantie



Schlafzimmer, echt Eiche, gewachst M. 326.-

1 Ankleideschrank u. Spiegel, M. 100.- | 1 Waschkommode u. Marmor, M. 40.- | 2 Nachtsch. u. Marmor, M. 40.-
 2 Bettstellen à M. 52.- M. 104.- | 1 Nachtspiegel M. 24.- | 2 Stühle à M. 6.- M. 12.-
 Umbau extra M. 60.-

Wohn- und Speisezimmer, Eiche gebeizt M. 341.-

1 Büfett M. 100.- | 1 Tisch u. 4 Stühle M. 45.- | 1 Sofa u. Moquette M. 75.-
 1 Anrichtentisch M. 17.- | 4 Stühle à M. 9.- M. 36.- | 1 Umbau extra M. 65.-
 Standuhr extra M. 50.-

Montag, den 22. September: Frauen-Leseabend.

Partei-Angelegenheiten.

Partei-Wahlkreis. Zu dem heute, Sonntag nachmittag 3 Uhr, in der Treptow-Sternwarte stattfindenden Bildvortrag über „Scotts Reise nach dem Südpol“ sind noch Billets à 30 Pf. am Eingang der Sternwarte zu haben.

Am Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Elysium“, Landsberger Allee 40/41, eine öffentliche Viertelsversammlung statt, in der Herr Direktor Pauli einen „Demonstrationsvortrag über Feuerbestattung“ halten wird.

Reutlin. Des Leseabends wegen findet der zweite Vortrag des Kurjus: Ursachen und treibende Kräfte der Entwicklung. Vortragender Genosse D. Baegge, am Dienstag, den 23. September, abends pünktlich 8 1/2 Uhr statt. Das Thema dieses Abends lautet: Die vorgeburtliche Entwicklung und der Stammbaum der Tiere.

Karten à 30 Pf. sind noch in größerer Anzahl vorhanden; wir bitten die Genossen und Genossinnen, dieselben am Eingang des Vortragssaals, Parfads Festale, Hermannstr. 49, entnehmen zu wollen. Der Bildungsausschuss.

Schöneberg. Eine außerordentliche Wohlvereinsversammlung findet am Dienstag, den 23. d. M., abends 8 Uhr, in den „Neuen Mathausfälen“, Meiningstr. 8, statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. Referent Genosse E. Döbft. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten. 4. Verschiedenes.

Lichtenberg. Dienstag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr: außerordentliche Generalversammlung im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee. Tagesordnung: 1. Berichtersattung vom Parteitag. Referent Stadtverordneter Gen. Jassle. 2. Stellungnahme zur Frage der Landtagitation. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Treptow-Baumfchulenweg. Am Dienstag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Friedrich Kubat, Restaurant „Zum Parkschloß“, Am Treptower Park 66, 67e Vorstraße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Jenaer Parteitag, Diskussion und Verschiedenes.

Brit-Budow. Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in Beckers Gesellschaftshaus, Chausseest. 97. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag, Referent Genosse Hof. Verschiedenes.

Lanow. Am Mittwoch, den 24. September, bei Schulz, Mühlenstr. 21: Generalversammlung des Wahlvereins.

Tempelhof. Der Vortragskursus „Aus der Geschichte des Sozialismus“ (Referent Genosse E. Eichhorn) wird am Montag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Bilhelmgarten“, Berliner Straße 49, fortgesetzt. Der Schlussvortrag findet am 25. dieses Monats statt.

Reinickendorf-West. Heute, Sonntagvormittag 8 1/2 Uhr, Flug-Mattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Dienstag, den 23. d. M., abends 8 Uhr: Volksversammlung im Lokal von Karl Weber, Schornsteinerstr. 101. Tagesordnung: Kirche und Arbeiterschaft. Genossen, agitiert für den Besuch der Versammlung!

Berliner Nachrichten.

Nach Hohenbinde!

In der alten Spree, fern dem Lärm der Großstadt, liegt die Kolonie Hohenbinde, wenigen nur bekannt und doch einer der schönsten Ausflugsorte in Berlins näherer Umgebung. Wir haben uns ein Motorboot gemietet und verlassen mit demselben gegen 8 Uhr morgens Berlin. In ziemlich schneller Fahrt passieren wir Treptow, Grünau und die alte Stadt Cöpenick. Noch eine kurze Strecke und vor uns liegt die blendende Fläche des Müggelsees. Vollständig atmen unsere verstaubten Großstadtlungen die köstliche Luft und unser Auge erfreut sich während der Ueberfahrt an dem schönen märkischen Landschaftsbilde. Nach Verlassen des Müggelsees strebt unser Boot stromaufwärts dem Dämmersee zu, den wir in kurzer Zeit erreichen. Wer nicht von Berlin aus direkt ein Boot benutzt, kann in Erkner eines der dort umweilt des Bahnhofs liegenden Fährboote besteigen. An der Villenkolonie Hohenwinkel vorüber gelangen wir von hier aus nach einer scharfen Kurve in die alte Spree. Tiefe Ruhe umgibt uns. Infolge des niedrigen Wasserstandes ist dieser Spreearm für größere Fahrzeuge nicht schiffbar, und auch Ruder- und Motorboote begegnen uns nur noch selten. Unser Boot folgt den malerischen Bindungen der Spree, passiert das am rechten Ufer liegende Dorf Neu-Zittau und in nicht allzu weiter Entfernung erblicken wir das terrassenartig aufgebaute Restaurant „Zum Gutenberg“ in Hohenbinde. Es ist unser Ziel, und nach kurzer Zeit legt unser Boot an. Mittlerweile ist es Mittag geworden und bald stärken wir uns an dem nach der Fahrt ganz trefflich mündenden Mittagessen. Den Nachmittag kann jeder nach seinem Geschmack ausnützen. Wer gern badet, findet dazu unweit des Lokals prächtige Gelegenheit, während für den Ruhebedürftigen der nahe Wald wie geschaffen ist. Viel zu schnell für alle schlägt die Uhr ab. Wer noch Lust zum Wandern hat, kann den Weg nach Erkner einschlagen, der durch herrliches Waldgebiet führt, und dann von dort aus nach Berlin mit der Bahn zurückkehren. Wir besteigen jedoch unser Boot und fahren heimwärts mit dem Bewußtsein, einen selten genussreichen Tag verlebt zu haben.

Die Tanzmaschine.

Rein Schwager, der die Joseph, erklärt immer, das Tanzen würde ihm an sich gefallen, wenn nur das Verfl. Herumdrehen nicht wäre. Wer Joseph kennt, wird das begreifen. Denn wenn er sich selbst herumdrehet, muß er auch den Bauch mitdrehen und der hat so seine 75 Kilo Schlachtgewicht. Daneben kommen die wirklich nicht zu dünn geratenen Extremitäten und das rundliche Köpfchen gar nicht mehr in Betracht. Jetzt winkt allen tanztrendigen Diden Erlösung aus ihrer Qual. Das Zeitalter der Maschine enthebt sie der Notwendigkeit, ein so herrliches Vergnügen wie den Tanz durch überflüssige Kraftverwendung zu entweihen. Warum auch nicht? Wenn die Maschine dem Menschen die Fähigkeit verleiht, 200 Kilometer in der Stunde zu überwinden, wenn sie ihn, den Flügellosen, zu den Wolken emporhebt, warum soll sie ihm nicht die Last des Tanzes abnehmen und allein seine Lust übrig lassen? Und wahrhaftig: In der Vossstraße in Berlin, im zweiten Hause von der

Friedrichstraße, allen Vergnügungssüchtigen so recht vor der Nase, haben sie in einem schmutzen Saale eine Tanzmaschine aufgestellt! Sie nennen das Ding: „Roulette de danse“. Gestern abend ist die Sache den Berlinern und Berlins Besuchern zugänglich gemacht worden, nachdem am Freitag vor den Pressevertretern ein Probetrieb stattfand. Die Direktion des Unternehmens spekuliert mit viel Geschick auf den Zulauf aller derer, die schon verdrückt sind oder die es durchaus werden wollen. Kommt jemand noch ganz vernünftig nach dem „Roulette de danse“, so sieht er zunächst nur als Tanzboden eine Einrichtung ähnlich der Manege eines Zirkus, aber mit einem glattgewichteten Parkett statt des Sandes. Harmlos betritt er durch eine Tür das Innere des abgegrenzten Raumes und fliegt bald nach den Klängen eines brillanten Orchesters mit einer jungen Dame im Tanze herum. Auf einmal wird ihm so anders, so sonderlich. Er hält mit seinen Bewegungen inne; aber um ihn säwingt sich jetzt ruhig weiter freudig der Saal, schwingen die Musiker auf ihrem Orchesterisch, schwingen die Logen, das Büfett und alle die lachenden und schwabenden Menschen an den Tischen rings herum. Jede Bewegung macht die Sache komplizierter. Jetzt hört man den Motor summen, immer rascher fliegt alles im Kreise herum. Lachend fliehen die letzten Paare aus der Mitte des Rauberkreises nach der Barriere, nach den dort aufgestellten Polsterbänken; aber auch diese sind dem allgemeinen Tumult verfallen und kreisen vollbelebt lebhaft im Saale, bis mit dem Aufhören der Musik die Bewegung sich legt. Beim Probetanz am Freitag zeigten die Damen, wie immer, am meisten Courage. Wie auf dem Standesamt drängten sie mutig nach vorn, während die Herren eine vorsichtige Zurückhaltung beobachteten, bis einige der Jüngeren durch den Damenflor auf dem Roulette ins Innere gelockt wurden. Schließlich mußten aber auch die Stuhlsten zugeben, daß Berlin bei Nacht für den kommenden Winter um eine Sensation bereichert sei.

Das Westhafen-Projekt.

Im Stadtverordneten-Sitzungssaal fand am Sonnabend eine erweiterte Sitzung der Hafendeputation statt, zu welcher die Spitzen der Industrie und des Handels als Sachverständige bzw. Berater eingeladen waren. Etwa 70 Herren aus allen Branchen hatten der Einladung Folge geleistet.

Geheimer Raurat Krause gab an Hand erläuternder Zeichnungen ein großzügiges Bild des zu errichtenden Westhafens, aus welchem zu entnehmen ist, daß der projektierte Hafen zunächst drei Speicher auf der Speicherinsel vorsieht, nämlich einen Warenspeicher mit 3100 Quadratmeter bebauter Fläche, einen Getreidespeicher von gleicher Abmessungen und dritten einen Hohlkammer mit 4000 Quadratmeter bebauter Grundfläche. Es ist ferner noch Platz für weitere drei Speicher und für die zweite Hälfte des Hohlkammers vorgesehen. In sonstigen Betriebsgebäuden sind geplant: 1 vierstöckiges Verwaltungsgebäude, 1 Arbeiterkantine, 1 elektrische Umformstation nebst Werkstatt und Arbeiterbad und endlich 1 Lokomotivschuppen und 2 Handwerksgebäude.

Au Fördermitteln sind vorgesehen: 18 elektrisch betriebene Vortalkrane, 1 Schwerkraftkran von 30 Tonnen Traglast und 2 Kohlenlöschvorrichtungen.

Aus dem Fassungsvermögen der Lagergebäude und Freidachplätze errechnet sich eine Leistungsfähigkeit des Hafens von rund 1 600 000 Tonnen im Jahre.

Die Gesamtkosten sind auf 35 Millionen Mark veranschlagt. Aus der Versammlung wurden zum Teil schwerwiegende Bedenken gegen die Rentabilität des projektierten Hafens erhoben. Man wies darauf hin, daß große Firmen wie Thyssen, Siemens u. Schuckert u. a. m. ihre eigenen Hafenanlagen besitzen, daß außerdem die vielen Privatlagerhäuser sehr starke Konkurrenz befürchten lassen usw. Demgegenüber wies Geheimerat Krause darauf hin, daß seit 1880 Verhandlungen mit der Kaufmannschaft stattgefunden, welche die Errichtung des Westhafens als dringendste Notwendigkeit erscheinen lassen. Eine Rentabilitätsberechnung, wie sie von anderer Seite verlangt werde, könne natürlich zur Zeit nicht gegeben werden. Geheimerat Arnold vermochte die pessimistischen Ansichten der verheißenden Redner nicht zu teilen, hielt vielmehr die Errichtung des Westhafens für ein durchaus dringendes Bedürfnis. Beschlüsse konnten, da es sich ja um eine rein informativische Sitzung handelte, nicht gefaßt werden, dies blieb zunächst der für Donnerstag, den 25. d. M. bereits anberaumten Deputationsitzung vorbehalten.

Berlin und die Fleischzufuhr.

Aus dem Nachrichtenamt des Berliner Magistrats wird gemeldet:

Verschiedene Zeitungen gefallen sich darin, die endgültige Einstellung für Fleischzufuhr aus Rußland nach Groß-Berlin um dessentwillen voranzufügen, weil die beteiligten städtischen Organe bisher einen Antrag auf Genehmigung der Einfuhr über den 1. Oktober hinaus nicht gestellt haben. Diese Schlussfolgerung ist vollkommen irrig. Bekanntlich ist die Fleischzufuhr zeitweilig unterbrochen, weil die wärmere Jahreszeit dies nur gestattet haben würde unter Aufwendungen, welche mit der damaligen Preislage nicht zu berechnen gewesen wären. Es ist aber damals ausdrücklich vorbehalten, auf sie zurückzukommen, sofern die Verhältnisse es von neuem erfordern.

Jetzt ist der Preis von Rind- und Schweinefleisch bereits wieder derart gestiegen, daß die Erzeugung der Wiederaufnahme der Einfuhr sich aufdrängt. Verschiedene Vororte, darunter Neukölln, haben diesen Wiederbeginn bereits auch ausdrücklich angefordert, und auch in Charlottenburg wird ein dahingehender Antrag vorbereitet. In Berlin, welches bekanntlich den Fleischbezug für die Vororte mit übernommen hat, stehen Beratungen zunächst in der Deputation für Notstandsfragen unmittelbar bevor. Es ist danach unerfindlich, wie man aus dem Heranzücken des 1. Oktobers die oben erwähnte Schlussfolgerung ziehen kann. Selbst wenn die Erlaubnis erst nach dem 1. Oktober nachgesucht werden sollte, so kann daraus keinerlei Hindernis hergeleitet werden; denn die Einfuhrbewilligung wirkt eben von dem Tage ab, von welchem sie aus neue erteilt ist.

Es ist nach den früheren Versicherungen der Landwirtschaftlichen Verwaltung mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Erlaubnis verlängert werden wird, sobald die Städte sie beantragen, und zwar um so mehr, als die Voraussetzungen, welche im vorigen Jahre zu ihr führten, bereits jetzt in vollem Maße wieder vorliegen. Das Reichsgesetz, das

die Verabreichung des Jolles für die betreffenden Fleischsendungen vorsieht, erstreckt seine Wirkung, wie bekannt, vorläufig bis zum 31. März 1914.

Neue städtische Kochschule.

Die Stadt Berlin eröffnet am 1. Oktober d. J. in der Gneisenaustraße 4 eine neue Kochschule für junge Mädchen und Frauen. Jeder Kursus wöchentlich vier Stunden, kostet halbjährlich 6 M. Die Teilnahme berechtigt zur Teilnahme an je einem Kursus in Schneidern und Plätten an der ersten Fachfortbildungsschule, S. B. 20, Gneisenaustraße 7. Anmeldung im Bureau der Fortbildungsschule.

In großer Lebensgefahr.

Schwelien gestern Nacht drei kleine Kinder bei einem Brande, der um 10 Uhr in einer Wohnung in der Urbanstraße 106 ausbrach. Zum Glück bemerkten Hausbewohner den Qualm und drangen auf das Geschrei der Kinder in die verschlossene Wohnung ein. Es gelang die Kinder noch vor Anbruch der Feuerwehre in Sicherheit zu bringen. — Der 7. Löschzug hatte in der Koppenstraße 9 zu tun, wo ein Dachstuhl brannte. Ein Kellerbrand mußte in der Dresdener Str. 82 gelöscht werden. Vor dem Hause Christinenstr. 9 war ein Möbelwagen umgefallen, als er dort den Berg herunter kam. Die Feuerwehre richtete ihn wieder auf, weil die ganze Straße verstopft war.

Feiern für die schulentlassene Jugend und deren Eltern.

finden am Sonntag, den 5. Oktober 1913, nachmittags 2 1/2 Uhr, statt und zwar in den Concordia-Festsälen, Andreasstraße 64, und in den Pharusfälen, Müllerstr. 142. Das Programm ist der Bedeutung der Feier entsprechend ausgewählt und besteht aus Festrrede, Gesang und Rezitation.

Da gerade jetzt die bürgerlichen Jugendvereine wieder alles aufbieten, um die schulentlassene Jugend für sich zu gewinnen, werden alle Arbeitereltern schon heute auf diese Feiern aufmerksam gemacht und gebeten, sich die angegebene Zeit freizuhalten. Der Zutritt zu den Feiern ist unentgeltlich.

Ein mißglückter Bankswindel befaßtigt augenblicklich die Kriminalpolizei.

Von der Filiale der Eißfischen Bank in Frankfurt am Main lief bei einem Berliner Bankhause die Mitteilung ein, daß einem gewissen Herrn Meyer in Berlin durch Vermittlung der Deutschen Bank 150 000 M. ausgezahlt werden sollten. Die Bank gab die Zahlungsanweisung an die Deutsche Bank weiter. Das Geld wäre auch zur Auszahlung gelangt, wenn nicht kurz vor der Auszahlung die telefonische Mitteilung bei der Bank eingelaufen wäre, das Geld solle zu Herrn Meyer in der Königgräber Straße 47 in Berlin geschickt werden. Dadurch schöpfte man Verdacht und fragte telefonisch bei der Filiale der Eißfischen Bank in Frankfurt am Main an. Dort erhielt man die Auskunft, es müsse ein Betrugsversuch vorliegen, da in Frankfurt am Main von einer solchen Zahlungsanweisung nichts bekannt sei. — In dem Hause Königgräber Straße 47 in Berlin wohnt zurzeit kein Mann mit Namen Meyer. Auch in dem dort befindlichen Pensionat ist ein Herr dieses Namens nicht abgesehen.

Umzugstermine.

Nach dem Gesetz vom 30. Juni 1834 und der Bekanntmachung vom 26. März 1870 sind bei dem bevorstehenden Umzugstermin zu räumen:

- 1. Kleine, aus höchstens 2 Zimmern und Zubehör bestehende Wohnungen, am 1. Oktober d. J.
2. Mittlere, aus 3 oder 4 Zimmern nebst Zubehör bestehende Wohnungen, bis zum 2. Oktober d. J. mittags 12 Uhr.
3. Große, mehr als 4 Wohnzimmern umfassende Wohnungen, bis zum 3. Oktober d. J. mittags 12 Uhr.

Die Inhaber von Wohnungen, die aus 3 Wohnzimmern und Zubehör bestehen, müssen jedoch 1 Wohnzimmer, und die Mieter von Wohnungen von mehr als 3 Wohnzimmern mit Zubehör 2 Wohnzimmer schon am 1. Oktober d. J. vollständig geräumt, den künftigen Wohnungsinhaber zur Verfügung stellen. Diese Bestimmungen beziehen sich nicht auf die Räumung von Geschäftslökalen. Deren Räumung richtet sich nach den Bestimmungen des Mietvertrages.

Der neue Weg über das Weidendreieck ist gestern dem Verkehr übergeben worden. Die am meisten in das Auge fallende Folge der Gleisverlegung wird die sein, daß die unehöne Eisenbrücke zwischen Lindenwälder Straße und Schöneberger Ufer nun bald verschwinden wird. In nächster Zeit muß abermals eine Gleisverlegung stattfinden, weil ein Teil der über den Bahnhöfen der Anhalter Bahn führenden Brücke jenseits des Weidendreiecks verhärt werden soll.

In einem entsetzlichen Zustand wurde gestern morgen gegen 7 Uhr das Dienstmädchen M. in der Albrechtstraße auf dem Hofe des Grundstückes aufgefunden. Die Lebensmüde war am Freitagabend gegen 11 Uhr aus dem zweiten Stockwerk herabgesprungen, ohne daß irgend jemand etwas von dem Vorfall bemerkt hatte. Erst morgens fand man die Lebensmüde auf dem Hofe liegend auf. Dillios hatte sie die ganzen acht Stunden hindurch in schwerverlettem Zustand zubringen müssen. Man brachte das junge Mädchen nach dem Krankenhaus, wo es bedenklich darniederliegt.

Ein vermeintliches Kapitalverbrechen rief gestern abend die Nordkommission der Kriminalpolizei nach dem Hause Großgörschenstraße 32. Hier wurde nach 8 Uhr ein Mann mit durchschnittener Kehle tot auf dem Hofe liegend aufgefunden. Die Revierpolizei, die zunächst benachrichtigt wurde, rief in der Annahme, daß es sich um ein Kapitalverbrechen handele, die Nordkommission, zu mal da ein Messer oder sonst ein scharfes Werkzeug nicht gefunden wurde. Die Kommission untersuchte die Leiche, fand unter dem Körper ein blutiges Messer und stellte fest, daß der Tote ein am 18. März 1879 zu Hohenleuten im Kreise Gera geborener Konditor Gustav Otto Sippold ist. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß Sippold ohne Zweifel Selbstmord begangen hat.

Die „Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht“ (G. V.) Geschäftsstelle für Groß-Berlin: Charlottenburg, Dahlmannstr. 25, unterhält 7 Auskunftsstellen in Groß-Berlin zur Beratung verehelicht und unverheirateter Mütter. Sie vermittelt Rechtsberatung, Pflegschaften, Arbeit, Adoptionen, Unterhalt vor und nach der Entscheidung. In dem Heim „Mutterhilfe“, Wilmersdorf, Düsseldorfstraße 14, finden Mütter allein oder mit ihrem Kinde Aufnahme. Dem Heim „Mutterhilfe“ gliedert sich daselbst eine Poliklinik (für Frauen- und Kinderkrankheiten) an. Sprechstunden für Frauen: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 12-1 Uhr, Dr. Blumberg; Sprechstunden für Kinder: Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend 2-3 Uhr, Dr. Abraham. Die Auskunftsstellen befinden sich: Norden: Schönhauser Allee 181, Mittwoch 7-8, Sonnabend 10-11 Uhr; Koloniestr. 1, Dienstag 6-7,

Donnerstag 1-2 Uhr. Elden: Reußkolln, Steinmeyerstr. 113, Mittwoch 10-11, Sonnabend 7-8 Uhr. Osten: Dresdener Straße 81, Dienstag 1/2 10-1/2 11 Uhr, Freitag 8-9 Uhr nachmittags. Westen: Steinmeyerstr. 11, Montag 1-2 Uhr. Pankow: Rathaus, Armenamt, Sonntag 11-12 Uhr. Charlottenburg: Dahlmannstr. 25, täglich 1/2 2-3 Uhr.

Der Zentralarbeitsnachweis C. 54, Müllerstr. 9, geöffnet 7-1, Tel.: Amt Norden, 3791-3797, bietet die Berliner Hausfrauen, ihre Vorstellungen auf Reinmachefrauen zum bevorstehenden Umzugstermin und Herbstreinemachen rechtzeitig möglichst immer zwei Tage vorher abzugeben. Der Arbeitsnachweis wird dann in der Lage sein, eine gute Auswahl zu treffen und den Hausfrauen die geeigneten Arbeitskräfte zuzuweisen.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania steht der Imperator augenblicklich im Mittelpunkt des Interesses. Der Vortrag wird in dieser Woche noch allabendlich zur Darstellung gelangen; am Mittwoch wird Herr Direktor Goetze seinen Vortrag persönlich halten. Am Sonnabend nachmittag gelangt noch einmal der Vortrag „In den Dolomiten“ zu kleinen Preisen zur Darstellung.

Im Zoologischen Garten ist ein großer Grünfärling eingetroffen und im großen Vogelhaus untergebracht. Es ist ein seltener und merkwürdiger Vogel, der aus dem südamerikanischen Amazonengebiet stammt und fast so groß wie eine Krähe ist. Er zeichnet sich durch sein in verschiedenen grünen Tönen abwechselndes, schwarz-grünes und kastanienbraunes Gefieder, besonders aber durch den eisenschieferfarbenen Schnabel und die hellblauen Augen aus.

Leffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SO., Adalbertstr. 41. Gedruckt wöchentlich von 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 Uhr und 3-6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 617 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Auf Anfragen teilen wir mit, daß zur Benutzung der Bibliothek jede Person berechtigt ist, die das 14. Lebensjahr überschritten und ihren Wohnsitz oder ihre Beschäftigung in Groß-Berlin hat. Der sich über Wohnung und Beruf durch Vorzeigung des Verbandsbuches, Wahlvereinsbuches, Krankenlassenbuches, Mietvertrages oder ähnliche Papiere ausweisen kann, erhält eine Leihkarte unentgeltlich ausgestellt. Diese Leihkarte gilt zunächst für ein Jahr; sie wird nach Ablauf noch Kontrolle etwaigen Wohnungswechsels ohne weiteres von Jahr zu Jahr verlängert.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag in Rantwitz zugetragen. Dort werden gegenwärtig in der Gärtnerei- und Maschinenbauwerkstatt errichtet und gestern sollte mit der Legung der Kabel für die Beleuchtungsanlagen begonnen werden. Als gegen 4 Uhr nachmittags mehrere Arbeiter damit beschäftigt waren, die von der Berliner Vorort-Elektrizitätswerke gelieferten Kabel abzuladen, geriet plötzlich eine der schweren Rollen ins Rollen und konnte von den Männern nicht gehalten werden. Während es den übrigen gelang, rechtzeitig zur Seite zu springen, wurde der 47jährige Arbeiter Albert Rütke aus der Berlindestraße 3 in Stöglitz von der schweren Last begraben. Obwohl seine Arbeitskollegen sich sofort an die Rettungsarbeiten machten, konnte R. nur noch tot hervorgezogen werden. Ihm war der Brustkasten eingedrückt worden. Die Leiche wurde nach der Rantwitzer Friedhofshalle gebracht.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion innerhalb des Stadtparlaments

erstattete in der Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins Genosse Richter. Er betonte: An dem guten Willen sowie an Entschlossenheit und Resolutionsfähigkeit unserer 12 Genossen, soziale Arbeit zu leisten, hat es nicht gefehlt, doch scheiterte jeder Versuch an dem Widerstand der bürgerlichen Mehrheit. Haben es doch die Liberalen soweit gebracht, daß sie in der Vorschulfrage — an der Herderschule — Beschlüsse fassen, die das direkte Gegenteil ihrer früheren Forderungen darstellen. Bei der Steuerfrage ging das Bestreben der Bürgerlichen dahin, den Geldbeutel soweit wie möglich zu schonen. Die Vorlage auf Erhebung eines Kommunalzuschlages von 110 Proz. wurde von den Bürgerlichen gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, natürlich mußte nun an notwendigen Ausgaben gespart werden. So wurden die Anträge unserer Genossen auf Streichung der Gasmetermiete, was einen Ausfall von 271 800 M. bedeutet hätte, und auf Gewährung freier Vermittel für die beiden unteren Gemeindefunktionen, was 12 000 M. erfordert hätte, abgelehnt. An den 82 000 M. für Nachhilfeunterricht, die der Stadtschulrat beantragt hatte, wurden 10 000 M. durch die bürgerliche Mehrheit gestrichelt. Bei dem Posten von 45 600 M. für Kindermilch beantragten die Liberalen einen Abstrich von 7000 M., sie meinen, für die Kinder armer Eltern sei die gewöhnliche Milch auch noch gut genug. In städtischer Regie sind die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Die Gaswerke allein werfen einen Ueberschuß von 3 Millionen Mark ab, wozu noch 1 Million kommt, welche die Straßenbeleuchtung kostet. Die Lohnverhältnisse in diesen Betrieben sind aber lange nicht so, wie sie sein müßten. Als die städtischen Arbeiter durch den Gemeindefunktionenverband Schaffung eines Tarifvertrages beantragten, lehnte der Magistrat dem ein glattes Nein entgegen. Erst dem Eingreifen unserer Fraktion ist es zu verdanken, daß die Angelegenheit wenigstens einem Ausschuss zur Prüfung überwiesen wurde. Einen erheblichen Teil des Etats nehmen die Polizeikosten in Anspruch. Sie betragen sich auf 688 000 M. Hingzu kommt noch eine Nachtragforderung von 19 700 M., wofür wir die Ehre haben, uns von 447 Schulleuten und circa 50 höheren Beamten bewachen zu lassen. Die Stadt hat wohl das Recht zur Ausbringung der Steuern, aber nicht den geringsten Wunsch auf ihre Verwendung zu äußern. Eine alte Forderung der Stadtvorordnetenversammlung ist die Schaffung eines Gemeindefriedhofes; konnte es doch vorkommen, daß die Leiche eines Disidenten viele Tage in der Wohnung liegen mußte, weil keine Kirchgemeinde die Beerdigung auf ihrem Friedhofe zulassen wollte, bis die Polizei einschritt. Nachdem wir wissen aber die Kirchgemeinden jedes Projekt der Stadt auf Anlegung eines Gemeindefriedhofes infolge ihrer einflussreichen Verbindungen zu hintertreiben. Dies wird erst verständlich, wenn man erfährt, daß allein die Luiseengemeinde aus ihren Kirchhöfen eine jährliche Einnahme von rund 100 000 M. hat. Die Fortbildungsschulen, die von 4000 Schülern frequentiert werden, sind durchweg in früheren Mietshäusern untergebracht und teilweise für diesen Zweck sehr ungeeignet. Nachdem die Stadt einen größeren Grundbesitz an der Sommeringstraße vorgenommen hat, soll dahin eine Fortbildungsschule für männliche Personen gebaut werden, der auch Lehrwerkstätten angegliedert werden. Letztere waren Gegenstand schwerer Kämpfe. Die Innungsmeister befürchteten wohl, daß die Lehrlinge dort einen Einblick in musterungsfähige Verhältnisse bekämen und wohl die Werkstatt des Meisters keinen Vergleich in hygienischer Beziehung mit jenen ausstehen könnten. Von unserer Fraktion wurde beantragt, als Unterrichtsgegenstand Gewerbeschule aufzunehmen. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt. Zur Verringerung der Fleischnot beantragten unsere Genossen Einführung russischen Fleisches, da dieser Umstand an sich schon genüge, preisdrückend auf das hiesige Fleisch zu wirken. Von bürgerlicher Seite wurde der Antrag damit bekämpft, daß die Gemeinde in die Selbstständigkeit der Gewerbe nicht eingreifen dürfe.

Eigenartige Reaktionen zeitigte die Wahl des Oberbürgermeisters. In dem zweiten Bürgermeister besah Charlottenburg einen fähigen, tüchtigen Mann, der auch mit den örtlichen Verhältnissen völlig vertraut war. Dieser war den Liberalen nicht repräsentabel genug. Man holte sich Dr. Schulz aus Kassel, dem so gleich das Höchste seines Vorgängers und daneben noch 8000 Mark Repräsentationsgelder, zusammen 27 000 M., bewilligt werden mußten. Er wurde mit 40 gegen 21 Stimmen gewählt mit der liberalen Hoffnung, endlich ein Halt auf sozialpolitischem Gebiet

zu machen. Dieses war der Zweck der ganzen Liebung, ob er erreicht ist, soll die Zukunft lehren.

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise 1908 kam eine Magistratsvorlage heraus, die eine Arbeitslosenunterstützung nach dem Genet System einführen wollte, jedoch mit der Einschränkung, daß jeder, der Anspruch auf Unterstützung mache, in den letzten zwei Jahren voll beschäftigt gewesen sein muß. Obwohl diese Bestimmung schon den Zweck zum Teil illusorisch machte, stimmten die Liberalen doch dagegen, weil sie es verhindern wollten, daß die Stadt die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unterstütze. Der Magistrat wollte aber durchaus etwas schaffen und so kam im Vorjahre die Vorlage, die alles andere war, als ein Mittel zur Linderung der Arbeitslosigkeit. Die Unternehmer sollten berechtigt sein, ihre gesamte Arbeiterschaft zu versichern, was geradezu auf eine Züchtung gelber Gewerkschaften hinauslief. Man wollte aber auch großzügig den Gewerkschaften gestatten, pro Mitglied und Woche 10 Pf. zu zahlen, wofür dann jedes arbeitslose Mitglied 75 Pf. pro Tag Unterstützung bekommen sollte. Dies konnten die Gewerkschaften billiger und besser haben, wenn sie selbst ihre Beiträge um 10 Pf. erhöhen wollten. Aus diesen Gründen mußte auch diese Vorlage abgelehnt werden, und zwar in Gemeinschaft mit den Liberalen, welchen auch hier die Unterstützung an organisierte Arbeiter nicht paßte. Nachdem eine immer stärker werdende Arbeitslosigkeit sich wieder bemerkbar machte, wurde von unserer Fraktion ein Antrag eingebracht, 1. alle städtischen Bauten und Arbeiten in Angriff zu nehmen und in erster Linie ortsanfässige Arbeiter zu beschäftigen, 2. Einführung einer Arbeitslosenunterstützung nach dem Genet System. Der Magistrat erklärte, daß nach dem 1. Teil des Antrages schon verfahren werde. Der 2. Teil wurde zurückgestellt, weil sich die Gemeinden von Groß-Berlin gemeinschaftlich in nächster Zeit damit beschäftigen würden. Inzwischen hat eine Zusammenkunft unter Vermittlung der Leitung stattgefunden. Sie stellte sich aber auf den Standpunkt des Städtetages in Posen, daß die Arbeitslosenunterstützung Sache des Reiches, nicht die der Gemeinden wäre. Das Reich denkt natürlich noch lange nicht daran, haben nun die bürgerlichen Parteien bei allen Anträgen, die im Interesse der Arbeiterschaft gestellt waren, mehr oder weniger unbedulst ihre reaktionäre Stimmung gezeigt, so tritt jetzt in der Erscheinung, daß der Unterschied zwischen Liberalen und alter Fraktion (Konservative und Nationalliberale) immer mehr verschwindet. Haben doch dieselben für die kommenden Wahlen ein Bündnis geschlossen unter Wahrung ihres alten Bestandes gegen die Sozialdemokratie. Diesen reaktionären Bestrebungen gegenüber heißt es auf der Hut zu sein und bei der Wahl den letzten Rann heranzuholen. Diskussion fand nicht statt.

Darauf wurde für den verzehrenden Genossen Finger der Genosse Weidig als Vorkämpfer und der Genosse Tennig als Erfahrungsgeber gewählt. Zum Schluß gab Genosse Seifert die Abrechnung von der Landtagswahl. Einer Einnahme von 592,75 M. steht eine Ausgabe von 1151,42 M. gegenüber. Es war somit ein Zuschuß des Kreises von 558,67 M. erforderlich.

Reußkolln.

Einen verhängnisvollen Ausgang hat ein Streit genommen, der sich vor einigen Tagen in Reußkolln unter mehreren jungen Männern entspann. Der 21 Jahre alte Arbeiter S. vom Mariendorfer Weg geriet mit einem Bekannten in Streit, weil dieser ihm das Eigentum an einer Streichholzschachtel streitig machte. Andere griffen in den Streit mit ein, und es kam bald zu Tätlichkeiten. Diesen sah eine Weile der 33 Jahre alte Arbeiter Krogmann aus der Cheruskerstraße in Schöneberg zu, der gerade des Weges kam. Plötzlich sprang S., der ihn irrtümlich für einen seiner Vorgesetzten hielt, auf ihn zu und verfechtete ihm einen Schlag ins Gesicht. Der Angegriffene zog sofort sein Messer und stieß es seinem Gegner in den Hals. S. brach blutüberströmt zusammen und wurde, während seine Begleiter davonliefen, nach dem Krankenhaus in Rudow gebracht. Hier starb er gestern morgen an den Folgen des Stiches. R. wurde daraufhin verhaftet und dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Die städtische Omnibuslinie Buschweg-Britz-Krankenhaus Rudow wird am 30. d. M. ihren Betrieb einstellen. Am 1. Oktober eröffnet dafür die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft die neue Straßenbahnlinie Pankow-Berlin-Reußkolln-Britz-Rudow-Rudow. Damit verschwindet die letzte Linie des städtischen Omnibusbetriebes, die seit Oktober 1906 besteht.

Das Gewerkschaftsstatut weist darauf hin, daß die für die Wahlen der Reußkollner Handwerkerkrankenkasse einberufene Versammlung mit den Wahlen zur Ortskrankenkasse nichts zu tun hat, was zur Vermeidung von Irrtümern ausdrücklich zu beachten ist.

Friedenau.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst einen äußerst interessanten Vortrag des Genossen Dr. Grunach über die Landarbeiterfrage entgegen. Redner verbreitete sich eingehend über die Frage: „Ist die Art, in der jetzt von unserer Seite die Agitation auf dem flachen Lande betrieben wird, die richtige?“ Diese Frage verneinte er. An einer Anzahl von Flugzetteln, die von unserer Partei für die Landarbeiter herausgegeben sind, suchte der Referent nachzuweisen, mit wie wenig Verständnis vielfach an diese Sache herangetreten werde. Mit fremdsprachigen Schreibeisgaben sei der Landarbeiter nie zu gewinnen; zu ihm müsse in seiner Sprache gesprochen werden. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Alle Redner waren sich darin einig, daß in unserer Partei die Landarbeiterfrage wie so manches andere zu sehr nach Schema P. behandelt werde. — Den Bericht von der Kreis-Generalarberversammlung gab Genosse Kamrowski. — Zum Schluß machte Genosse Hagen noch auf die am Montag, den 22. September, von 2-9 Uhr stattfindende Gewerbedeputiertenwahl aufmerksam und ersuchte um rege Beteiligung. Auch den Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen, die nicht bezweifeln, müßten Genossinnen und Genossen ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden.

Aus der Gemeindevertretung. Wegen Mißstände, die das Rollschuhlaufen auf öffentlichen Straßen und Plätzen geseitigt hat, richtet sich folgender Antrag zur Polizeiverordnung betr. der Aufrechterhaltung der Sicherheit für den Verkehr usw.:

„Das Rollschuhlaufen auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist nur in der Fahrtrichtung, in Straßen mit zwei Fahrbahnen nur auf der rechten Seite des Fahrdammes möglich, im übrigen stets nur auf der rechten Seite des Fahrdammes möglich, hart an der Bordsteinkante und nur mit einer einem trabenden Bespann gleichkommenden Höchstgeschwindigkeit gestattet.“

Das Rollschuhlaufen auf den Bürgersteigen und zwischen hyn. auf den Schienen der elektrischen Straßenbahn, abgesehen von einer Kreuzung derselben in senkrechter Richtung, sowie jede Art des Kunstfahrens (Holländern, Karlaufen und bergleichen), das Kettenlaufen, das Wettkampflaufen mit anderen Rollschuhläufern und mit Fußwerkeln oder Radfahrern, das Anhängen an Fahrzeugen ist verboten.

Gänzlich untersagt ist Kindern unter 14 Jahren das Rollschuhlaufen auf folgenden Straßen: Kaiserallee, Absteinstraße, sowie auf dem Platz vor dem Ringbahnhof Wilmersdorf-Friedenau.

Dieser Antrag, der vom Gemeindevorstand vorgelegt und begutachtet wurde, fand einstimmige Annahme.

Berner wurde beschlossen, dem Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele in Götting mit einem Jahresbeitrag von 40 M. beizutreten.

Ein Antrag des Haus- und Grundbesitzervereins verlangt die Errichtung eines Hypothekenamtes. Bürgermeister Volger führte hierzu aus: Der Finanzausschuß habe sich mit dieser Frage beschäftigt und sei nach eingehender Prüfung der Verhältnisse zu dem Resultat gekommen, der Gemeindevertretung die Errichtung eines solchen Amtes im Augenblick nicht zu empfehlen. Er bitte jedoch, in der Angelegenheit einen grundsätzlichen zustimmenden Beschluß zu fassen, da dann, wenn die Verhältnisse auf dem Geldmarkt günstiger liegen, die Errichtung des Hypothekenamtes sofort

vorgesehen werden könne. Dem wurde entsprochen.

Wie noch mitgeteilt wurde, wird die Große Berliner Straßenbahn in den nächsten Tagen eine neue Linie L einstellen. Dieselbe geht vom Stettiner Bahnhof aus, fährt über Moabit, den Großen Stern, die Spichernstraße, Kaiserallee nach Lichterfelde-Händelplatz. Durch diese neue Linie wird im Wechsel mit den Linien F und J von Lichterfelde bis Spichernstraße ein fünfminütigenbetrieb statt des bisherigen siebenminütigenbetriebes geschaffen.

Schöneberg.

Die liberalen Gruppen liegen sich bereits in den Boaren, obwohl der Wahltermin für die bevorstehenden Stadtwahlen noch nicht feststeht. Der liberale Kommunalverein kämpft für die Jobelpartei während die liberale Fraktion gegen die Oberländer wütet. Den Jobelanern wird vom Vorkampf gemacht, daß der kürzlich abgeschlossene Vertrag mit dem Elektrizitätswerk Südwest ein Angstprodukt der Liberalen gewesen wäre, denn sonst hätte infolge der liberalen Wirtschaftspolitik die Einkommensteuer auf 120 Proz. erhöht werden müssen. Die Jobelpartei will davon nichts wissen und wirft dem andern Bruder vor, daß durch seine Mißwirtschaft nur die Boden- und Grundstückspreislanten gewonnen hätten und die Stadt geschädigt worden wäre. Der Stadtvorordnetenversammlung am Montag liegt von der liberalen Fraktion folgende Anfrage vor: „Ist dem Magistrat bekannt, daß in der Bürgerchaft umabre Angaben über die Finanzlage Schönebergs verbreitet werden, und daß sogar die Behauptung aufgestellt wird, der Vertrag mit dem Elektrizitätswerk Südwest wäre nur der schlechtesten Finanzlage wegen gegen eine vollständig ungenügende Entschädigung verlängert worden? Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu tun, um derartige Unwahrheiten richtigzustellen?“

Der ganze Streit ist nur Theater. Bis zu den Wahlen werden sich die feindseligen Brüder wieder in den Armen liegen, um gemeinsam die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Die Sozialdemokratie weiß daher dem Haber keinerlei Bedeutung bei, sie wird, ganz auf sich allein gestellt, den Wahlkampf für die Sache der arbeitenden Bevölkerung führen.

Steglitz-Friedenau.

Der Bildungs- und Jugendausschuß erinnert nochmals an die Schulentlassungsfeier. Sie findet am Sonntag, den 28. September, nachmittags 3 Uhr, im Albrechtshof, Steglitz, Albrechtstr. 1, statt. Alle Jugendlichen, die am 1. Oktober die Schule verlassen sowie deren Eltern sind dazu eingeladen. Der Ausschuss ersucht sie, sich zur Feier zu melden bei: R. Büch, Friedenau, Rheingaustr. 20; R. Paulus, Friedenau, Kaiserallee 112; R. Peters, Steglitz, Abornstraße 12a; R. Pies, Steglitz, Gordenbergstr. 2; R. Seidel, Südbende, Potsdamer Straße 4.

Kallberge-Rüdersdorf.

Ein Schadenfeuer brach am Freitag abend an der Berlin-Frankfurter Chaussee unmittelbar neben dem Verbandskrankenhaus aus. Es brannte auf der sogenannten Schäferet des Eigentümers Sch. eine Strohscheune, die einen weithin sichtbaren Feuerchein verbreitete. Die Scheune wurde mit ihrem sämtlichen Inhalt (Korn und Stroh) ein Raub der Flammen. Bei Ausbruch des Feuers verlaute geräuschweise, das Krankenhaus stehe in Flammen! Diese Nachricht verursachte einen gewaltigen Menschenauflauf an der Brandstätte. Fast sämtliche Feuerwehren der Umgegend waren zur Stelle.

Röpenitz.

In ihrer ersten Sitzung nach den Ferien hatten die Stadtvorordneten sich zunächst mit Rechnungsachen vom Jahre 1912 zu befassen. Der Abschluß der Stadthauptkasse ist folgender: Einnahme 1 098 740,47 M., Einnahmeverlust 229 995,85 M., Ausgabe 2 185 848,16 M., Restausgabe 11 796,68 M. Uebrig ein Ueberschuß von 81 092,98 M. Derselbe soll im Etat für 1914 vorgetragen werden. Die Rechnung der städtischen Kanalisation schließt in Einnahme und Ausgabe mit 248 088,06 M. ab, die des Wasserwerks mit 151 057,43 M.; die Kanalisation ergibt einen Ueberschuß von 4000 M., das Wasserwerk einen solchen von 6678,85 M. Das städtische Elektrizitätswerk ergibt für 1912 einen Ueberschuß von 151 688,29 M., das Gaswerk einen Ueberschuß von 98 989,19 M. Ohne Debatte bewilligte die Versammlung zum 1. April 1914 zwei neue Oberlehrerstellen für die Körnerschule und eine neue Assistentenstelle für die Realschule. In geheimer Sitzung wurde noch dem Anlauf der Robert Thielefischen Scheune in der Wäggelheimer Straße zum Preise von 5000 M. und der am früheren Heuplay gelegenen Witwe Streichhansschen Scheune zum Preise von 10 000 M. zugestimmt.

Mariendorf.

Ein umfangreiche Tagesordnung hatten die Gemeindevorretter in der ersten Sitzung nach den Ferien zu erledigen. Es fanden 14 Punkte auf dem öffentlichen Teil und eine ganze Anzahl sollte in geheimer Sitzung beraten werden. Gemeindevorretter Schmidt stellte aus diesem Grunde den Antrag: Punkt 3-8 von der Tagesordnung abzulehnen und in einer späteren Sitzung zu erledigen. Der Gemeindevorretter widerspricht dem mit der Begründung, daß sich jeder Redner zu den einzelnen Punkten recht kurz fassen möge; es wäre sehr wohl möglich, heute die ganze Tagesordnung zu erledigen. Genosse Reichardt unterstützte den Antrag Schmidt und es wurde hierauf beschlossen, Punkt 3-8 von der Tagesordnung abzulehnen.

Herr Schöffe Bohmer machte Mitteilungen über die Vermietung der Wohnungen im Gemeindehause Lichterfelder Straße 30 in Südbende. In diesem Hause war früher die höhere Mädchenschule untergebracht; nachdem dieselbe in das jetzt neuerrichtete Lugeum übergesiedelt ist, hand das Haus leer. Durch einen Beschluß der Gemeindevertretung wurden die Räume zu Wohnungen umgebaut. Diese sollen nun an Gemeindevorretter, die der freiwilligen Feuerwehr angehören, vermietet werden. Nach den Berechnungen des Bauamts sollen die Wohnungen 1600 M. Miete einbringen; es hat sich aber herausgestellt, daß keiner der in Betracht kommenden Mieter so viel zahlen kann und will. Herr Schöffe Bohmer ersuchte die Gemeindevertretung um Zustimmung, die Wohnungen billiger zu vermieten, und zwar drei Wohnungen à 300 M. und eine Wohnung zu 240 M.; dieses würde einen Mietsertrag von 1140 M. ergeben. Genosse Reichardt bemängelte die gemeinsame Babeinrichtung, welche auf dem Boden untergebracht ist. Er macht den Vorschlag, um ein zu schnelles Erkalten des Raumes zu verhindern, denselben mit isolierten Wänden auszugestalten. Die Gemeindevertretung stimmt dem Vorschlage Bohmer zu.

Die ganze soziale Rückständigkeit der bürgerlichen Mehrheit zeigte sich wieder einmal bei dem Punkt: Einladung des Brandenburgischen Städtetages zum 36. ordentlichen Städtetag am 22. und 23. September 1913 in Spandau. Trotz der Verantwortung zur Beschickung durch den Gemeindevorretter und unserer Genossen Weber, hat die Gemeinde noch Ansicht unserer bürgerlichen Vertreter dazu sein Geld übrig. Herr Schmidt machte den Vorschlag, Herrn Sauer das Mandat zu übertragen. Von unseren Genossen wurde Reichardt und der Gemeindevorretter in Vorschlag gebracht. Für die Beschickung des Städtetages stimmten nur unsere Genossen mit dem Gemeindevorretter. Wenn man in Betracht zieht, daß auf der Tagesordnung u. a. der Kleinwohnungsbaue, die Angelegenheitenversicherung usw. steht, so bedeutet dieser Beschluß für die Gemeinde geradezu eine Blamage. — Beim nächsten Punkt über den Vertrag mit dem Berliner Vorort-Elektrizitätswerken betreffs Versorgung der Pumpstation mit elektrischer Kraft, rügte Herr Rood die unregelmäßige Beleuchtung der Straßen. Genosse Reichardt und Herr Willges befragten und ergänzten verschiedene Bemerkungen über mangelhafte Beleuchtung unseres Ortes. Ersterer wünschte, daß in Zukunft die Straßenbeleuchtung etwas früher eingeschaltet und der Brenntalender nach dieser Richtung hin abgeändert werde. Die Beschlußfassung über den Vertrag wurde auf Antrag des Schöffen vertagt.

Als letzter Punkt der öffentlichen Sitzung kam eine Anfrage unserer Genossen betreffend Verringerung der Arbeitsnot

zur Verhandlung. Genosse Reichardt begründete die hierzu vorliegenden Anträge mit dem Hinweis, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre besonders stark in der Erscheinung trete. Wenn trotzdem das Reich und der Staat nichts unternimmt, so müssen die Kommunen versuchen, durch Arbeitsarbeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Er empfiehlt deshalb, mit dem Neubau der IV. Gemeindefschule baldigst zu beginnen; auch könnten die Erdarbeiten zum Volkspark in Angriff genommen werden. Und zwar seien die Arbeiten von der Gemeinde in eigener Regie zu betreiben, auch müssen nach Möglichkeit Mariendorfer, Einwohner beschäftigt werden. Daneben sei eine Arbeitslosenversicherung unbedingt notwendig. Er, Redner, ersuche die Gemeindevertretung sich dem Vorgehen Neufußs anzuschließen und mit dazu beizutragen, daß in dieser Richtung für Großberlin etwas Brauchbares geschaffen werde. Herr Sauer meinte, die Rede hätte Herr Reichardt lieber in einer Volksversammlung halten sollen. Er wolle darauf deshalb nicht eingehen. Wenn der Schulhausbau notwendig sein sollte, so müßte er ausgeführt werden. Der Park habe noch lange Zeit; eine besondere Rot sei nach seiner Meinung gar nicht vorhanden. Auf eine Arbeitslosenversicherung gebe er nicht ein; dieses würde eine politische Debatte zeitigen, und dazu würde er zwei Stunden für sich allein gebrauchen. Die Arbeiter sollen nur fleißig sparen, das Geld, welches sie ihren Verbänden zuführen, sollten sie lieber für sich behalten, dann hätten sie einen Notgroschen. Auch könnten die Streikfassen ihr Geld zu billigen Zinsen an die Gemeinden, die Geld brauchen, abgeben, dann würden dieselben einen Zweck und Sinn haben. Der Gemeindevorsteher betonte, die Straßenbauten seien im Etat bereits vorgesehen. Auch bei der Parkanlage könnte eine ganze Anzahl ungelernete Arbeiter beschäftigt werden. Der Neubau der vierten Schule sei dringender notwendig. Die ganzen Arbeiten könnten aber nur in Angriff genommen werden, wenn die Anleihe perfekt sein würde. Es seien verschiedene Versuche gemacht worden, zu annehmbaren Bedingungen Geld zu erhalten. Der Arbeitslosenversicherung ließe er sehr sympathisch gegenüber. Herr Raab ist der Meinung, daß die Arbeiter nicht als Feinde, sondern wie Reichardt mit Recht ausgeführt habe, als Volksgenossen zu betrachten seien. Er wünsche, daß die Regelung des Platzes am Mariendorfer Bahnhof schleunigst in Angriff genommen würde. Genosse Weber ist der Ansicht, daß die ganzen Vorschläge von unserer Seite praktische Arbeit seien. Er wendete sich hierauf gegen die Ausführungen von Sauer; wenn derselbe bis jetzt von der Arbeitslosigkeit noch nichts berichtet habe, so habe er jedenfalls den Dornroschenjoch gehalten. Genosse Reichardt hielt Herrn Sauer nochmals vor, daß die Verbände jährlich große Summen an Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen ausgeben, die sonst wohl vielfach als Armenunterstützung von der Kommune übernommen werden müßten. Es wurde hierauf über die Anträge unserer Genossen einzeln abgestimmt: 1. Der Schulhausbau für die IV. Gemeindefschule soll sobald als möglich in Angriff genommen werden; 2. mit den Bodenbewegungen am Volkspark sofort zu beginnen, wenn die Pläne fertig sind und 4. die Arbeiten, wenn irgend möglich, in eigener Regie auszuführen, auch nach Möglichkeit nur Mariendorfer Arbeiter zu beschäftigen, wurden angenommen. Der 3. Antrag, die auf dem Gelände des Volkspark lagernden Steine zu zersteinern, wurde abgelehnt. Mit den im Etat vorgesehenen Straßenausbesserungen soll begonnen werden, wenn der Abschluß der Anleihe geregelt ist.

Herr Sauer fragte hierauf an, wie weit die Verhandlungen mit der Eisenbahnbehörde betreffs der Bahnüberführungen an der Lankestrasse und Großbeerenstrasse vorgeschritten sind. Infolge der vorgerückten Zeit wurde vom Gemeindevorsteher der Vorschlag gemacht, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Darauf folgte eine geheime Sitzung.

Weihensee.

Eine Sanierung der Weihenseeer Bant läßt sich immer noch nicht herbeiführen. In der letzten geheimen Sitzung der Gemeindevertretung wurde über das Gesuchen der Bant, nimmere die von der Vertretung feinerzeit bewilligten 200.000 M. zur Verfügung zu stellen, da nach Ansicht des Aufsichtsrats die Genossen die von ihnen aufzubringende Summe von ebenfalls 200.000 M. aufgebracht hätten, verhandelt. Tatsächlich sind aber nur 78.000 M. in Bar vorhanden, während der Rest durch Umbuchungen gedeckt ist. Der Kreisaußschuß hat feinerzeit ausdrücklich hervorgehoben, daß die Gemeinde nur helfen eingreifen darf, wenn die Genossenschaftsmitglieder 200.000 M. in Bar aufbringen. Nach langer Debatte sah die Gemeindevertretung gegen vier Stimmen die Forderung als erfüllt an und wolle mit Genehmigung des Kreisaußschusses die Summe zur Verfügung stellen. Der Kreisaußschuß vertrat in seiner feinerzeitigen Sitzung den Standpunkt, daß die ausgedachte Barsumme von 78.000 M. in keinem Verhältnis steht zu der erstmaligen Forderung und vertagte einstweilen seinen Entscheid, um den Genossen Gelegenheit zu geben, weitere Einzahlungen zu machen. Es wurde damit gerechnet, die Bant am 20. September wieder zu eröffnen; durch die Entscheidung des Kreisaußschusses besteht jedoch diese Möglichkeit nicht, da die Einzahlungen trotz Veranlassungsbeschlusses nicht erfüllt werden und die Situation durch die Einziehung von Klagen gegen die streubenden Genossenschaftsmitglieder noch verschärft ist. Die Leidtragenden sind die Sparrer, die anstatt Geld zur Verrentungen erhalten und sich verpflichten müssen, bei einer eventuellen Wiedereröffnung der Bant nur geringe Teile ihrer Guthaben abzugeben; der größte Teil der Sparrer ist auf diese Verpflichtung eingegangen, doch trotzdem muß die Bant auf den ersten Ansturm 350.000 M. zur Verfügung haben. Diese Summe wäre vorhanden gewesen, wenn alles vorchriftsmäßig gegangen wäre, da die Kreditoren Bant unter denselben Anforderungen noch 200.000 M. zur Verfügung gestellt hätte.

Radow.

Zweiterlei Maß. Der hiesige Amtsvorsteher hatte eine vom Arbeiter-Verbandsrat, Ortsgruppe Radow, nachgesuchte Anleihefahrt mit der Begründung verweigert, daß ein derartiger Umzug eine Verkehrsstörung herbeiführen könne. Der Amtsvorsteher scheint aber nur Verkehrsstörungen zu befürchten, wenn Arbeitervereine die Genehmigung eines öffentlichen Umzuges nachsuchen, denn sonst könnte man es nicht verstehen, daß derselbe Amtsvorsteher dem vom Ausschuß „Dampfwalze“ für denselben Sonntag nachgesuchten Umzug die Genehmigung erteilen konnte. Zugleich ist dem bürgerlichen Turnverein Jahn in Radow die Genehmigung eines Umzuges erteilt worden, während ein von der freien Turnerschaft Radow nachgesuchter Umzug verlagert worden ist. Größer kann die grundverschiedene Behandlung von Gemeindegewählten nicht mehr in der Erscheinung treten. Für diejenigen Mitglieder der bürgerlichen Vereine, die sich noch einen harten Gerechtigkeitsgefühl bewahrt haben, sollte dieses Reson mit zweierlei Maß ein Anlaß sein, den bürgerlichen Vereinen den Rücken zu kehren und sich den Arbeitervereinen anzuschließen, die sich zur Aufgabe machen, gleiches Recht für alle zu erkämpfen. Für die übrige Arbeiterschaft erwächst die Pflicht, die Veranstaltungen der bürgerlichen Vereine, die in getrennten Lokalen stattfinden, streng zu meiden. Es stehen uns am Orte nur die Lokale von Wedler und Palm zur Verfügung.

Frederiksdorf a. d. Ostbahn.

Die gesundheitlichen Zustände des Ortes lassen zurzeit viel zu wünschen übrig. Verschiedene an Scharlach, Rajern, sowie Diphtherie bei Kindern vorgekommene Todesfälle veranlassen einige Genossen — inwieweit sind weitere Todesfälle vorgekommen — beim Schulvorstand eine Eingabe auf eventuelle Schließung der Schule zu machen. Man hofft sich bisher damit, die Geschwister, wie auch die übrigen Kinder aus dem Hause, in dem die Krankheitsfälle vorgekommen sind, vom Schulbesuch zu dispensieren. Leider die erfolgten Desinfektionen herrscht die Meinung, daß sie teilweise zu spät und nicht genügend seien. Auf dem Amt ist die Meinung vorherrschend, daß die Krankheitsfälle aus den näheren Vororten Berlins eingeschleppt wurden, vielleicht kümmert sich aber die Aufsichtsbehörde einmal mehr um die sanitären Verhältnisse des Ortes, sowie der Nachbargemeinde Petershagen, in der, wie dem Amt bekannt sein dürfte,

schon im vergangenen wie auch in diesem Jahr verschiedene an Diphtherie und Scharlach vorgekommene Todesfälle zu verzeichnen waren. Es würde sich auch empfehlen, wenn das Wasser der in der Nähe von Dungenbeuten lebenden Brunnen einmal gründlich untersucht würde. Viele Einwohner sind der Meinung, daß die Anleiheherde nicht in den näheren Vororten Berlins, sondern in den mitunter nicht mit genügend Luft und Licht versehenen Wohnungen der beiden genannten Orte liegen.

Zehlendorf (Barnseebahn).

Die letzte Gemeindevertretung beschloß die Wiederwahl des bisherigen Bürgermeisters Dr. Köster auf 12 Jahre. Diese Wahl hatte in den hiesigen kommunalen Vereinen schon zu erregten Diskussionen Anlaß gegeben, trotzdem konnte der Kandidat von 20 abgegebenen Stimmen 16 auf seine Person vereinigen. Vier Vertreter waren nicht erschienen und vier hatten weiße Fetten abgegeben. Die Gemeindevertretung hatte im Sommer beschloffen, das Obft aus dem Gemeindegarten an die Gemeindegärtner zu verteilen. Dieser Beschluß wurde in der vorletzten Sitzung aufgehoben. Das Obft soll nun in Zukunft verkauft werden, um die Ankosten zu decken und eventuell einen Ueberschuß zu erzielen. Für dies Jahr beträgt der Ueberschuß ganze 95,28 M. Den bürgerlichen Turnvereinen wurden als Beitrag zur Feier der Völkerversammlung bei Leipzig 500 M. bewilligt, trotzdem der Gemeindevorstand nur 300 M. beantragt hatte. Einer dieser bürgerlichen Vereine feiert am 11. Oktober sein 25jähriges Stiftungsfest; auch diesem Verein wurden noch extra aus dem allgemeinen Steuerfahel 200 M. bewilligt mit dem Hinweis, daß sich gerade dieser Verein um die nationale Jugendbewegung verdient gemacht habe. Es wurde dem Verein weiter anheimgestellt, wenn diese Summe nicht reicht, erneut an die Gemeinde heranzutreten. Dieser Beschluß stieß sehr von dem Verhalten gegen den Arbeiterturnverein ab, dem man nicht einmal die Gemeindegarten zur Verfügung stellt und auch durch kleinliche Emissionen seine Wirksamkeit zu verhindern sucht. Ferner wurden den Teilnehmern an zwei größeren Ausflügen des bürgerlichen Jugendheims eine Beihilfe von je 5 M. nachbewilligt.

Rosenthal.

„Verfassungsfragen in Deutschland“ war das Thema, über das in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Gen. Büdow-Berlin referierte. Der Redner schilderte in anschaulicher Weise die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches und seine Verfassung. Da letztere nur den Interessen der herrschenden Klasse diene, forderte er zum Kampfe für eine bessere und demokratische Ausgestaltung der Verfassung auf. Großer Beifall folgte diesen lehrreichen und interessanten Ausführungen. Gen. Milbrodt gab hierauf in gedrängter Kürze den Bericht vom Wiederbornener Kreisstag. Das Wichtigste ist bereits im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Das Stiftungsfest des Wahlvereins wird in Gestalt eines „Heiteren Abends“ am 25. Oktober abgehalten. Es wird um rege Beteiligung daran gebeten, da durch Heranziehung hervorragender Kunstkräfte alle Teilnehmer einen genussreichen Abend erleben werden. Ausgenommen wurden 5 Mitglieder. Wegen vorgeschrittener Zeit mußten einige Punkte von der Tagesordnung abgeseht werden.

Bernau.

In der letzten Mitgliederversammlung wurde das Stiftungsfest am Sonnabend, den 25. Oktober, festgesetzt. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Dann wurde die bevorstehende Städtewahl mitgeteilt, wobei besprochen und nach längerer Debatte die Genossen: Krieger und Schneider für die dritte und die Genossen Beist, Wünsche und Rosenow einstimmig für die zweite Klasse als Kandidaten aufgestellt. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende die stimmungsfähigen Genossen, dem Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“ Bernau beizutreten.

Rowawes.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung den Verkauf einer neuen Friedhofsanordnung sowie einer neuen Friedhofsbegräbnisordnung und einer Anweisung für die Friedhofsaufsicht. — Mit der Wirtschaftsgenossenschaft der Haus- und Grundbesitzer soll ein Vertrag abgeschlossen werden, wonach die Gemeinde jener ihren Müllabfuhr gegen eine jährliche Pachtgebühr von 20 Mark zur Verfügung überläßt. Die Genossenschaft hat für das ordnungsmäßige Planieren des Mülls auf eigene Kosten Sorge zu tragen und ist berechtigt, für das Abladen von Hausmüll, Asche und Klänschabfällen auf dem Plage Gebühren zu erheben. Ein Recht zur Benutzung des Platzes soll nur Angehörigen der Gemeinde zustehen. Im Winterhalbjahr stellt die Gemeinde der Genossenschaft einen ihrer Ortsarbeiter gegen Entrichtung des ortsüblichen Lohnes zur Verfügung. Dem Kleinmeister Saebel wird gestattet, die Oberaufsicht über den Müllabfuhrplan zu übernehmen und eine Nebenausgabestelle für Abfuhrmarken zu unterhalten. Der Vertrag wird vorläufig auf die Dauer vom 1. Oktober 1913 bis 31. März 1914 abgeschlossen, die Gemeinde hat jedoch das Recht, die Müllabfuhr zu gegebener Zeit wieder in eigene Regie zu nehmen. — Die Eisenbahnverwaltung hat gegen die Heranziehung ihres im Werte der Bahnhaus stark verminderten Grundstückes Lindenstr. 22, neben dem Kraftmeisen Hause, zu Pfasterkosten der Lindenstraße Einspruch erhoben, jedoch sich zur Zurücknahme des letzteren bereit erklärt, falls die Gemeinde die Front des neuen Bahnhofgebäudes in der Lindenstraße unberührt läßt. Der Anteil für das obgenannte Grundstück beträgt 2011,58 M. Die Vertretung erklärte sich mit dieser Regelung einverstanden. — Der Privatier Bernhard Becker beabsichtigt die Aufschließung und Aufteilung des Ostteils Vergluden, Anlegung von Straßen und Bau von Landhäusern. Für die anzulegenden beiden öffentlichen Plätze von 4000 Quadratmeter Grundfläche fordert Becker von der Gemeinde eine Entschädigung von zwei Mark pro Quadratmeter. Trotz Einspruchs des G.-V. Böhm, der darauf hinwies, daß eine Entschädigung für Herabgabe des Grund und Bodens für öffentliche Plätze nicht üblich sei, stimmte die Vertretung der Entschädigung zu. Die Zahlung der Gesamtsumme soll jedoch erst nach vollständiger Bebauung des Geländes erfolgen. Gleichzeitig bewilligte die Vertretung die 33.000 M. betragenden Kosten für den Anschluß des betreffenden Ortsteils an die Kanalisation. Nach Fertigstellung der Kanalisation sollen die Anlieger zu den Kosten herangezogen werden. Solange die anliegenden Grundstücke unbebaut sind, werden pro Meter Grundstück 20 M. berechnet. — Zum Schluß teilte der Bürgermeister mit, daß sich der Steinmetzmeister Goetsch erboten habe, einen größeren Posten der Gemeinde gehöriges altes Steinmaterial zum Preise von 7082 M. zu kaufen. Die Vertretung gab hierzu ihre Zustimmung.

Heber den politischen Massenstreik sprach in einer öffentlichen Versammlung im Schindischen Saale Landtagsabgeordneter Genosse Hornisch. Nach einem kurzen Rückblick auf die bisherigen Parteitage hob er die besondere Bedeutung des diesjährigen hervor, wobei er auch die denselben beschäftigenden wichtigeren organisatorischen und tatsächlichen Fragen einer kritischen Betrachtung unterzog. Der Stillstand in der Organisation lasse die Vermutung berechtigt erscheinen, daß sich der Arbeiterschaft angefaßt der Erfolglosigkeit der bisherigen politischen Kämpfe ein bodenradiger Risikant bemächtigt habe, der auf das ganze Organisationsleben geradezu lähmend wirkte. Die an den Reichstagswahlen des Jahres 1912 geknüpften Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, trotz Anwachsens der Mandate auf 110 und des Ausfalls der Landtagswahlen sei kein Fortschritt auf dem Wege zur Demokratisierung der staatlichen Einrichtungen, zur Erringung des freien Wahlrechts zu merken, und diese Tatsache habe die Arbeiterschaft an der Macht des Parlamentarismus irrite gemacht und sie veranlaßt nach neuen Wegen und Kampfsmitteln zu suchen. Dadurch erklärte sich das plötzliche Wiederauftreten des Massenstreikgedankens. Der hohe, geistliche Wert der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Tätigkeit könne zwar nicht verkannt werden, doch seien diesen Organisationen durch die kapitalistischen Staats-einrichtungen Schranken gesetzt, über die sie sich trotz besten Willens nicht hinwegsetzen können. Was sie in jahrelangen mühseligen Kämpfen erzwungen haben, werde ihnen durch die Steuer- und Zoll-

politik wieder genommen. Nachdem der Gedanke an den Massenstreik in den Massen Wurzel gefaßt, gelte es jetzt, ihn durch eifrige Propaganda zu vertiefen und in den Versammlungen alle die Einzelheiten mit abhänge. Die Verhandlungen des diesjährigen Parteitages haben gezeigt, daß die Massenstreikfrage nicht erledigt, sondern erst angegriffen ist. Darum sei es jetzt die Pflicht jedes einzelnen, die Organisationen zu stärken, in den Herzen der Massen genossen Begeisterung für das hohe Ziel zu entfachen, damit der große Moment auch ein großes Geschlecht findet. — Langanhaltender Beifall belohnte den Redner für seinen begeisterten Vortrag.

Zpandan.

Der verschärfte Vorkampf des „Roten Ablers“, der der organisierten Arbeiterschaft aufgezungen worden ist, laßt die Aufmerksamkeit auch auf das Aufgehen von Plakaten in Geschäftsräumen. Keinem kleinen Geschäftsmann, auch wenn seine Kundenschaft sich zum großen Teil aus Arbeitern zusammensetzt, wird es hier einfallen, irgendein Plakat für die Partei anzuhängen. Jetzt kann man aber täglich beobachten, daß in den Läden fast sämtlicher Geschäfte Plakate für den „Roten Abler“ ausgehängen. Die Lokalkommission richtet an die Parteigenossen das Ersuchen, auf diesen Mißstand ihr besonderes Augenmerk zu richten.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Schöneberg. Am Montag, den 22. September, abends 6 Uhr, im alten Rathaus.

Zeuthen. Dienstag, den 23. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindehaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Die Rache der Frau.

Eine sensationelle Wendung hat eine Ehescheidungsklage genommen, die der deutsche Baron Werther gegen seine Gattin, die Tochter des früheren Ministers des Auswärtigen von Brasilien, Rio Branco, angestrengt hat. Nach einem Telegramm des „New York Herald“ machte Baronin Werther gegen ihren Gatten eine Reihe aufsehenerregender Enthüllungen. Sie erklärte, daß ihr Gatte aus dem brasilianischen Ministerium des Auswärtigen sich Dokumente von größter Wichtigkeit angeeignet habe und sie mit dem Tode bedroht habe, falls sie den brasilianischen Behörden davon Mitteilung mache. Ferner behauptete sie, daß Baron Werther häufig Unterredungen mit dem damaligen deutschen Gesandtschaftsträger in Rio de Janeiro gehabt habe, und daß ihr Gatte außerdem zahlreiche Dokumente über die brasilianische Landesverteidigung und die Pläne brasilianischer Festungen an Krupp und andere deutsche Firmen ausgeliefert habe.

Es handelt sich um die Ehescheidungsklage des deutschen Barons Gustav Karl Werther, der am 8. April 1876 in Danzig geboren ist und seit 24. Oktober 1901 mit der Tochter Rio Branco vermählt ist. Baron Werther soll sich augenblicklich in Deutschland befinden.

Mord oder Selbstmord?

Am Fehländer See bei Redlich wurde Sonnabend vormittag die Leiche des 55-jährigen Hotelbesizers Artur Richter aus Brandenburg a. N. angeschwemmt. Die Leiche zeigte schwere Wunden an der Stirn. Die Polizei nimmt Mord an. Richter ist vor 14 Tagen aus Brandenburg wegen seiner ungünstigen pekuniären Verhältnisse verabschiedet worden. Vor einigen Tagen ist über sein Hotel der Konkurs verhängt worden. Auf diesem Grunde ist Selbstmord nicht ausgeschlossen.

Banknotenfälschungen im Gefängnis.

Fast ungläublichen Vorkommnissen ist man nach einer Meldung aus London im Gefängnis von Peterhead auf die Spur gekommen. Dort entdeckte man eine Fabrik für Anfertigung von Banknoten, die in außerordentlich großem Stile betrieben wurde. Verschiedene Gefangene verfertigten mittels eines ganz eigens zu ihrem Zwecke präparierten Papiers Coupons der Bank von England. Die Banknoten waren so gut gearbeitet, daß selbst einige Banken sie in Zahlung nahmen.

Kleine Notizen.

Reichelt in Frankreich abgestürzt. Als der Flieger Reichelt, der gestern früh zum Rückflug nach Berlin aufsteigen wollte, am Freitagnachmittag in Villa-coubly einen Probeflug unternahm, stürzte er mit seinem Flugzeug ab. Der Apparat ging in Trümmer, der Flieger blieb unverletzt.

Zwei Menschen bei einer Schlägerei erschossen. Bei einem nächtlichen Zusammenstoß wurden in Wiedenbrück (Rheinland) ein Heizer und ein Tischler erschossen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Lokomotivenentgleisung. Auf der Transpordbahn der Stammischen Grube „Ida“ entgleiste während der Fahrt an einer scharf abfallenden Stelle eine Lokomotive und fiel um. Die auf ihr befindlichen Personen wurden schwer verletzt. An dem Aufkommen des Führers und des Heizers wird gezweifelt.

Eingegangene Druckschriften.

Der Zeitparzer. Groschen von N. Wobbel. 50 Pf. Reich u. Volk Berlin W. 35.

Die Kavaziner in Bonape. Von G. Fick. 30 S. Dieterichsche Verlagshandlung, Leipzig.

Marktpreise von Berlin am 19. September 1913, nach Ermittlungen des Igl. Volkspreisbüros. Reis (mild), gute Sorte 17,00—17,50, mittel 00,00—00,50, geringe 00,00—00,00. Weis (runder), gute Sorte 14,50—15,00, Nichtrost 5,00—0,00. Neu 5,50—7,50.

Marktpreise von Berlin am 19. September 1913, nach Ermittlungen des Igl. Volkspreisbüros. Weis (mild), gute Sorte 17,00—17,50, mittel 00,00—00,50, geringe 00,00—00,00. Weis (runder), gute Sorte 14,50—15,00, Nichtrost 5,00—0,00. Neu 5,50—7,50. Kartoffeln (klein) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rostle 1,70—2,40. Rindfleisch, Baufleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 50 Stck Eier 3,00—5,50. 1 Kilogramm Haseln 1,20—2,40. Halm 1,40—2,80. Rander 1,30—3,20. Fische 1,40—2,80. Porzelle 0,80—2,40. Schine 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,80. 60 Stck Rechte 1,50—4,00.

Wasserkunde-Nachrichten

der Landesanstalt für Wasserkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt

Wasserstand	am		am		
	19. 9.	18. 9.	19. 9.	18. 9.	
Remel, Luft	130	+4	Saale, Großh.	70	0
Bregel, Unterburg	-20	+7	Habel, Spandau	22	-1
Wesche, Lhorn	477	+50	Kaatenow	5	+1
Ober, Kaitzer	166	-0	Spree, Spremberg	80	0
Krossen	198	-0	Beckow	90	0
Frankfurt	186	+8	Weser, Minden	140	+14
Wesche, Schrum	92	-4	Minden	180	+6
Wesche, Randsberg	69	-2	Rhein, Wirmilianbau	492	-2
Rega, Borsmann	-20	+1	Raub	262	+13
Gibe, Reimert	-25	-1	Rhin	255	+20
Dröben	-146	-3	Weser, Eildrom	107	-37
Barde	86	-3	Rhein, Canau	120	0
Magdeburg	77	-1	Weser, Xrier	81	+22

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel. — *) am 19. mittags 484, am 20. morgens 478 cm.

Unvergleichliche

Auswahl

Herbst-
Kostüme
Herbst-
Mäntel
Garnierte
Kleider

Moderne
Kostümröcke
Aparte
Blusen
Kinder-
Konfektion

Unerreichte Preiswürdigkeit

das sind die beiden Merkmale
unserer Spezial-Häuser

Reich illustr. Katalog kostenlos

R. M. Maassen

Berlin S
Oranien-
Straße 165

Berlin W
Leipziger
Straße 42

G. m. b. H.

Möbelstoffe

Letzte Neuheiten, auch Reste!
Mocquetplösch 4 bis 150 cm
breit.
Muster bei näher. Angabe franko

Berlin,
Oranien-
straße
Emil Lefèvre 158

Land- und Bauparzellen

für Vorwärtler schon mit
100 Mark Anzahlung,
keine jährliche Teilzahlung, im
westlichen Vorort, direkt am
Bahnhof. Guter Boden, größte
Wertsteigerung zu er-
warten. Bevor Sie ander-
weitig beschließen, prüfen Sie
dieses Angebot, da streng rechtl.
Schreiben Sie sofort an
H. Buchholz, Berlin,
Aniprodstr. 19, Pläne, Prospekte,
Auskunft kostenlos.

Möbel

Sie liefern direkt an Private
frei Haus durch eig. Gespann
Stube u. Küche M. 208, 244, 50,
276, 50, 317, 357, 370, 429, 498,
2 Stuben u. Küche M. 280,
309, 359, 427, 50, 501, 590,
Schlafzimmer M. 223, 276,
313, 355, 429, 480, 540,
Küchen M. 51, 58, 75, 92,
Ständ. Lager 300 Einrichtungen,
Reichhalt. Preisb. gratis u. franco.
Abgabe einzelner Stücke ohne
Preisermäßigung!

Höfner's Möbel-Engroshaus
Berlin N. 201,
Veteranenstr. 11, 12, 13.



Berlins größtes Kredit-Haus
ist und bleibt

ALLE TAGE ANDERS

direkt am Nettelbeckplatz

MÖBEL auf Kredit

Größte Auswahl in kompl. Schlafzimmern,
Küchen etc. sowie Lieferung ganzer
Wohnungs-Einrichtungen

von den allerbilligsten bis
zu den elegantesten Sachen

1 Zimmer M. 95 Anzahlung M. 8
wöchentlich M. 1.-

2 Zimmer M. 150 Anzahlung M. 15
wöchentlich M. 1.50

2 Zimmer M. 220 Anzahlung M. 20
wöchentlich M. 2.-

2 Zimmer M. 350 Anzahlung M. 30
wöchentlich M. 2.50

Polsterwaren eigenes Fabrikat

Herren-, Damen- u. Kinder-Garderoben

Wöchentliche Abzahlung 1 Mark.
Herren: 1 eleganten Filzhut!
Damen: feine Lederwaren!

Gratis
Waren- und Möbel-Kredit-Haus

ALLE TAGE ANDERS

Größtes Haus am Nettelbeckplatz
gegenüber dem Bahnhof Wedding
Pank-, Gericht- und
Reinickendorfer Strassen-Ecke
Parterre, I., II., III., IV. Etage

Einziges Waren-Kredit-Haus,
das zur Verabfolgung der braunen
Rabatt-Sparmarken berechtigt ist

Das gute Kiebeck Bier

Spitzenwäsche

Stickereien, Gardinen, Waschseide sowie alle zarten Stoffe, die keine rauhe Behandlung beim Waschen vertragen, werden vollkommen rein, blendend weiss und wie neu durch

Persil das selbsttätige Waschmittel

wäscht von selbst, ohne Reiben und Bürsten, daher grösste Schonung des Gewebes.
Bester Ersatz für Rasenbleiche.

Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten **Henkel's Bleich-Soda.**

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Steigen der Kurse von Staatspapieren. — Zinsföhernmähigung der Reichsbank?

In der vergangenen Woche trat auf dem Börsenmarkt für Wertpapiere eine höchst interessante und auffällige Erscheinung auf: der seit Jahren währende und besonders im letzten Jahre beschleunigte Kursrückgang der Staatspapiere wurde durch eine beträchtliche Kurs-erhöhung unterbrochen. Die Prozentige Reichsanleihe z. B. gewann gegen den Anfang des Monats September mehr als 2 Prozent. Es notierten:

Table with 2 columns: Date (1. September, 16. September) and values for 3% Reichsanleihe, 3 1/2%, and 4% Reichsschatzheine.

In den letzten Tagen der Woche sind die Kurse allerdings wieder etwas zurückgegangen, aber bedeutungsvoll bleibt der Kursanstieg der Rentenpapiere trotzdem. Diese Kursrückgang ist übrigens nicht auf Deutschland beschränkt. In Frankreich z. B. steigen die französischen Staatspapiere bereits seit einigen Monaten. Es müssen also für die Abkehrung in der Kursbewegung der Rentenpapiere besondere Ursachen vorliegen. Einmal ist die Kurserholung eine Folge der allgemeinen Konjunkturaufschwüchung. In Hochkonjunkturzeiten steigert sich das Interesse der Kapitalisten für Industriepapiere, die infolge der günstigen Konjunktur eine hohe Rente (Dividende) abwerfen. Dann sinkt die Nachfrage nach Staatspapieren mit geringerer Verzinsung, so daß die Kurse fallen, bis Kurs und offizieller Zins ein Verhältnis erreichen, das die tatsächliche Verzinsung von Renten (unter Berücksichtigung des Ankaufs- und Kurswertes) der von Industriepapieren näher bringt. In Zeiten des Konjunkturrückgangs sinkt die Aussicht auf hohe Dividenden bei Aktienpapieren und das Risiko eines Dividendenausfalls steigt, so daß die Kapitalisten die sichere Verzinsung der Staatspapiere vorziehen und den Ankauf von Renten bevorzugen. Während aber ein Konjunkturaufschwüchung fast unter allen Umständen zu einem Kursrückgang der Rentenpapiere führt, läßt die Konjunkturaufschwüchung selten eine Kurserholung für Rentenpapiere aus. Die ständige Pumpwirtschaft der kapitalistischen Staaten führt zu einem Ueberangebot an Staatspapieren, das auch in Zeiten der wirtschaftlichen Depression lurchdrückend wirkt.

Wenn zurzeit eine erhebliche Kurssteigerung merkbar wird, so ist das darauf zurückzuführen, daß neben dem Konjunkturaufschwüchung der Jahre 1911 und 1912 die kriegerischen Verwickelungen europäischer Staaten (Marokkoeffrieg, Tripoliffrieg, Balkanrieg) den Staatskredit besonders ungünstig beeinflussten. In der jetzigen Kurserholung tritt also wohl noch die Beendigung jener Störungen des europäischen Friedens zutage.

Zunehmend sind die Kurserholungen der Rentenpapiere so auffällig, besonders was die Höhe der Steigerung anbetrifft, so daß noch andere Momente mitgewirkt haben müssen. Für die französischen Renten hat unser Pariser Druckerblatt, die „Luminis“, die Erklärung gebracht, daß die französische Regierung auf die Banken einen Druck dahin ausgeübt habe, daß die französischen Staatspapiere beim Publikum besonders zu empfehlen seien. Da die Banken von der Regierung immerhin etwas abhängig sind und andererseits die Banken als finanzielle Ratgeber auf das Kapitalistenpublikum einen starken Einfluß ausüben vermögen, ist eine solche Beeinflussung durchaus denkbar. Es kommt hinzu, daß der Kreditbedarf der Industrie infolge der internationalen Konjunkturaufschwüchung nachläßt und die Banken daher weniger in die Lage kommen, von ihnen ausgegebene (emittierte) Industriepapiere zu empfehlen. Auch in Deutschland begannen die Großbanken in ihren letzten Wochenberichten (die sie ihren Kunden zusenden) den Ankauf von Staatspapieren zu empfehlen, während sie in den letzten Jahren stets durch Hinweis auf höhere Verzinsung der Aktienpapiere zum Verkauf von Renten anreizten. Letzten Endes wird aber auch in Frankreich die Befestigung der internationalen Kriegsverwickelungen und die Zurückdrängung der Kriegsfürcht — die ebenso wie in Deutschland durch die Heeresvorlagen noch beträchtlich genährt worden war — die Möglichkeit für Kurserholungen geschaffen haben.

In Deutschland steht hinter der Kurserholung der Rentenpapiere neben dem allgemeinen im vorstehenden erörterten Ursachen noch eine besondere Nebenursache der Großbanken, die als Kurstreiber dabei zuerst in Frage kommen. Die Erhöhung der Rentenkurse an der Berliner Börse ist von dem Ultimatum ausgegangen, d. h. sie war zunächst das Werk von Spekulanten, die keine wirklichen Käufe beabsichtigten. Erst vom Ultimatum aus trat dann eine Erholung auch auf dem Kassamarkt ein, d. h. an der Stelle, wo die wirklichen An- und Verkäufe stattfinden. Die spekulative Kurstreiber wurde in Szene gesetzt, als eine Zinsermähigung der Reichsbank erörtert wurde, und sie hatte eingeständenermaßen den Zweck, der Reichsbankleitung zu Gemüte zu führen, „ein wie enger Zusammenhang zwischen dem Zinsfuß der Reichsbank und der Kursbewegung der Staatsrenten bestehen kann“ und damit eine Zinsermähigung der Reichsbank zu erzwingen. Die Kurserholungen sollten beweisen, daß allein das Gerücht einer Zinsermähigung geeignet sei, den Kurs der Staatspapiere zu heben; um wie viel mehr werde da die tatsächliche Zinsermähigung (Diskontenermähigung) den Kurs der Staatspapiere günstig beeinflussen! Nun ist richtig, daß die Herabsetzung des Durchschnittszinsfußes zu einer Kurserholung der Rentenpapiere führen kann, weil nach dem oben erwähnten Gesetz die Kurse der Staatspapiere abhängig sind von dem allgemeinen Zinsfuß. Aber in dem vorliegenden Fall war die Kurssteigerung zum großen Teil eine rein spekulative Maßnahme der Großbanken, die damit besondere Interessen verfolgten. Durch die Kursrückgänge infolge des Balkanrieges ist die Spekulation privater Kapitalisten stark zurückgegangen. Die Umsätze der Börsenspekulation sind erheblich gesunken und trotz des Friedensschlusses ist keine erhebliche Belebung eingetreten, da die sich jetzt ankündigende Krise das Risiko vermehrt. Um die Börsenspekulation anzuregen, erscheinen den Großbanken jetzt die Kurstreiber von Staatspapieren ein geeignetes Mittel, die Reichsbank zur Ermähigung ihres Zinsfußes (von 6 Proz.) zu veranlassen. Bei niedrigen Geldzinsen stellt sich erfahrungsgemäß sofort eine regere Spekulation ein und die Banken hoffen dabei, ihre Wertpapierbestände abstoßen zu können. Die Banken haben ein um so dringenderes Interesse daran, als bei der Aufstellung der Jahresbilanz ihre Wertpapierkonten entlastet sein müssen, um nach außen hin den Eindruck zu erwecken, daß ihre Mittel flüssig seien und sie selbst allen Eventualitäten (plötzlichen Abhebungen der Depostensparer usw.) gerüstet gegenüberstünden.

Neben den besonderen Absichten der Großbanken liegen aber auch ganz allgemeine Bedürfnisse des Wirtschaftslebens vor, die eine Zinsföhernmähigung der Reichsbank wünschenswert erscheinen lassen. Die Hauptkreditgeberin und Bank der Banken hat die Reichsbank

Einfluß auf den Zinsfuß des Kreditgeldes überhaupt. Eine Herabsetzung ihrer Zinsansprüche wirkt sofort belebend auf das gesamte Wirtschaftsleben. Williges Geld erleichtert die Kreditaufnahme der Produzenten und Warenhändler und führt daher zu vermehrter Produktion und rascherer Zirkulation der Waren. Auch die Lage des Arbeitsmarktes ist so in gewissem Grade von dem Zinsfuß abhängig. Eine Zinsermähigung der Reichsbank wäre daher durchaus zu begrüßen. Die Frage, ob eine solche Ermähigung bei der gegenwärtigen Geldmarktlage möglich ist, wird in der bürgerlichen Presse verschiedentlich beantwortet. Der letzte Ausweis der Reichsbank vom 15. September d. J. zeigt, daß der Kredit der Reichsbank weniger in Anspruch genommen ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Forderung auf Zinsherabsetzung findet also eine gewisse Stütze in der Geldmarktsituation. Zu berücksichtigen ist dabei aber, daß der Zinsfuß im vergangenen September nur 4 1/2 Prozent, zurzeit aber 6 Prozent beträgt. Bei geringerem Zinsfuß steigt die Inanspruchnahme der Reichsbank durch die Industrie sofort beträchtlich. Die sichereren Verhältnisse infolge des Friedensschlusses, die Konjunkturaufschwüchung und die Goldzufuhr aus dem Auslande als Gegenstück der gesteigerten Warenausfuhr haben in erster Linie zur Verringerung der Geldmarktverhältnisse und der geringeren Kreditansprüche an die Reichsbank geführt. Daneben hat auch die vermehrte Ausgabe von Noten (insbesondere kleinen Noten) und entsprechende Zurückhaltung von Gold die Gold- und Metallreserven der Reichsbank erhöht. Auch einer vermehrten Notenausgabe wäre die Reichsbank daher gewachsen, da der stärkeren Notenausgabe größere Reserven gegenüberstünden.

Von der anderen, meist konservativen Seite wird dem entgegengehalten, daß der kommende Quartalultimo bedeutend erhöhte Kreditansprüche bringen wird, deren Wirkung zunächst einmal abzuwarten ist. Bekanntlich vermehren sich die Geldansprüche im Herbst besonders durch den Ernteumsatz. In früheren Jahren ist dem auch stets infolge der gesteigerten Geldansprüche eine Erhöhung des Zinsfußes der Reichsbank im Herbst eingetreten. In diesem Jahre fürchtet man annehmen, daß der Weizenantrag und die lange ausgefallenen Kreditanforderungen der Balkanstaaten und der Kommunen den Geldmarkt stark belasten werden. Wie sich die Reichsbank zu den widerstrebenden Interessen stellen wird, ist noch nicht bekannt. In einer der letzten Sitzungen hat sich der Vorsitzende des Reichsbankdirektoriums gegen eine Zinsermähigung ausgesprochen. Bei der lebhaften Agitation der Großbanken für die Herabsetzung ist allerdings ein Wechsel dieser Anschauung nicht ausgeschlossen.

Geburtenrückgang in reaktionärer Beleuchtung.

Auf dem gegenwärtig in Baden tagenden Kongreß des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege hielt der Obermedizinalrat Professor Dr. v. Gruber-Rüchsen ein Referat über die Bedeutung des Geburtenrückganges für die Gesundheit des deutschen Volkes, in dem er den reaktionären Bestrebungen zur Belämpfung des Geburtenrückganges Ausdruck gab. Er führte aus, daß der seit mehr als 30 Jahren wahrnehmbare und neuerdings immer auffallender werdende Rückgang der ehelichen Geburten im Deutschen Reich in der Hauptsache willkürlich durch die nunmehr in den breiten Schichten des Volkes immer allgemeiner geübte Verhinderung der Empfängnis herbeigeführt ist. Einen gewissen Anteil an dem Geburtenrückgang dürfte auch infolge des Anwachsens der Städte die in diesem härter als auf dem Lande verbreiteten Uebel der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus haben. Die willkürliche Beschränkung der Kinderzahl nimmt mehr und mehr die verderbliche Form des Zweifindersystems an, welches das deutsche Volk zunächst mit wirtschaftlichem und politischem Stillstand und Rückschritt und endlich mit dem Aussterben in absehbarer Zeit bedroht. Die außerordentlich geringe Fruchtbarkeit in den Klassen der Besitzenden und Höhergebildeten erweckt die Sorge eines noch rascheren Verlustes des Nachwuchses an Hochbegabten zur Führung im Staats- und Gesellschaftsleben bezüchtigen und für das Wohl der Masse unentbehrlichen Personen. Als Ursachen der willkürlichen Beschränkung der Geburtenzahl kommen unsere wertvollsten Ererbschaften in Frage: die Ausbreitung und Vertiefung der Volksbildung, die Zunahme des Nationalreichtums und der politische und wirtschaftliche Aufstieg der breiten Volksmassen. Zu den einer ausreichenden Kindererzeugung gefährlichsten Auswüchsen des Individualismus gehört auch das Ideal der Frauenemanzipation mit ihrer Verhöhnung des Mutterberufes. Im gleichen Sinne wirkt die städtische Wohnungsknot, die nicht selten bei kinderreichen Familien überhaupt kein Obdach übrig läßt. Welche Maßnahmen sollen nun gegen das Uebel ergriffen werden? Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ist durchaus ungenügend, den Geburtenausfall des Zweifindersystems auszugleichen. Es ist höchste Zeit, sich der weiteren Entwicklung des Zweifindersystems mit aller Kraft entgegenzustellen. Aus nationalökonomischen, kulturellen und rassenhygienischen Gründen muß die gesetzlich vorgeschriebene monogame Eheverbindung die Grundlage der Kindererzeugung bleiben. Es ist notwendig, daß die fruchtbaren und zur Erzeugung gesunder und tüchtiger Nachkommen geeigneten Ehepaare mindestens je drei Kinder großziehen. Das wichtigste Hindernis zur Erreichung dieses Zieles ist die Steigerung der Lebenshaltung, die von allen Bevölkerungsschichten ungestüm verlangt wird, und für die breiten Schichten der Bevölkerung tatsächlich nur durch eine Beschränkung der Kinderzahl erreichbar ist. Insofern die Erfüllung dieser Ansprüche für die Gesundheit und Erziehung dieses Nachwuchses notwendig ist, müssen sie erfüllt werden. Es wäre völlig unvernünftig, unterschiedslos für die Vermehrung aller, der brauchbaren wie der unbrauchbaren Nachkommen große Opfer zu bringen. Zu dem wichtigsten was geschehen muß, gehört, daß überall in passender Weise für die breiten Schichten des Arbeiter- und Mittelstandes Familienheimstätten geschaffen werden, die der Kindererzeugung günstig sind. Weiter schlägt der Redner vor: Gewährung von Erziehungsbeiträgen an Ehepaare, die eine gewisse Mindestzahl lebender und gesunder Kinder erzeugt haben, und zwar hoch bis in den Mittelstand hinauf, Gewährung von Elternpensionen an solche Elternpaare, ihre Auszeichnung durch Anerkennung bürgerlichen Ehren (Pluralrecht für Väter mit mehr als drei Kindern), Ehrentitel (Fraumutter) für Mütter, die den höchsten Beruf und das größte soziale Verdienst, die Mutterpflicht erkannt haben usw. Ferner empfiehlt der Vortragende eine Sonderbesteuerung der Ledigen, der kinderlosen und kinderarmen Ehepaare und der Wittwenunterstützung. Die Erbschaftsteuer müsse nach der Zahl der Lebenden abgestuft werden. Dagegen ist eine über den Rahmen der jetzigen Bestimmungen hinausgehende Unterstützung der unehelichen Mutter zu vermeiden, weil der Erzeugung von unehelichen Kindern so viel als möglich vorgebeugt werden muß. Durch diese Maßnahmen würde die sittliche Bewandlung von ihnen heraus angebahnt werden und die Neubildung einer wahrhaft sozialbürgerlichen Meinung, einer freigestellten Unterordnung der Wünsche des einzelnen unter das Wohl der Gesamtheit und eine Rückkehr zu einjücheren Lebensgewohnheiten ermöglicht.

In der Diskussion über diese Frage sprach Justizrat Baumert-Spandau gegen die Junggesellenheime. (!) Polizeidirektor Dr. Gerland-Hildesheim hob die Wichtigkeit weib-

licher Fortbildungsschulen hervor. Medizinalrat Riedel-Lübeck machte den Vorschlag, daß die zahlreichen auf dem Kongresse vertretenen Bürgermeister noch einmal den Anfang damit machen möchten, ihre Beamten bei der Befolgung in drei Klassen zu teilen, in unverheiratete, verheiratete und kinderreichere. Bürgermeister Dr. Süßmann-Guben bemerkte hierzu, daß der Staat das verhindern. In seiner Stadt habe man die Absicht gehabt, eine solche Scheidung einzuführen, aber das Lehrerbildungsgesetz stehe dem im Wege.

In seinem Schlusswort sprach Prof. v. Gruber sich noch einmal mit großer Entschiedenheit gegen die Frauenemancipation aus. Sie wollen nicht die Gebärmachinen werden, als ob das ihre einzige Aufgabe wäre, als ob sie nicht die Aufgabe hätten, die Kinder zu erziehen. Sie wollen jetzt Gebärmachinen werden. Das aber sollen sie nur den Männern überlassen, deren ganze Erziehung sie mehr dazu geeignet macht. Denn Konsequenz sei niemals das Verbot des weiblichen Geschlechtes gewesen!

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

- Königl. Opernhaus. Sonntag: Ranon. Montag: Götterdämmerung. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag: Der Huldich. Mittwoch: Carmen. Donnerstag: Die Weisteringer von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Die Habsburger. Sonnabend: Madama Butterfly. Sonntag: Samson und Dalila. Montag: Bohème. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Schwanenweiß. Montag: Freund Freil. Dienstag: Schwanenweiß. Mittwoch: Ariadne auf Naxos. Donnerstag: Schwanenweiß. Freitag: Prinz Friedrich von Homburg. Sonnabend: Wilhelm Tell. Sonntag: Schwanenweiß. Montag: Die Daisford. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Neues Opernhaus (Kroll). Sonntag: Sonnabendmorgen 3 1/2 Uhr: Der Herrgottshüter von Ammergau. Abends: Der Prinz Regal. Montag: Jägerklub. Dienstag: Der Gluckschmied. Mittwoch: Der Prinz Regal. Donnerstag: Der Herrgottshüter von Ammergau. Freitag bis Sonntag: Der ewige Jüngling. (Anfang 8 Uhr.) Deutsches Theater. Sonntag, Montag und Dienstag: Der lebende Leichnam. Mittwoch: Faust. 1. Teil. Donnerstag: Der lebende Leichnam. Freitag: Der blaue Vogel. Sonnabend: Torquato Tasso. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag und Montag: Torquato Tasso. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Kammerpiele. Abends: Franziska. (Anfang 8 Uhr.) Lessing-Theater. Sonntag: Sonnabendmorgen 3 Uhr: Bagdarena. Abends und Montag: Peer Gynt. Dienstag: Professor Bernhardt. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch und Donnerstag: Peer Gynt. Freitag: Professor Bernhardt. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Peer Gynt. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Berliner Theater. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Summestudenten. Abends: Hünzler. (Anfang 8 Uhr.) Theater in der Königgräzer Straße. Sonntag und Montag: Das vierte Gebot. Dienstag: Die fünf Frankfurter. Mittwoch und Donnerstag: Das vierte Gebot. Freitag: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.) Deutsches Schauspielhaus. Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr: Der Dieb. Abends: Der gute Ruf. Montag: Fräulein Julie. Erste Vorstellung. Dienstag: Der gute Ruf. Mittwoch: Sieben tolle Tage. Donnerstag: Der gute Ruf. Freitag: Fräulein Julie. Erste Vorstellung. Sonnabend und Sonntag: Der gute Ruf. Montag: Fräulein Julie. Erste Vorstellung. (Anfang 8 Uhr.) Komödienhaus. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die fünf Frankfurter. Abends: Das Paar nach der Mode. (Anfang 8 Uhr.) Künstler-Theater. (Kurfürsten-Oper.) Sonntag: Wilhelm Tell. Montag: Der Überpeil. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Wilhelm Tell. Mittwoch: John Gabriel Borkman. (Anfang 8 Uhr.) Donnerstag: Wilhelm Tell. Freitag: Der Überpeil. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend und Sonntag: Wilhelm Tell. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Unbestimmt. Deutsches Opernhaus. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Hjaros Hochzeit. Abends: Der Nido. Montag: Jar und Zimmermann. Dienstag: Die Jüdin. Mittwoch: Der Freischütz. Donnerstag: Lobelung. Freitag: Die Königin von Saba. Sonnabend: Hjaros Hochzeit. Sonntag: Die Jüdin. Montag: Der Wessenschied. (Anfang 8 Uhr.) Volkstheater. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Majolla. Abends: 777. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Theater des Weltens. Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr: Der Rebe Kuguan. Abends: Gräfin Jisi. (Anfang 8 Uhr.) Thalia-Theater. Abends: Puppen. (Anfang 8 Uhr.) Refikens-Theater. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollier. Abends: Im Ehepaar. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Trion-Theater. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Unten. Die Briefkassette. Abends: Unten. Der abgerissene Glodenzug. (Anfang 8 Uhr.) Sailer-Theater O. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Freiwild. Abends: Cyrano von Bergerac. Montag: Freiwild. Dienstag: Cyrano von Bergerac. Mittwoch: Freiwild. Donnerstag: Cyrano von Bergerac. Freitag: Zwei Wappen. Sonnabend: Cyrano von Bergerac. Sonntag und Montag: Die Stützen der Gesellschaft. (Anfang 8 Uhr.) Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Herrzer von Kriehfeld. Abends: Holmanns Leichter. Montag: Am Tage des Gerichts. Dienstag: Die Stützen der Gesellschaft. Mittwoch: Am Tage des Gerichts. Donnerstag: Die Stützen der Gesellschaft. Freitag: Die Großstadtluft. Sonnabend: Die Stützen der Gesellschaft. Sonntag und Montag: Die Großstadtluft. (Anfang 8 Uhr.) Antien-Theater. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die Alldembs. Abends: Die Alldembs. Montag und Dienstag: Die falsche Hochzeit. Mittwoch und Donnerstag: Die falsche Hochzeit. Freitag: Die Intrigantinnen. Sonnabend, Sonntag und Montag: Die falsche Hochzeit. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Neues Volks-Theater. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Rudder Reus. Abends: Der ledige Hof. Montag und Dienstag: Rudder Reus. Mittwoch: Der ledige Hof. Donnerstag: Rudder Reus. Freitag: Der ledige Hof. Sonnabend: Die Siebzehnjährigen. Sonntag und Montag: Rudder Reus. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Rose-Theater. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Karla Stuart. Abends bis Sonnabend: Die Schiffbrüchigen. Sonntag und Montag: Die Kynfrau. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Urania-Theater. Abends: Mit dem Imperator nach Rom Port. (Anfang 8 Uhr.) Gebr. Herndl-Theater. Abends: Was sagen Sie zu Leibschütz? (Anfang 8 Uhr.) Kasino-Theater. Sonntag nachmittag 4 Uhr: Ein toller Chemann. Abends: Der Altkennner. (Anfang 8 Uhr.) Volkes Caprice. Abends: Ritter Baldrich. Rühgeburt. Adolphkind. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Theater am Rollendorplatz. Abends: Die Kino-Königin. (Anfang 8 Uhr.) Metropol. Sonntag nachmittag 3 Uhr: 's Kuller. Abends: Die Kette um die Welt in 40 Tagen. (Anfang 8 Uhr.) Wintergarten. Abends Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.) Reichshallen-Theater. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Stettiner Sänger. Abends: Stettiner Sänger. (Anfang 8 Uhr.) Sonntag 7 1/2 Uhr. Zirbus Busch. Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr: Galavorstellung. Abends: Galavorstellung. (Anfang 8 Uhr.) Zirbus Schumann. Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr: Galavorstellung. Abends: Galavorstellung. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Admiralsplatz. Abends: Ritt in St. Roch. (Anfang 8 Uhr.)

Witterungsübersicht vom 20. September 1913.

Table with 4 columns: Station, Temperatur (max/min), Windrichtung, and Wetter. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Caparanda, Sevilla, Aberdeen, and Paris.

Wetterprognose für Sonntag, den 21. September 1913. Zeitweise aufklarend, vorwiegend neblig oder trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden; Temperatur wenig drückend. Berliner Wetterbureau.

Beste Bettenfüllung
 sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesisches

Monopol-Daunen

(speziell geschüpft) Pfund 2.85 M.
 3-4 Pfund gemischt zu großem Überwert. Versand geg. Nachn. Berpost. Ver.

Gustav Lustig
 Prinzenstrasse 46
 Berlin 390
 Größtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Magerkeit

schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thillessia“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unschädlich. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin - Waidmannslust 801. Depots in folgenden Apotheken: Lothringstr. 50, Elefant-Apotheke, Leipzigerstr. 74, Weidenburgerstr. 53, Potsdamerstr. 29, Turmstr. 28, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstr. 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1, Charlottenburg Bismarckstr. 81. Spandau: Potsdamer Str. 40.

Metzner
 Kinderwagen-Welthaus

Metal-Bettstellen
 Kinder- u. Rohr-
 Möbel u. Kor-
 waren Ruhestühle
 Puppenwagen alle
 Kinderfahrzeuge.
 Größte Auswahl Berlins

Andreasstr. 23 Andreasplatz
 Brunnenstr. 95 u. Boussoistr. 67
 Leipzigerstr. 64, Neukölln, Bergstr. 133

Gneisenaustraße 10,
 S. Grau, billigste u. beste
 Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
 Kassa und Teilzahlung.

Konfektion

Paletots 14 M.
 in 4. neuest. Fassons
 in Flauchstoff etc. v.

Paletots 35 M.
 in engl. Seid., Velours
 da Nord u. Velvet von

Kostüme 25 M.
 i. reich. Ausw. in engl.
 Stoffen u. Kammg. v.

Kostüm-Röcke 4.50
 in grosser Auswahl von 4 an

C. PELZ
 Kottbuser Strasse 5

Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten
 vom
 Riesengebirge, Harz,
 Sächsische Schweiz,
 Dresden, Berlin
 in reicher Auswahl.
 Stück 5 Pf.

Die große Gardinen-Mode ist Künstler-Gardinen.

Sie finden reiche Auswahl, enorm billige Preise, neue, aparte Muster in

Allover Net mit Volant (2 Flügel, 1 Querbehang) sehr schön, schon für	M. 5.90	Buntem Etamin mit Fransen (2 Flügel, 1 Querbehang) sehr schön, schon für	M. 4.—
Englisch Tüll (2 Flügel, 1 Querbehang) sehr schön, schon für	M. 4.25	Erbstüll mit Volant (2 Flügel, 1 Querbehang) sehr schön, schon für	M. 8.—

Dem heutigen modernen Geschmack entsprechend:
Halb-Stores * Bettdecken * Vorhänge.

Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer Gardinen-Fabriken

Johann Pellot & Co., Kommanditgesellschaft.

Unsere Originalpreise sind verbürgt nur:

C, Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler Tor	O, Große Frankfurter Straße 5-6, Ecke Fruchtstraße
S, Oranienstraße 37, nahe Oranienplatz	O, Niederbarnimstraße 13, Ecke Boxhagener Straße
S, Kottbuser Damm 65 (Neukölln), nahe Hermannplatz	O, Grüner Weg 28, gegenüber der Markthalle
N, Schönhauser Allee 83, Ecke Wichertstraße.	

Besichtigung erbeten!

Alles raucht

Phänomen
 CIGARETTEN * * *

10 000 M. Strafe

verpflichten wir uns an die Armen Berlins zu zahlen, wenn dieses Angebot nicht reell ist und auf Wahrheit beruht. Wer sich billig und gut kleiden will, der kaufe uns die von unserer Kundschaft nicht abgenommenen neuen Maß-Anzüge, Paletots, Ulster, Hosen usw. ab, die wir 33 1/2 bis 50 Proz. unter Preis abgeben, damit wir unsere guten Sachen nicht zu verramschen brauchen. Ferner kommen mit zum Verkauf Kleider aus prima engl. und deutschen Stoffresten, von unseren Maß-Schneidern in der stillen Zeit angefertigt.

Sonntags während der Verkaufszeit geöffnet.

Gebr. Heinemann
 Englische Herren-Moden
 Behrenstr. 26a, vis-à-vis der Passage, **Kein Laden**
 Bitte ausschneiden und bei Bedarf nachfragen.

Billige Parzellen mit eigener **Bootsstelle** bei geringer Anzahlung am **Storkowsee**.
 L. Specht, C 2, Burgstraße 30 II.

Spezialarzt
 Haut, Darm, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintraube jeder Art, Cholelith, Gicht, Störungen in u. Go. Long, Laborat. Blut-untersuchung, Gärten u. Gärten im Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum. Sp. 10-2, 5-9, Samst. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Sie fühlen sich wie neugeboren, wenn Sie **Milo-Schnupftabak** schnupfen.

Beste russischer Augentabak.

- Milo gegen Schnupfen
- Milo gegen Verstopfung
- Milo gegen Trockenheit der Nasenschleimhäute
- Milo befeuchtet die Schleimhäute
- Milo ist frei von schädlichen Substanzen
- Milo der beste Schnupftabak der Gegenwart und Zukunft
- Milo wird nach althergebrachter 100jähr. Rezept hergestellt
- Milo kostet die Dose 10 Pf.
- Milo durch den Higarrenhandel zu beziehen

General-Vertrieb für Deutschland
S. Rund
 Zigarren- und Tabak-General-Agenturen
 Berlin NW 87, Tel. Noabit 8157.

Reste
 Damenucke, schwarz u. farbig, Kostüme, neue, alte, Seide, Sammet, Besätze, Futterstoffe, Plüsch, Manteln, Chev.-Kammgarne zu Knaben-Anzügen.

Konfektion:
 Paletots, Kostüme, Röcke, Kinder-Konfektion, auch gediegene Maß-Anfertigung.
 Stets Gelegenheitskäufe!
Paul Karle,
 Warschauer Str. 18.

J. Baer
 Ecke Badstr. 26 Prinz-Allee
 Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Einsegnungs-Anzüge. Großes Stofflager zur Anfertigung nach Maß. Allerbilligste streng feste Preise.

Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58
 2. Geschäft: Grüner Weg 109
 Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
 Anzahlungen auf Stube und Küche:
 Mark 15 30 50 75
 bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
 jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.
 Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 8-10 geöffnet.

Möbel auf Kredit

Sie erhalten bei uns:

Stube und Küche 2 Bettstellen 1 Kleiderschrank 1 Spiegel 1 Spiegelspind 1 Tisch, 2 Stühle 1 Küchenschrank 1 Küchentisch 1 Küchensstuhl 1 Küchenschrank 1 Küchenschrank 1 Küchenschrank	2 Stuben u. Küche 2 Bettstellen 1 Matratze 1 Waschtislette 1 Kleiderschrank 1 Wäschespind 1 Truhaus 1 Sofa, 1 Tisch 4 Stühle und 1 farbige Küche	Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer in jeder gewünschten Art von 40 Mark Anzahlung an
--	--	--

von 15 M. Anzahlung an
 von 35 M. Anzahlung an
 von 40 Mark Anzahlung an

Wochenrate 1.50 M. an
 Wochenrate 2-3 M. an

Lieferung auch nach ausserhalb

Gebr. Lieber, Alexanderstr. 16
 vis-à-vis der Holzmarktstrasse, direkt am Bahnhof Jannowitzbrücke.
 Biten genau auf blaue Riesenschilder zu achten! Sonntag von 8-10 geöffnet.

Ausschneiden! Mitbringen! Wert 5 Mark.

Pfandleihe Markuststraße 27.

Grimm & Triepel
 Kautabak

dick Altmarker Stange 5 Pl.	mitteldick Braunschweiger Stange 5 Pl., Rolle 10 Pl.	dünn Shipmangarn Rollen 5 u. 10 Pl.
-----------------------------------	--	---

